RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

11 2016

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Verfügbares Einkommen 2014
Gesundheitswirtschaft
Private Haushalte 2013

Fotonachweis

T i t e l f o t o : Simone Emmerichs

Im Jahr 2014 standen Rheinland-Pfälzerin bzw. jedem Rheinland-Pfälzer durchschnittlich 21781 Euro für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. Am höchsten war das Pro-Kopf-Einkommen im Landkreis Mainz-Bingen mit 26177 Euro. Am geringsten war das verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner in der Stadt Ludwigshafen mit 18453 Euro.

B e i l a g e : Faltblatt „Unternehmen, Branchen, Außenhandel 2016“

11 2016

STATISTISCHE MONATSHEFTE

69. Jahrgang

kurz + aktuell 1033

Industrie ■ Baugewerbe ■ Erwerbstätigkeit ■ Tourismus
Soziales ■ Gesundheitswesen ■ Flächennutzung ■ Verkehr

Aus der amtlichen Statistik 1043

Verbraucherpreise 1046

Rheinland-Pfalz in Karten: Pkw-Dichte 2016 nach Verwaltungsbezirken 1047

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2014 1048

Gesundheitswirtschaft trägt knapp zwölf Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei 1057

Einnahmen und Ausgaben sowie Wohn- und Vermögenssituation privater Haushalte – Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 1067

Daten zur Konjunktur 1076

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 1109

Neuerscheinungen 1125

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50 – 100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2016

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion im August gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion blieb im August 2016 fast unverändert. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, lag mit einem Minus von 0,2 Prozent leicht unter dem Niveau des Vormonats. Gegenüber dem Vorjahresmonat verringerte sich der Output um 3,9 Prozent.

Zwei der drei umsatzstärksten Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes produzierten im August 2016 mehr als im Vormonat. Die Chemische Industrie, die größte Branche des Verarbeitenden Gewerbes, erhöhte ihren Güterausstoß um 1,8 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sank der Output allerdings um 2,6 Prozent. Der Fahrzeugbau, der den zweitgrößten Umsatzanteil innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes aufweist, steigerte seine Produktion im August ebenfalls um 1,8 Prozent. Zugleich fiel der Güterausstoß 0,8 Prozent niedriger aus als ein Jahr zuvor. Der Maschinenbau, die Branche mit dem drittgrößten Umsatzanteil, drosselte die Produktion im August um 1,9 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat war ein Rückgang um 1,8 Prozent zu verzeichnen.

Anstieg der Auftragseingänge in der Industrie

Im August 2016 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gestiegen. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex lag 1,1 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Aus dem Inland gingen 1,5 Prozent mehr Bestellungen ein als im Juli; das Ordervolumen aus dem Ausland erhöhte sich um 0,8 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg die Nachfrage um 2,8 Prozent. Dabei entwickelte sich das Auslandsgeschäft mit einem Plus von 3,9 Prozent besser als das Inlandsgeschäft, das 1,3 Prozent zulegte.

In den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelten sich die bereinigten Auftragseingänge unterschiedlich. In der Chemischen Industrie gingen im August mehr Bestellungen ein als im Juli (+2,1 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat war eine Steigerung um 3,4 Prozent zu verzeichnen. Im Fahrzeugbau lagen die Auftragseingänge hingegen unter dem Niveau des Vormonats (–2,7 Prozent). Zugleich fiel die Nachfrage 1,1 Prozent geringer aus als im August 2015. Im Maschinenbau war das Ordervolumen im August ebenfalls rückläufig (–3,7 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat verringerten sich die Bestellungen um 2,1 Prozent.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Aug. 2016		Jan. bis Aug. 2016
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Juli 2016	Aug. 2015	Jan. bis Aug. 2015
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-0,2 % ↘	-3,9 % ↓	0,3 % ↗
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	1,4 % ↗	-1,9 % ↘	-0,1 % ↘
Investitionsgüterproduzenten	0 % →	-1,0 % ↘	1,0 % ↗
Konsumgüterproduzenten	-3,6 % ↓	-10,9 % ↓	-0,1 % ↘
Chemie	1,8 % ↗	-2,6 % ↓	0,2 % ↗
Fahrzeugbau	1,8 % ↗	-0,8 % ↘	-0,1 % ↘
Maschinenbau	-1,9 % ↘	-1,8 % ↘	1,6 % ↗
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	1,1 % ↗	2,8 % ↑	2,9 % ↑
Inland	1,5 % ↗	1,3 % ↗	0,2 % ↗
Ausland	0,8 % ↗	3,9 % ↑	4,6 % ↑
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	0,2 % ↗	2,3 % ↑	0,6 % ↗
Investitionsgüterproduzenten	-1,5 % ↘	-0,1 % ↘	0,6 % ↗
Konsumgüterproduzenten	13,5 % ↑	15,7 % ↑	20,8 % ↑
Chemie	2,1 % ↑	3,4 % ↑	-0,4 % ↘
Fahrzeugbau	-2,7 % ↓	-1,1 % ↘	-3,7 % ↓
Maschinenbau	-3,7 % ↓	-2,1 % ↓	6,3 % ↑

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.

Industrieumsätze von Januar bis August unverändert gegenüber dem Vorjahreszeitraum

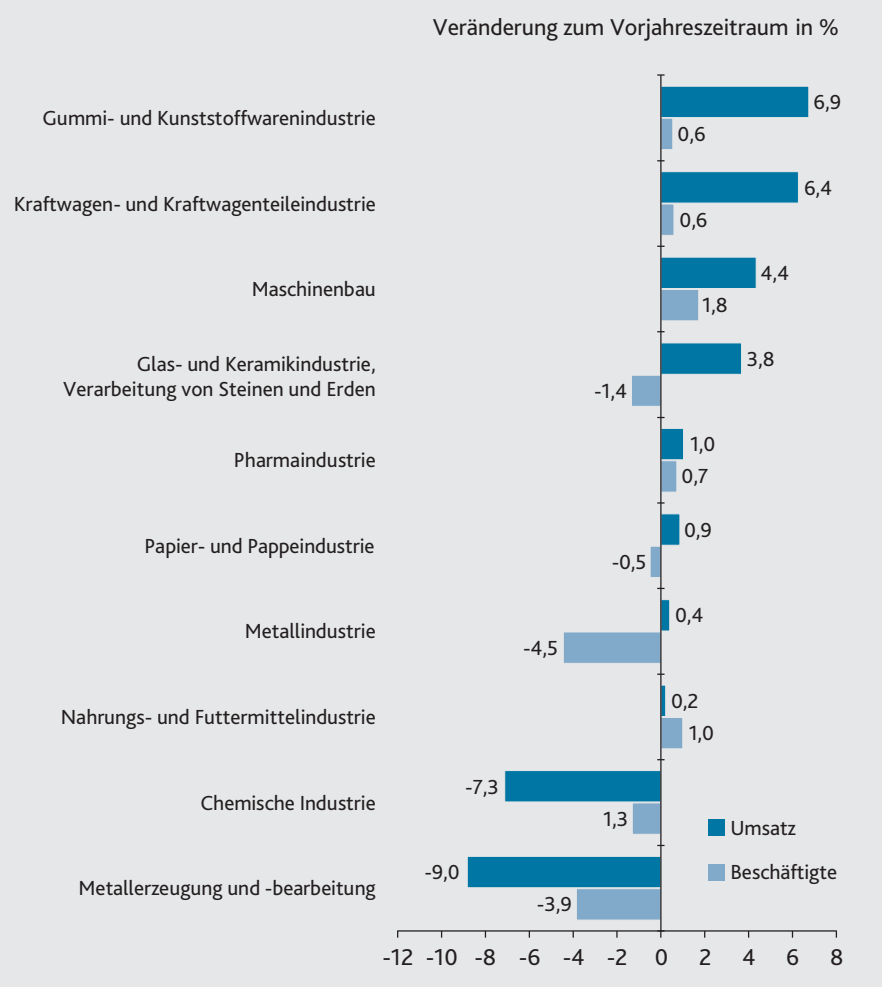
Die rheinland-pfälzische Industrie erwirtschaftete von Januar bis August 2016 Umsätze in Höhe von 57,7 Milliarden Euro. Die Erlöse blieben gegenüber dem Vorjahreszeitraum unverändert (Deutschland: +0,1 Prozent). Zwar stiegen die Umsätze im Inland um 1,7 Prozent (Deutschland: –0,5 Prozent), das Auslandsgeschäft lief jedoch schlechter als im Vorjahreszeitraum (–1,2 Prozent; Deutschland: +0,8 Prozent). Die Exportquote, also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, lag mit 55,8 Prozent (Deutschland: 49,7 Prozent) um 0,7 Prozentpunkte niedriger als in den ersten acht Monaten des Vorjahres.

Im August 2016 waren in der rheinland-pfälzischen Industrie rund 254 000 Personen tätig. Das waren 1 100 weniger als im Vorjahresmonat, dies entspricht einem Rückgang um 0,4 Prozent (Deutschland: +0,6 Prozent). Die Zahl der von Januar bis August geleisteten Arbeitsstunden belief sich auf 259,2 Millionen und lag damit um 0,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (Deutschland: +1,5 Prozent).

Acht der zehn umsatzstärksten Industriebranchen verzeichneten Erlössteigerungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die größten Zuwächse erzielten die Produzenten von Gummi- und Kunststoffwaren (+6,9 Prozent). Es folgten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie der Maschinenbau (+6,4 bzw. +4,4 Prozent). Diese drei Branchen konnten von einer günstigen Entwicklung des In- und Auslandsgeschäfts profitieren. Die Umsatzerlöse im Bereich der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie in der Chemischen Industrie gingen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum kräftig zurück (–9 bzw. –7,3 Prozent). In beiden Branchen waren die In- und Auslandsumsätze rückläufig.

In fünf der zehn größten Branchen waren im August 2016 mehr Personen tätig als ein Jahr zuvor. Die höchste Steigerung verzeichnete der Maschinenbau (+1,8 Prozent); an zweiter Stelle folgte die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+1 Prozent). Den größten Beschäftigungsrückgang gab es in der Herstellung von Metallerzeugnissen (–4,5 Prozent). In der Metallerzeugung und -bearbeitung schrumpften die Beschäftigtenzahlen ebenfalls deutlich (–3,9 Prozent).

Umsätze Januar bis August und Beschäftigte im August 2016 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im August niedriger als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im August 2016 weniger Aufträge und niedrigere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge sanken im Vergleich zum Juli 2016 – kalender- und saisonbereinigt – um 2,7 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz verringerte sich leicht um 0,5 Prozent. Gegenüber den ersten acht Monaten 2015 zog das Ordervolumen dagegen um 19 Prozent an, der Umsatz erhöhte sich um 3,8 Prozent.

Gegenüber Juli 2016 verringerte sich die Nachfrage nach Bauleistungen im Hochbau und im Tiefbau gleichermaßen (–3,6 bzw. –3,5 Prozent). Im öffentlichen Hochbau blieben die Bestellungen klar hinter dem Vormonatsergebnis zurück (–31 Prozent). Der gewerbliche Hochbau sowie der Straßenbau verzeichneten ebenfalls Auftragseinbußen (–15 bzw. –12 Prozent). Für den Wohnungsbau sowie den öffentlichen Tiefbau errechneten sich dagegen kräftige Anstiege der kalender- und saisonbereinigten Auftragseingänge (+31,5 bzw. +15 Prozent). Im Vergleich zu den ersten acht Monaten 2015 zogen die Aufträge im Tiefbau noch stärker an als im Hochbau (+22 bzw. +17 Prozent).

Gegenüber Juli 2016 stiegen die Umsätze im Hochbau geringfügig an (+0,5 Prozent). Für den Tiefbau errechnete sich dagegen eine leichte Verschlechterung der bereinigten Erlöse (–0,8 Prozent). Den stärksten Umsatzrückgang gab es im Wohnungsbau (–7,5 Prozent). Im gewerblichen Hochbau zogen die Umsätze um 5,3 Prozent an. Die übrigen Baubereiche zeigten kaum Umsatzveränderungen gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zu den ersten acht Monaten 2015 erhöhten sich die baugewerblichen Umsätze im Hochbau um 7,9 Prozent. Im Tiefbau gab es dagegen keine Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Aug. 2016		Jan. bis Aug. 2016
	Veränderung des Wertes[1] zu		
	Juli 2016	Aug. 2015	Jan. bis Aug. 2015
Auftragseingang	-2,7 %	18,1 %	19,0 %
Hochbau insgesamt	-3,6 %	18,7 %	16,8 %
Wohnungsbau	31,5 %	71,7 %	40,4 %
gewerblicher Hochbau	-15,3 %	-6,4 %	8,1 %
öffentlicher Hochbau	-31,2 %	-0,7 %	0 %
Tiefbau insgesamt	-3,5 %	17,5 %	21,9 %
gewerblicher Tiefbau	-4,8 %	-16,0 %	8,3 %
öffentlicher Tiefbau	14,8 %	68,1 %	39,3 %
Straßenbau	-11,6 %	11,5 %	20,0 %
Baugewerblicher Umsatz	-0,5 %	-1,0 %	3,8 %
Hochbau insgesamt	0,5 %	7,5 %	7,9 %
Wohnungsbau	-7,5 %	-2,1 %	15,0 %
gewerblicher Hochbau	5,3 %	22,7 %	6,3 %
öffentlicher Hochbau	1,3 %	-10,6 %	0,9 %
Tiefbau insgesamt	-0,8 %	-7,7 %	0 %
gewerblicher Tiefbau	-0,7 %	-28,4 %	-7,4 %
öffentlicher Tiefbau	0 %	-0,4 %	0,4 %
Straßenbau	-1,4 %	0,1 %	3,6 %

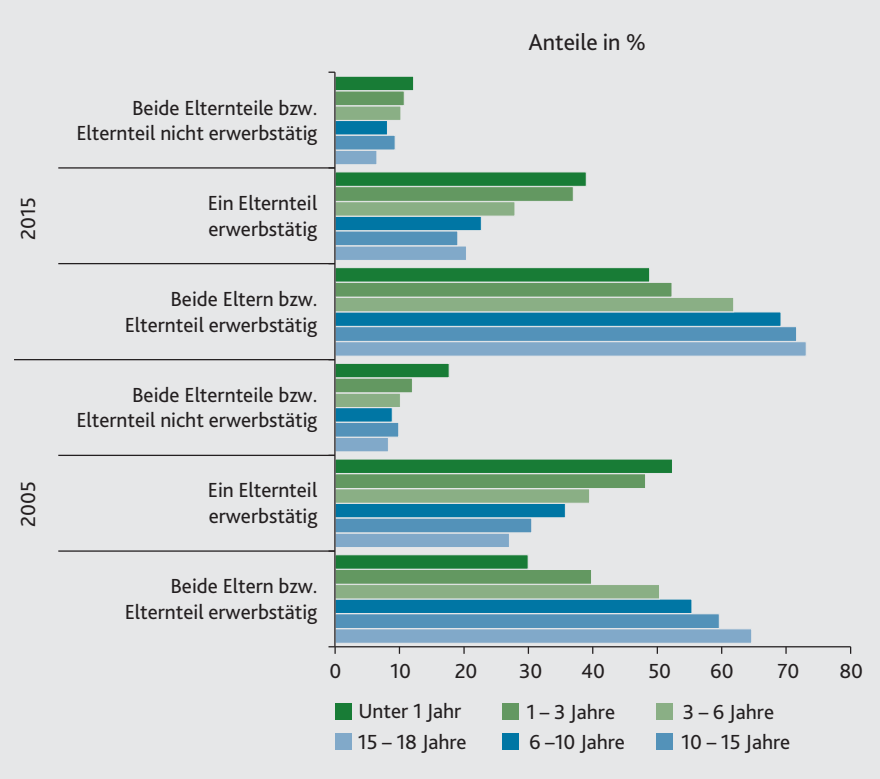
1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

Beide Eltern jedes zweiten Babys gehen arbeiten

Der Anteil der rheinland-pfälzischen Kinder unter 18 Jahren, deren Eltern bzw. das alleinerziehende Elternteil aktiv einer Erwerbstätigkeit nachgehen, ist zwischen 2005 und 2015 um zwölf Prozentpunkte auf 67 Prozent gestiegen. Der Anteil der Kinder unter 18 Jahren, die mit einem erwerbstätigen und einem nichterwerbstätigen Elternteil zusammen lebten, sank im Vergleichszeitraum von 35 auf 24 Prozent. Neun Prozent der Kinder wuchsen in einem Elternhaus mit ausschließlich nichterwerbstätigen Elternteilen auf (2005: 9,9 Prozent).

Diese Entwicklung ist auch auf die gestiegene Erwerbsbeteiligung der Eltern von Babys im Alter von unter einem Jahr und Kleinkindern im Alter zwischen ein und drei Jahren zurückzuführen. So gingen im Jahr 2015 die Eltern bzw. das alleinerziehende Elternteil nahezu jedes zweiten Babys

Ledige Kinder unter 18 Jahren 2005 und 2015 nach Erwerbsbeteiligung der Eltern



einer Erwerbstätigkeit nach. Das war ein Anstieg um 19 Prozentpunkte im Vergleich zum Jahr 2005. Bei den Kleinkindern traf dies auf 52 Prozent (2005: 40 Prozent) und bei den Kindergartenkindern im Alter zwischen drei und sechs Jahren auf 62 Prozent (2005: 50 Prozent) zu. Von den Kindern im Grundschulalter hatten 69 Prozent zwei aktiv erwerbstätige Elternteile bzw. ein aktiv erwerbstätiges alleinerziehendes Elternteil (2005: 55 Prozent) . Bei den Kindern im Alter zwischen zehn und 15 Jahren waren es knapp 72 Prozent (2005: 60 Prozent) und bei den älteren Kindern zwischen 15 und 18 Jahren rund 73 Prozent.

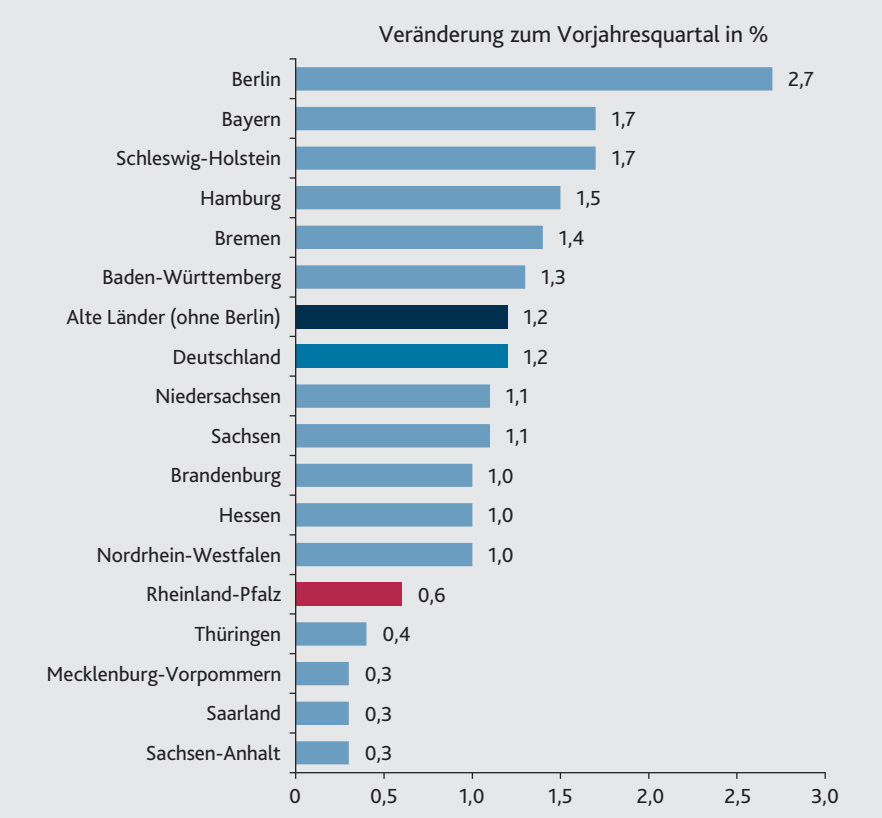
Erwerbstätigkeit steigt im zweiten Quartal 2016 um 0,6 Prozent an

Die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz nahm im zweiten Quartal 2016 weiter zu. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ hatten durchschnittlich zwei Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz, dies war der höchste Wert in einem zweiten Quartal seit Einführung der vierteljährlichen Erwerbstätigenrechnung für Rheinland-Pfalz im Jahr 2008. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2015 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um rund 11 900 bzw. 0,6 Prozent (Deutschland: +1,2 Prozent).

Der Beschäftigungszuwachs konzentriert sich weiterhin auf den Dienstleistungssektor. Dort stieg die Beschäftigung im Vergleich zum zweiten Quartal 2015 um 14 300 Personen bzw. ein Prozent (Deutschland: +1,6 Prozent). Insgesamt arbeiteten 1,44 Millionen Erwerbstätige im tertiären Sektor, das entspricht 72 Prozent aller Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz. Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“, dem größten Teilbereich des Dienstleistungssektors. Hier stieg die Erwerbstätigenzahl um 7 000 bzw. 1,1 Prozent (Deutschland: +1,5 Prozent). Den prozentual höchsten Zuwachs verzeichnete wie in den Vorquartalen der Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen“. Im zweiten Quartal 2016 betrug der Anstieg der Erwerbstätigkeit 3 700 Personen bzw. 1,4 Prozent (Deutschland: +2,1 Prozent). Im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ wurden 3 600 neue Arbeitsplätze geschaffen. Dies war eine Zunahme um 0,7 Prozent (Deutschland: +1,3 Prozent)

Im Produzierenden Gewerbe, in dem rund 508 700 Personen bzw. 25 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiteten, nahm die Erwerbstätigkeit dagegen um 0,2 Prozent ab (Deutschland: +0,4 Prozent). Im zweiten Quartal 2016 waren 1 200 Personen weniger beschäftigt als im Vorjahreszeitraum.

Erwerbstätige am Arbeitsort im 2. Quartal 2016 nach Bundesländern



Zwar nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Baugewerbe um 0,8 Prozent zu (Deutschland: +1,2 Prozent). Der größte Teilbereich, das Verarbeitende Gewerbe, verzeichnete allerdings einen Rückgang um 1 800 Personen bzw. 0,5 Prozent (Deutschland: +0,3 Prozent).

Auch in der Land- und Forstwirtschaft nahm die Beschäftigung ab. Die Zahl der Erwerbstätigen ging im Vergleich zum Vorjahresquartal um 1 300 Personen bzw. 2,7 Prozent zurück (Deutschland: –2,5 Prozent). Damit waren rund 45 700 Personen bzw. 2,3 Prozent aller Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig.

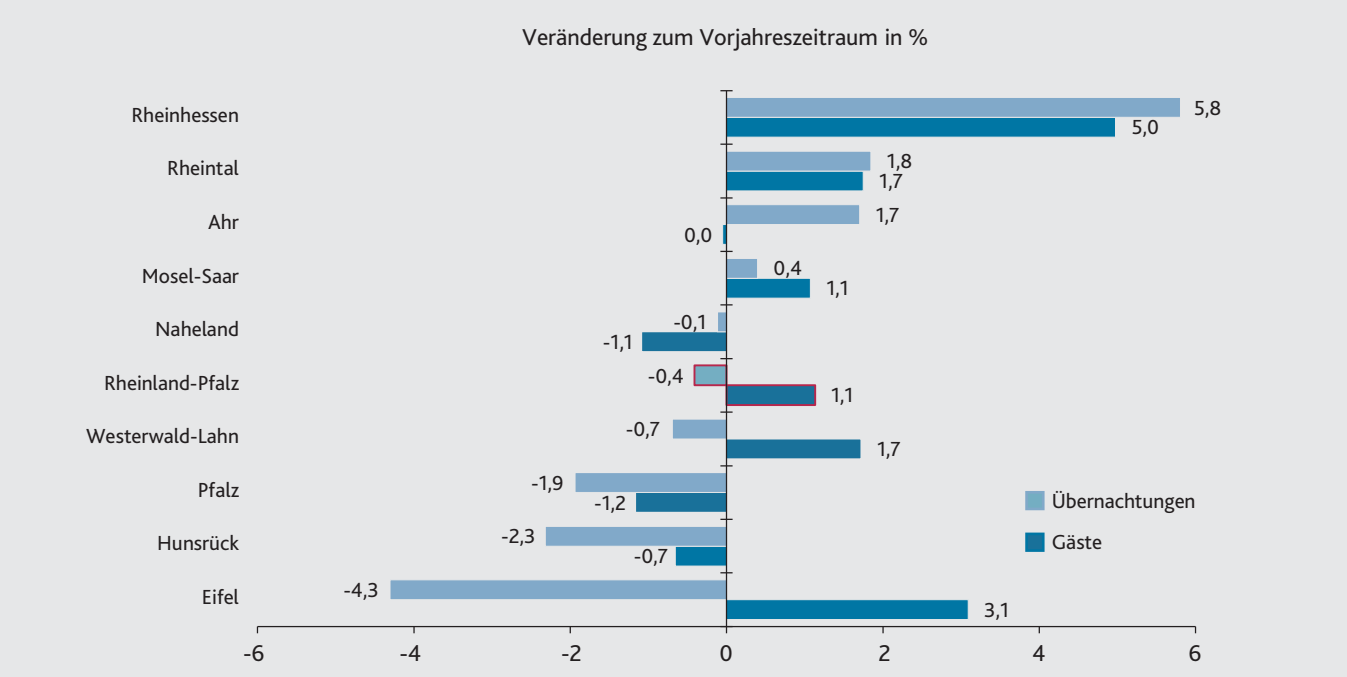
Plus bei den Gästezahlen – Leichtes Minus bei den Übernachtungen von Januar bis August

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten in den ersten acht Monaten 2016 einen Anstieg der Gästezahlen. Von Januar bis August übernachteten knapp 6,3 Millionen Gäste im Land, was einem Plus von 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Die Besucherinnen und Besucher buchten insgesamt 16,65 Millionen Übernachtungen. Das waren 0,4 Prozent weniger als in den ersten acht Monaten des Rekordjahres 2015.

Vier der neun Tourismusregionen registrierten Zuwächse bei den Übernachtungen, wobei Rheinhessen mit einer Steigerung um 5,8 Prozent den Spitzenplatz belegte. Im Rheintal und an der Ahr war das Übernachtungsaufkommen 1,8 bzw. 1,7 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Die Region Mosel-Saar konnte ein Plus von 0,4 Prozent erzielen. In den übrigen Regionen lagen die Übernachtungszahlen unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Der Rückgang in der Eifel beruht allerdings zum Teil auf einem Sondereffekt, der auf Änderungen im Berichtskreis der Erhebung zurückzuführen ist. Aber auch ein deutliches Minus im Campingbereich trug zu diesem Ergebnis bei. Steigende Gästezahlen verzeichneten fünf der neun Tourismusregionen; den größten Zuwachs erreichte wiederum Rheinhessen (+5 Prozent).

Unter den elf Betriebsarten verbuchten die Hotels garnis den größten Übernachtungszuwachs gegenüber dem Vorjahreszeitraum (+4,5 Prozent). Es folgten Ferienhäuser und Ferienwohnungen (+2,1 Prozent) sowie Jugendherbergen, Hütten und ähnliche Einrichtungen (+1,4 Prozent). In fünf Betriebsarten ist das Übernachtungsaufkommen gesunken. Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, Camping- und Reisemobilplätze sowie Privatquartiere wiesen Rückgänge zwischen vier und fünf Prozent auf. In Gasthöfen und Pensionen war das Übernachtungsvolumen ebenfalls niedriger als in den ersten acht Monaten des Vorjahres.

Übernachtungen und Gäste von Januar bis August 2016 nach Tourismusregionen



Von Januar bis August 2016 besuchten 4,87 Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland Rheinland-Pfalz. Das war ein Plus von 1,9 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Zahl ihrer Übernachtungen belief sich auf 12,47 Millionen und blieb damit fast unverändert (–0,1 Prozent). Außerdem kamen 1,43 Millionen Besucherinnen und Besucher aus dem Ausland, was einen Rückgang um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutete. Sie buchten insgesamt 4,18 Millionen Übernachtungen (–1,2 Prozent).

Mehr als 62 000 Menschen erhalten 2015 besondere Leistungen der Sozialhilfe

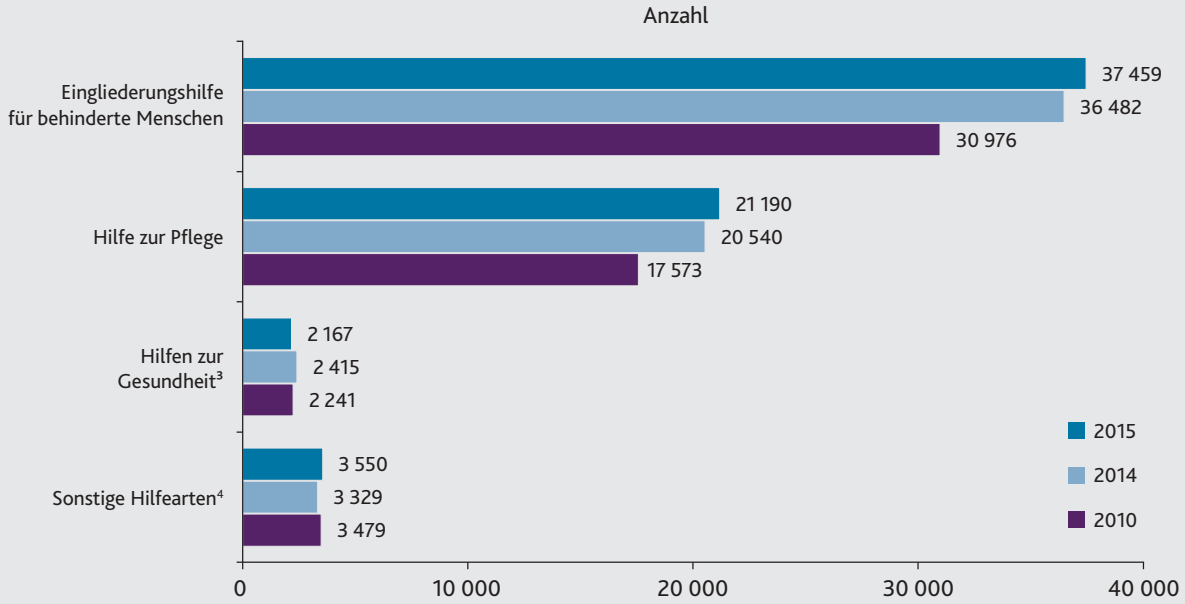
Im Laufe des Jahres 2015 erhielten in Rheinland-Pfalz 62 185 Frauen und Männer Sozialleistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des Zwölften Buches des Sozialgesetzbuches (SGB XII „Sozialhilfe"). Das waren 1 400 Personen bzw. 2,3 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Seit 2005 – dem Jahr, in dem das Bundessozialhilfegesetz durch das SGB XII ersetzt wurde – ist die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger kontinuierlich gestiegen; verglichen mit 2005 erhöhte sie sich um rund 18 500 bzw. 42 Prozent. Frauen und Männer waren 2015 gleichermaßen auf Unterstützung in Form von Sozialhilfe angewiesen (31 065 Frauen und 31 120 Männer).

Zu den Leistungen der Sozialhilfe nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII zählen die Hilfen zur Gesundheit (5. Kapitel), die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kapitel), die Hilfe zur Pflege (7. Kapitel), die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (8. Kapitel) sowie die Hilfe in anderen Lebenslagen (9. Kapitel). Wenn eine Person mehrere Leistungen nach den einzelnen Kapiteln bezieht, wird sie bei jeder Hilfeart gezählt.

Die zahlenmäßig wichtigste Hilfeart ist die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Im Jahr 2015 waren 37 460 Personen auf diese Leistungen angewiesen, 2,7 Prozent mehr als 2014. Bezogen auf alle Empfängerinnen und Empfänger besonderer Leistungen der Sozialhilfe erhielten 60 Prozent Eingliederungshilfe. Im Durchschnitt waren diese Personen 37,2 Jahre alt.

Die zweithäufigste Hilfeart ist die Hilfe zur Pflege: Rund einem Drittel (21 190 Personen) aller Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII wurde Hilfe

Empfänger/-innen[1] von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII 2010, 2014 und 2015[2] nach Hilfearten



1 Empfänger/-innen mehrerer verschiedener Hilfen werden bei jeder Hilfeart gezählt. – 2 Im Laufe des Berichtsjahres. – 3 Unmittelbar vom Sozialamt erbrachte Leistungen. – 4 Hilfe zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten und Hilfe in anderen Lebenslagen.

zur Pflege gewährt. Verglichen mit dem Vorjahr waren 3,2 Prozent mehr Menschen auf diese Leistungen angewiesen. Mehr als drei Viertel von ihnen erhielten die Leistungen in Einrichtungen (16 606 Personen). Das Durchschnittsalter der Leistungsempfängerinnen und -empfänger betrug 77,5 Jahre.

Hilfen zur Gesundheit – als unmittelbar vom Sozialamt erbrachte Leistungen – wurden im Laufe des Jahres 2015 von 2 170 Personen in Anspruch genommen (–10 Prozent). Das durchschnittliche Alter lag bei 49,7 Jahren. Mit der Hilfe zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten (z. B. bei Obdachlosigkeit) und der Hilfe in anderen Lebenslagen (z. B. Blindenhilfe oder die Übernahme von Bestattungskosten) wurden 3 550 Frauen und Männer unterstützt (+6,6 Prozent); sie waren im Mittel 55 Jahre alt.

Regional betrachtet zeigen sich in Rheinland-Pfalz große Unterschiede bei der Inanspruchnahme von besonderen Leistungen der Sozialhilfe. Im Jahr 2015 kamen in den kreisfreien Städten im Schnitt auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 19,6 Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII, in den Landkreisen waren es dagegen nur 13,6 Personen. Der mit Abstand höchste Wert wurde in Pirmasens mit 31,5 Hilfeempfängerinnen und -empfängern je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern verzeichnet. Im Rhein-Pfalz-Kreis waren am wenigsten Menschen auf besondere Leistungen der Sozialhilfe angewiesen (9,3 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Die Angaben beziehen sich auf die Empfängerinnen und Empfänger im Laufe des Berichtsjahres, d. h. es werden alle Personen gezählt, die mindestens einmal während des Berichtsjahres eine Leistung erhalten haben. Empfängerinnen und Empfänger mit mehrmaligem Leistungsbezug werden – bei einer Unterbrechung der Hilfe um mehr als acht Wochen – mehrfach gezählt. Darüber hinaus werden in der Statistik auch die Empfängerzahlen am Jahresende (31. Dezember) erfasst. Die stichtagsbezogenen Daten sind stets kleiner als die Angaben im Laufe des Berichtsjahres. Am 31. Dezember 2015 bezogen in Rheinland-Pfalz 49 270 Personen Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII.

Krankenhauskosten steigen 2015 auf 4,5 Milliarden Euro

In den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern fielen 2015 Kosten in Höhe von rund 4,5 Milliarden Euro an. Das waren 3,7 Prozent mehr als im Vorjahr.

Mit rund 2,9 Milliarden Euro entfielen fast zwei Drittel des Gesamtbetrages auf Personalkosten. Diese stiegen gegenüber dem Vorjahr um über vier Prozent. Die Kostensteigerungen sind unter anderem auf die Ausweitung des Personalbestandes zurückzuführen. Gegenüber 2005 nahm die Zahl der in Krankenhäusern beschäftigten Ärztinnen und Ärzte um 32 Prozent zu, die Kosten für das ärztliche Personal stiegen im gleichen Zeitraum um 74 Prozent. Die Steigerungsraten im Pflegedienst fielen mit einem Plus von zwölf Prozent bei den Beschäftigtenzahlen und einer Kostenzunahme um 32 Prozent deutlich moderater aus. Die unterschiedliche Entwicklung wird nicht zuletzt durch das veränderte Behandlungsspektrum der Krankenhäuser beeinflusst. Neben der traditionellen „Pflege am Bett" rechnen die Krankenhäuser zunehmend ambulante sowie vor- und nachstationäre Leistungen ab. Diese werden vor allem von den Ärztinnen und Ärzten sowie vom medizinisch-technischen Dienst und dem Funktionsdienst erbracht. Ende 2015 waren in diesen beiden Berufsgruppen deutlich mehr Personen beschäftigt als zehn Jahre zuvor (+23 bzw. +27 Prozent). Die entsprechenden Personalkosten stiegen im Vergleichszeitraum um 66 bzw. 58 Prozent.

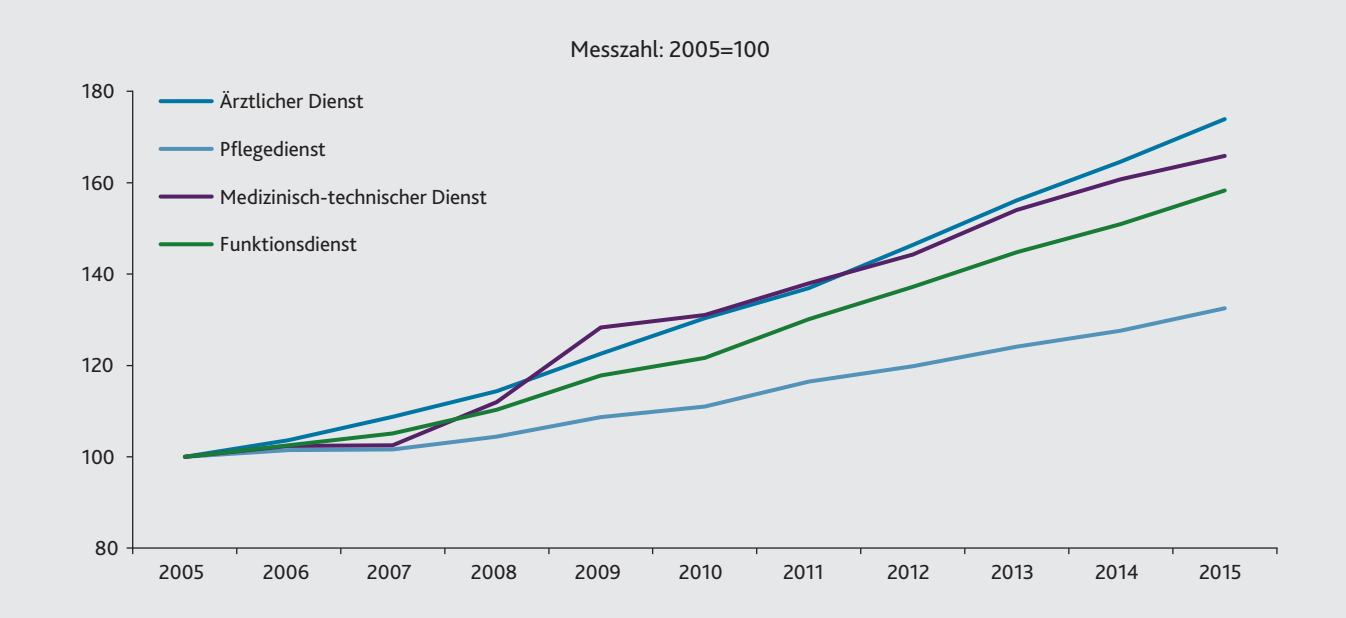
Die Sachkosten für die stationäre Versorgung erhöhten sich gegenüber dem Jahr 2014 um rund drei Prozent auf 1,5 Milliarden Euro. Deutlich weniger mussten die Krankenhäuser 2015 hingegen für Zinsen und ähnliche Aufwendungen aufbringen.

Rund 700 Quadratmeter Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Kopf

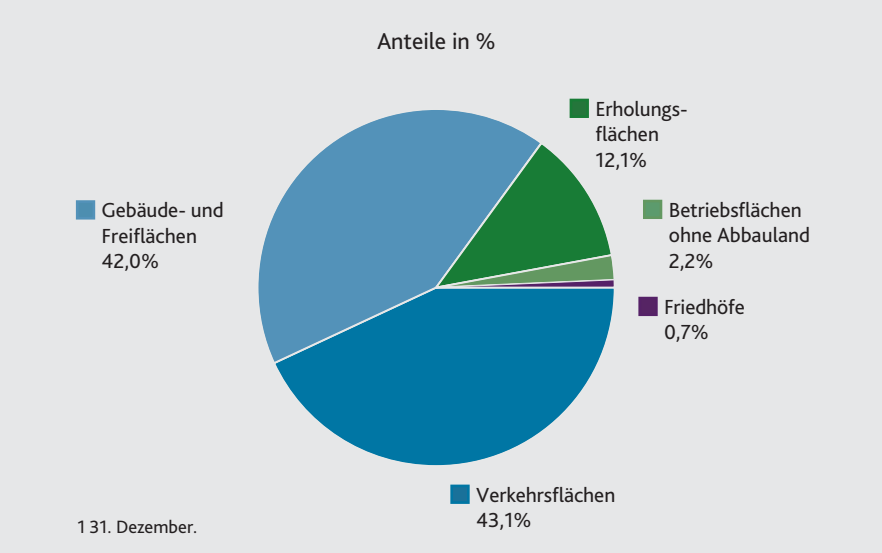
Jede Rheinland-Pfälzerin bzw. jeder Rheinland-Pfälzer beansprucht rechnerisch rund 700 Quadratmeter Siedlungs- und Verkehrsfläche. Der Umfang dieser vom Menschen stark beeinflussten Flächen betrug zum Stichtag 31. Dezember 2015 rund 2 836 Quadratkilometer, das waren gut 14 Prozent der Landesfläche. In Deutschland betrug die Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Kopf zum Stichtag 31. Dezember 2014 knapp 600 Quadratmeter (Zahlen für 2015 liegen noch nicht vor).

Im Vergleich zum Jahr 2010 wurde die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Rheinland-Pfalz um 1 270 Hektar ausgedehnt. Das entspricht einer durch-

Entwicklung der Personalkosten 2005–2015 nach ausgewählten Berufsgruppen



Siedlungs- und Verkehrsfläche 2015[1] nach Nutzungsarten



1 31. Dezember.

schnittlichen täglichen Zunahme von fast 7 000 Quadratmeter. Zum Vergleich: ein Fußballfeld für internationale Spiele muss mindestens 7 140 Quadratmeter umfassen.

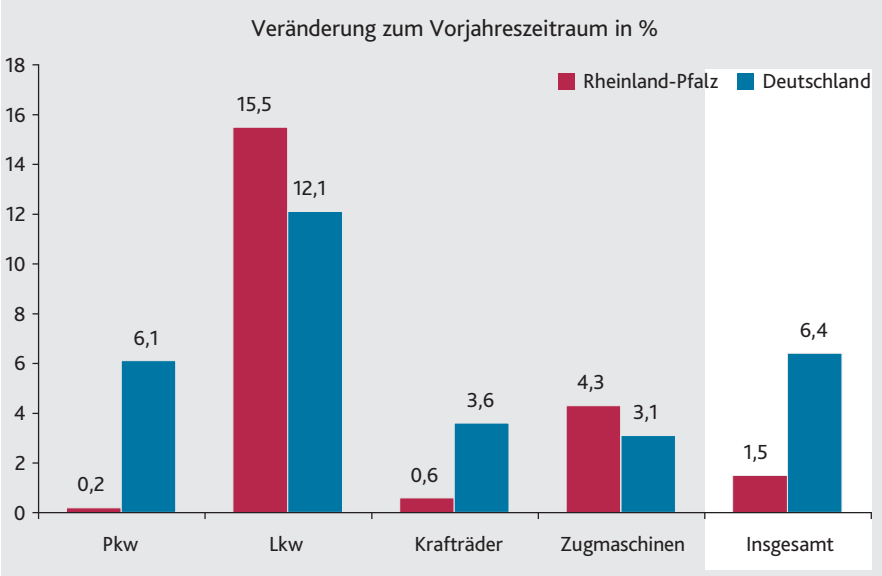
Der Siedlungs- und Verkehrsfläche liegen mehrere Nutzungsarten zugrunde. Den größten Anteil machen mit 43 Prozent die Verkehrsflächen aus (1 221 Quadratkilometer), gefolgt von den Gebäude- und Freiflächen mit 42 Prozent (1 190 Quadratkilometer). Als Erholungsflächen, zu denen Grünanlagen und Sportplätze zählen, werden zwölf Prozent der Fläche bzw. 342 Quadratkilometer genutzt. Die übrigen 83 Quadratkilometer entfallen auf Friedhöfe und Betriebsflächen (ohne Abbauland). Die einzelnen Nutzungskategorien haben sich im Zeitablauf unterschiedlich entwickelt. Während die Gebäude- und Freiflächen zunahmen, wurden die statistisch nachgewiesenen Verkehrsflächen reduziert. Die Gebäude- und Freiflächen nahmen gegenüber 2010 um 1,8 Prozent zu und dokumentieren den zunehmenden Bau von Gebäuden, z. B. Einfamilienhäusern. Die Abnahme der Verkehrsflächen ist methodisch bedingt. Vor allem nicht mehr genutzte Wege, wie z. B. Feldwege, wurden von der Katasterverwaltung neu bewertet und werden nun unter anderen Nutzungsarten nachgewiesen.

Die Gesamtfläche von Rheinland-Pfalz beträgt fast 19 855 Quadratkilometer. Den größten Anteil der Landesfläche nimmt Wald mit 42,3 Prozent vor der Landwirtschaftsfläche mit 41,5 Prozent ein.

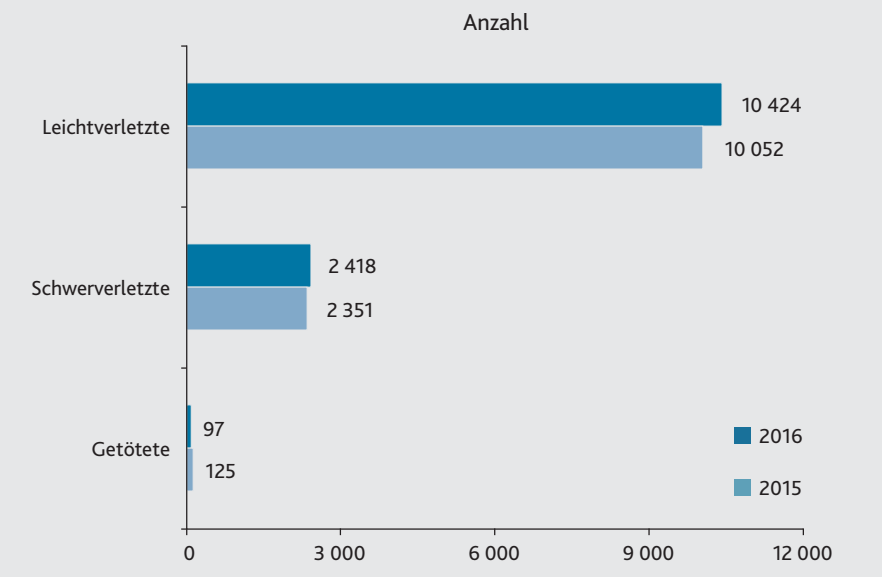
Zahl der Pkw-Neuzulassungen fast identisch

Die Zahl der in Rheinland-Pfalz neu zugelassenen Pkw hat sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum kaum verändert. Von Januar bis September 2016 wurden 99 890 Pkw neu zugelassen. Das waren lediglich 0,2 Prozent mehr als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Auch bei den Krafträdern lag die Zahl der Neuzulassungen mit 7 500 Fahrzeugen nur geringfügig höher als

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland von Januar bis September 2016



Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis August 2015 und 2016



im Vergleichszeitraum des Vorjahres (+0,6 Prozent). Dagegen nahm die Zahl der neu zugelassenen Lkw mit 9 310 Fahrzeugen um 15,5 Prozent deutlich zu. Bei den Zugmaschinen stieg die Zahl der Neuzulassungen um 4,3 Prozent auf 3 270. Insgesamt wurden 120 820 Kraftfahrzeuge neu zugelassen. Dies waren 1,5 Prozent mehr als von Januar bis September des Vorjahres (Deutschland: +6,4 Prozent).

Mit 310 430 verharrte bei den gebrauchten Pkw die Zahl der Besitzumschreibungen nahezu auf dem Niveau des Vorjahres. Dagegen wechselten 5,3 Prozent mehr Lkw den Besitzer, während die Zahl der Umschreibungen bei den Zugmaschinen um vier Prozent und bei den Krafträdern um 2,5 Prozent zurückgingen. Insgesamt lag die Zahl der Besitzumschreibungen mit 355 230 nur um 0,1 Prozent unter dem entsprechenden Wert des Vorjahreszeitraums (Deutschland: +1,2 Prozent).

Weniger Verkehrstote als im Vorjahr

Von Januar bis August 2016 verloren auf rheinland-pfälzischen Straßen insgesamt 97 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Damit waren 28 Todesopfer weniger zu beklagen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der Schwerverletzten stieg gegenüber den ersten acht Monaten des Vorjahres um 2,8 Prozent auf 2 418, die der Leichtverletzten um 3,7 Prozent auf 10 424.

Insgesamt registrierte die Polizei in diesem Jahr von Januar bis August 92 856 Straßenverkehrsunfälle und damit 4,4 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Darunter waren 82 879 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden und damit 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Aus der amtlichen Statistik

Bestandsaufnahme von der frühkindlichen Betreuung bis zur Erwachsenenbildung
Neuauflage der Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz

Einen umfangreichen Überblick über das Bildungswesen in Rheinland-Pfalz bietet die Veröffentlichung „Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2015". Die Debatte um eine gerechte, umfassende und integrative Gestaltung des Bildungssystems gewinnt zunehmend an Bedeutung. Die Gründe hierfür sind vielfältig und liegen beispielsweise in der steigenden Erwerbsbeteiligung von Eltern, komplexer werdenden Bildungsübergängen, dem erwarteten Fachkräftemangel, der Diversität der Studienangebote, kultureller Vielfalt und einer alternden Bevölkerung.

„Eine sachlich fundierte Auseinandersetzung mit allen Facetten der Bildung und des Bildungssystems bedarf belastbarer Informationen über alle Bildungsbereiche und -institutionen, die den Bildungsverlauf über die Lebensspanne begleiten", erklärt Jörg Berres, Präsident des Statistischen Landesamtes. „Dieser Band bietet einen detaillierten Einblick in die zentralen Themen des Bildungswesens." Ausgehend vom Jahr 2015 enthält die Veröffentlichung für den Betrachtungszeitraum von zehn Jahren umfangreiche Informationen zu den wichtigsten Bildungsbereichen, beginnend mit der frühkindlichen Bildung und Betreuung, über die schulische, berufsbildende und akademische Ausbildung, bis hin zur allgemeinen Erwachsenen- und Weiterbildung.

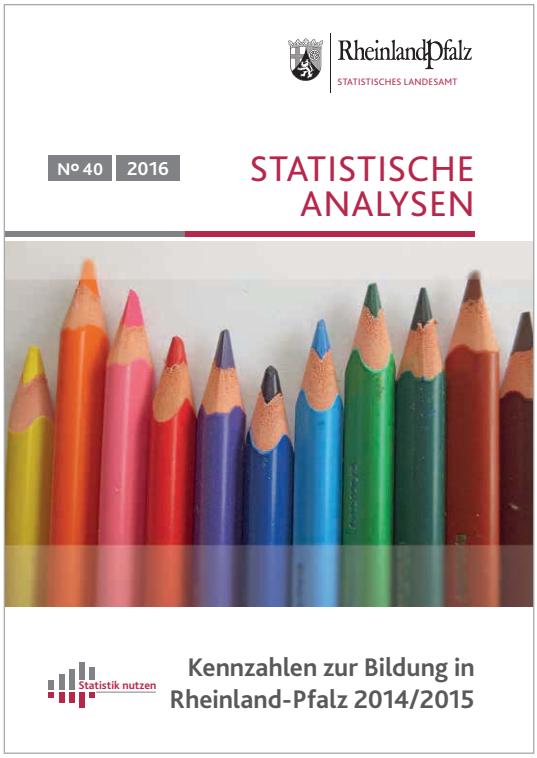
Ergebnisse der rund 160 Seiten umfassenden Veröffentlichung sind unter anderem:

- Stärkere Nutzung von Betreuungsangeboten für unter Dreijährige: Im Jahr 2016 besuchten knapp 30 Prozent der unter Dreijährigen ein Angebot der Kindertagesbetreuung. Damit lag die Betreuungsquote rund 20 Prozentpunkte höher als im Jahr 2006.
- Weniger Einschulungen: Die Zahl der Einschulungen sank seit 2005 um ein Fünftel auf rund 33 900 Schulanfängerinnen und Schulanfänger im Jahr 2015.
- Kinder mit Migrationshintergrund wechseln seltener auf ein Gymnasium: Nach der Grundschule wechselten zum Schuljahr 2015/16 rund 27 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund auf ein Gymnasium. Bei Grundschülerinnen und -schülern ohne Migrationshintergrund lag dieser Anteil bei 44 Prozent.
- Mehr Schülerinnen und Schüler mit Abitur: Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Allgemeiner Hochschulreife lag im Jahr 2015 bei 33 Prozent. Zehn Jahre zuvor erlangten 23 Prozent der Schulabsolventinnen und -absolventen die Allgemeine Hochschulreife.
- Schulabbruch bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund am häufigsten: Rund jede bzw. jeder zehnte Jugendliche mit Migrationshintergrund verließ 2015 die Schule ohne Berufsreife oder sonstigen Schulabschluss. Das ist beinahe doppelt so oft wie bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.
- Schulische Ganztagsangebote weiter ausgebaut: Zwei von zehn Schülerinnen und Schülern nutzten im Schuljahr 2015/16 das schulische Ganztagsangebot. Damit hat sich die Nutzung des Angebots seit der erstmaligen Erhebung 2006/07 beinahe verdoppelt.
- Zunehmende sonderpädagogische Förderung an Regelschulen: Im Schuljahr 2015/16 lernten 26 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen. Seit dem Jahr 2006 ist der Anteil um 16 Prozentpunkte gestiegen.
- Weniger Auszubildende: Die Zahl der Auszubildenden lag im Jahr 2014 bei rund 68 700 und die der Neuabschlüsse bei 26 400. Zehn Jahre zuvor wurden etwa 75 500 Auszubildende bzw. 27 900 Neuabschlüsse verzeichnet.
- Weniger Studienanfängerinnen und -anfänger an rheinland-pfälzischen Hochschulen:

Mit rund 22 400 Studienanfängerinnen und Studienanfängern im Jahr 2015 konnte der Höchstwert von 24 200 des Jahres 2011 nicht erreicht werden.

- Studierendenzahl erstmals seit 15 Jahren rückläufig: An den 21 rheinland-pfälzischen Hochschulen waren 2015 rund 121 000 Studierende eingeschrieben, gut 1 200 weniger als im Jahr zuvor. Im Zehnjahresvergleich ist die Studierendenzahl jedoch um 19 600 Personen gestiegen.
- Zahl der BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger rückläufig: Im Jahr 2015 erhielten 39 300 Schülerinnen und Schüler sowie Studierende Leistungen nach dem BAföG. Das waren rund 5 800 Empfängerinnen und Empfänger weniger als 2012.
- Rund 41 600 Bildungsmaßnahmen der Erwachsenen- und Weiterbildung: Weiterbildungsanbieter in staatlich anerkannter Trägerschaft boten 2014 beinahe 41 600 Weiterbildungsmaßnahmen an. Gut die Hälfte der Angebote stellten die Volkshochschulen.

Die Veröffentlichung „Kennzahlen zur Bildung in Rheinland-Pfalz 2015“ kann zum Preis von 15 Euro einschließlich Versandkosten bestellt werden bei: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb, 56128 Bad Ems, Telefon: 02603 71-2450, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de. Sie steht zudem als PDF-Datei zum kostenlosen Download zur Verfügung.



Konjunkturdaten in der Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie im zweiten Quartal überwiegend positiv

Im zweiten Quartal 2016 haben sich die Konjunkturindikatoren in der Großregion Saarland, Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz, Wallonie mehrheitlich positiv entwickelt; nur vereinzelt zeigten sich rückläufige Tendenzen. Positive Signale kamen in der gesamten Großregion vom Arbeitsmarkt und dem Baugewerbe. Die Exporte stiegen in drei von fünf Regionen. Die Importe entwickelten sich in allen Teilregionen verhalten, insbesondere im Saarland und der Wallonie waren sie rückläufig. Dies ist der neuen Ausgabe des Konjunkturberichts zu entnehmen, den das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Nachbarregionen veröffentlicht.

Der Industrieumsatz erholte sich nach einer schwachen Entwicklung im ersten Quartal 2016: Das Saarland (+1,4 Prozent) und Rheinland-Pfalz (+2,6 Prozent) verzeichneten im Vergleich zum Vorjahresquartal deutliche Umsatzsteigerungen. Auch in der Wallonie setzte sich die Erholung der Industrie fort, und die Umsatzentwicklung lag mit einem Plus von 0,8 Prozent erstmals seit Anfang 2015 wieder im positiven Bereich. Lediglich in Luxemburg unterschritten die Erlöse erneut das Niveau des Vorjahres-

quartals (–3,6 Prozent). Der Außenhandel entwickelte sich in den Teilregionen deutlich unterschiedlich: Während die Importe in allen Regionen rückläufig waren, exportierten das Saarland (+7 Prozent), Luxemburg (+2,6 Prozent) und Rheinland-Pfalz (+5 Prozent) deutlich mehr Waren als im Vorjahresquartal. In Lothringen gaben die Exporte leicht nach (–0,5 Prozent), in der Wallonie gingen sie erneut kräftig zurück (–7,3 Prozent).

Auch in anderen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung uneinheitlich. Das Baugewerbe entwickelte sich im Saarland (+5,7 Prozent) und in Rheinland-Pfalz (+3,5 Prozent) weiterhin dynamisch. Auch die wallonische Bauwirtschaft verzeichnete ein Umsatzplus (+1,9 Prozent). Wie im Baugewerbe fielen auch die Einzelhandelsumsätze in Rheinland-Pfalz und im Saarland positiver aus als in den übrigen Regionen. Im Rheinland-Pfalz lagen sie nach einem verhaltenen Jahresstart mit einem Plus von drei Prozent sichtbar im positiven Bereich; im Saarland übertrafen sie das entsprechende Vorjahresquartal nur schwach (+0,7 Prozent). In Luxemburg stagnierten die Einzelhandelsumsätze nahezu (+0,1 Prozent), in der Wallonie blieben sie hinter denen des Vorjahresquartals zurück (–4,6 Prozent). Umgekehrt verlief die Entwicklung im Gastgewerbe. Hier mussten das Saarland (–4,4 Prozent) und Rheinland-Pfalz (–0,5 Prozent) Umsatzeinbußen hinnehmen, während dieser Bereich in Luxemburg (+2,1 Prozent) und der Wallonie (+3,4 Prozent) zulegte.

Die Arbeitsmarktdaten zeigen für Luxemburg, Rheinland-Pfalz und die Wallonie durchgehend positive Tendenzen. In Lothringen sank zwar die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahresquartal leicht (–0,2 Prozent), dennoch ging die Zahl der Arbeitslosen zurück (–1,9 Prozent). Im Saarland gingen etwas mehr Menschen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach (+0,4 Prozent), und es wurden mehr offene Stellen gemeldet als im Vorjahresquartal (+4,9 Prozent). Jedoch legte auch die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahresquartal zu (+2,3 Prozent).

Die Verbraucherpreise waren auch im zweiten Quartal 2016 relativ stabil und lagen in den drei Teilregionen, die einen eigenen Verbraucherpreisindex ausweisen, deutlich unter der Zielmarke der EZB für den Euroraum von +2 Prozent. Im Saarland und Rheinland-Pfalz stiegen die Preise marginal (+0,1 Prozent); in Luxemburg blieben sie unverändert.

Der zweisprachige Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und auf der Internetseite des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz (www.statistik.rlp.de) und im gemeinsamen – ebenfalls erneuerten und modernisierten – Datenportal der Statistischen Ämter der Großregion (www.grossregion.lu) veröffentlicht.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Oktober 2016

Der Verbraucherpreisindex lag im Oktober 0,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Damit erreichte die Teuerungsrate den höchsten Stand seit mehr als zwei Jahren.

Zwar wirken die Energiepreise weiterhin dämpfend, allerdings lässt der Effekt merklich nach. Energie war im Oktober nur um ein Prozent billiger als ein Jahr zuvor; im September hatten die Energiepreise noch um 3,4 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats gelegen. Die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln (+0,1 Prozent) bremste ebenfalls die Entwicklung des Verbraucherpreisindex. Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, erhöhte sich im Oktober auf 1,3 Prozent; im Vormonat hatte sie bei 1,1 Prozent gelegen.

Unter den zwölf Hauptgruppen verzeichneten alkoholische Getränke und Tabakwaren gegenüber dem Vorjahresmonat die höchste Teuerungsrate (+2,9 Prozent). Lediglich im Bereich Nachrichtenübermittlung lagen die Preise unter dem Niveau des Vorjahresmonats (–0,8 Prozent).

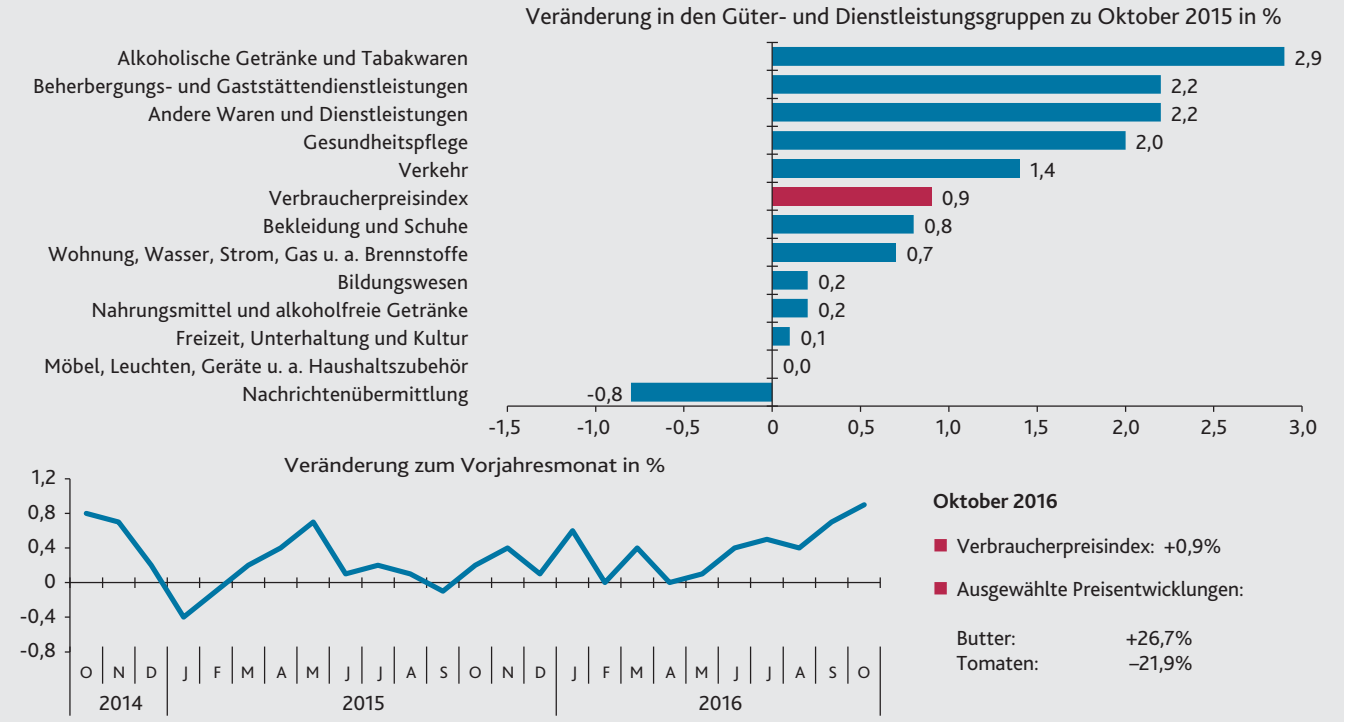
Gegenüber dem Vormonat ist der Verbraucherpreisindex im Oktober um 0,3 Prozent gestiegen. Am stärksten erhöhten sich die Preise für Bekleidung und Schuhe (+1,8 Prozent). In der Hauptgruppe Verkehr lagen die Preise um 0,7 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Eine Preissenkung gab es lediglich in der Hauptgruppe Freizeit, Unterhaltung und Kultur (–0,4 Prozent). Hierzu trugen vor allem die Pauschalreisen bei, deren Preise um 3,4 Prozent zurückgingen.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Oktober 2016

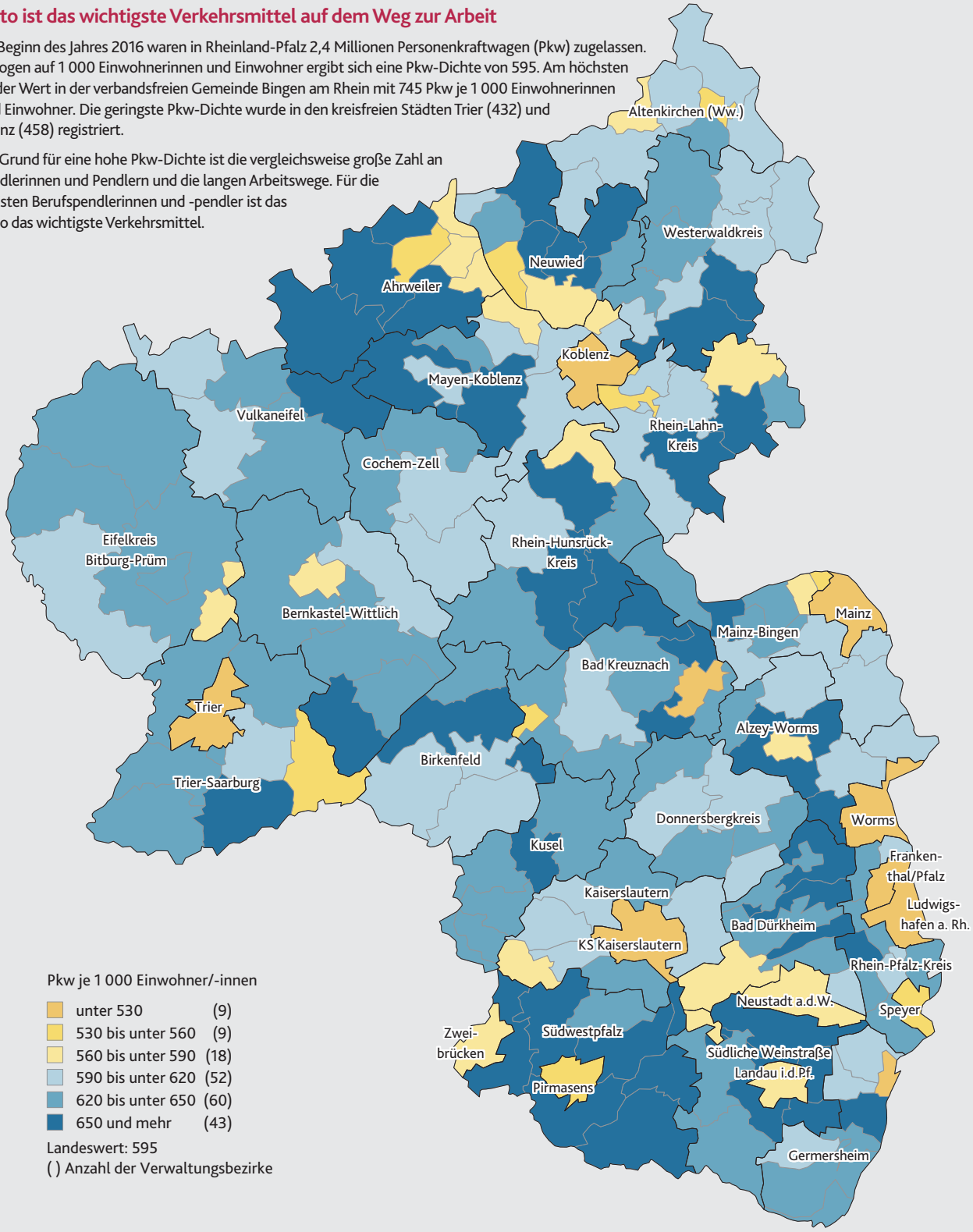


Pkw-Dichte 2016 nach Verwaltungsbezirken

Auto ist das wichtigste Verkehrsmittel auf dem Weg zur Arbeit

Zu Beginn des Jahres 2016 waren in Rheinland-Pfalz 2,4 Millionen Personenkraftwagen (Pkw) zugelassen. Bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich eine Pkw-Dichte von 595. Am höchsten ist der Wert in der verbandsfreien Gemeinde Bingen am Rhein mit 745 Pkw je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die geringste Pkw-Dichte wurde in den kreisfreien Städten Trier (432) und Mainz (458) registriert.

Ein Grund für eine hohe Pkw-Dichte ist die vergleichsweise große Zahl an Pendlerinnen und Pendlern und die langen Arbeitswege. Für die meisten Berufspendlerinnen und -pendler ist das Auto das wichtigste Verkehrsmittel.



Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2014

Von Dr. Annette Illy

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist eine zentrale Einkommensgröße in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Es ergibt sich aus den durch Erwerbstätigkeit und Vermögen erzielten Einkommen zuzüglich empfangenen laufenden Transfers wie Renten, Sozialhilfe oder Kindergeld und abzüglich geleisteten laufenden Transfers wie Steuern oder Sozialabgaben. Im Jahr 2014 standen jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 21 781 Euro für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. Am höchsten war das Pro-Kopf-Einkommen im Landkreis Mainz-Bingen mit 26 177 Euro. Dahinter folgte die kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße mit 24 580 Euro.

Verfügbares Einkommen als zentrale Einkommensgröße

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist eine zentrale Einkommensgröße in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dabei handelt es sich um das Einkommen, das den privaten Haushalten nach Einkommensumverteilung für Konsum und Sparen verbleibt. Der Sektor „Private Haushalte" umfasst nicht nur die privaten Haushalte im engeren Sinne, sondern allgemein Einzelpersonen bzw. Gruppen von Einzelpersonen als Konsumenten, aber auch als Produzenten (z. B. Einzelunternehmer, selbstständige Landwirte, Freiberufler). In Deutschland werden die privaten Haushalte mit privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Vereine, Parteien, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften) zusammengefasst. Im Unterschied zum Bruttoinlandsprodukt, das am Ort der Produktion nachgewiesen wird (Inlandskonzept), ist das verfügbare Einkommen eine wohnortbezogene Größe (Inländerkonzept). Um die Ergebnisse der Kreise miteinander vergleichen zu können, wird das verfügbare Einkommen auf die Einwohnerzahl bezogen.

Die in diesem Beitrag vorgestellten Ergebnisse sind auf den Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom August 2015 abgestimmt. Im Zuge der Revision 2014 wurden die bisher veröffentlichten Ergebnisse für alle Jahre überarbeitet.

Von der primären Einkommensverteilung …

Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen

Ausgangspunkt der Berechnung des verfügbaren Einkommens ist das Primäreinkommen der privaten Haushalte. Das Primäreinkommen ist das Einkommen, das der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz aus ihrer Teilnahme am Produktionsprozess, d. h. aus Erwerbstätigkeit und Vermögen, zufließt. Es setzt sich zusammen aus den empfangenen Arbeitnehmerentgelten (Bruttolöhne und -gehälter sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber), den Unternehmenseinkommen,

die den privaten Haushalten zufließen, sowie dem Saldo der Vermögenseinkommen.

Fast drei Viertel des Primäreinkommens stammen aus Arbeitnehmerentgelten

Das Primäreinkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz betrug 2014 insgesamt 105,8 Milliarden Euro. Davon entfielen 73 Prozent bzw. 77 Milliarden Euro auf Arbeitnehmerentgelte. Unternehmenseinkommen machten zehn Prozent bzw. 10,4 Milliarden Euro des Primäreinkommens aus. Dazu zählen zum einen die Selbstständigeneinkommen der zum Sektor „Private Haushalte" gehörenden Unternehmen. Zum anderen ist darin auch ein unterstelltes Einkommen (Betriebsüberschuss) aus eigengenutztem Wohnraum enthalten. Der Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen, z. B. Zinsen, Pachten, Gewinnentnahmen und Ausschüttungen, betrug 18,2 Milliarden Euro. Das waren 17 Prozent des Primäreinkommens.

Im Vergleich zu 2000 ist das Primäreinkommen in jeweiligen Preisen um insgesamt 38 Prozent gestiegen. Am stärksten nahm mit einem Plus von 61 Prozent der Saldo der Vermögenseinkommen zu. Die Arbeitnehmerentgelte stiegen um 37 Prozent und die Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse um 15 Prozent.

… zur sekundären Einkommensverteilung

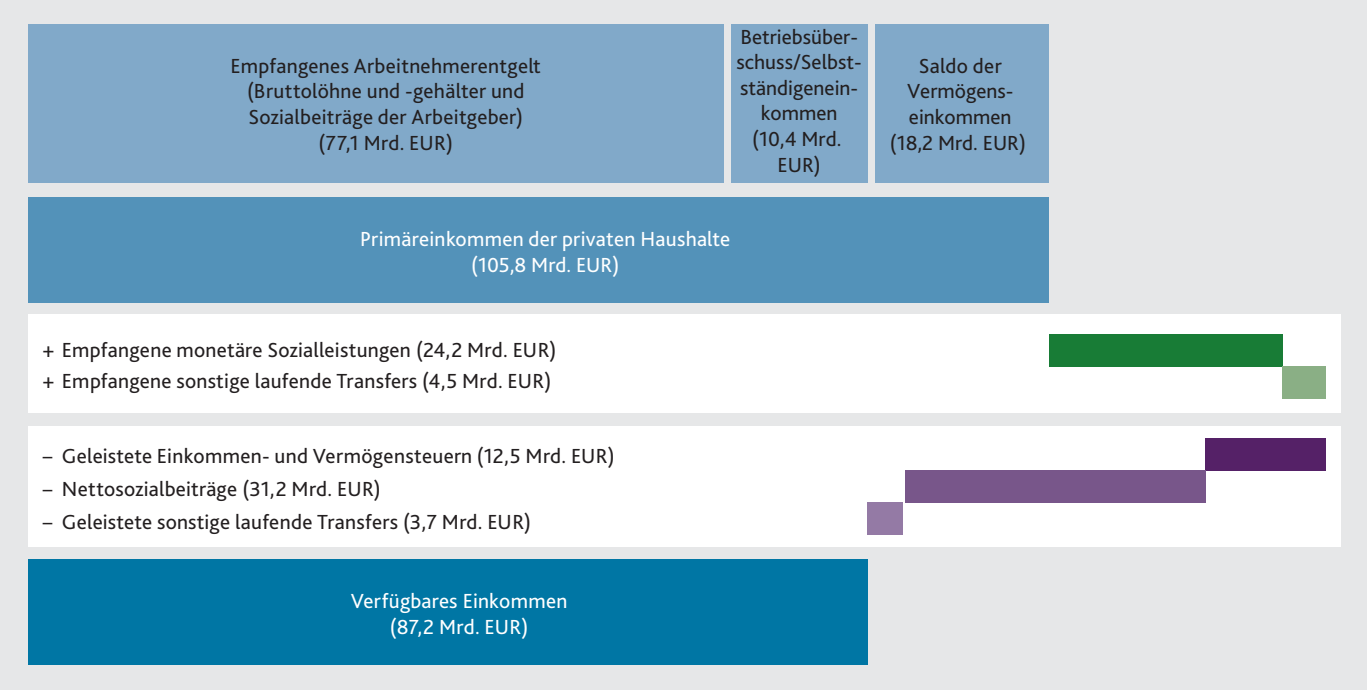
Einkommen nach Einkommensumverteilung ist das verfügbare Einkommen

Das verfügbare Einkommen unterscheidet sich vom Primäreinkommen durch Einkommensumverteilung, d. h. zum Primäreinkommen werden die empfangenen laufenden Transfers hinzugezählt und die geleisteten laufenden Transfers abgezogen.

Haushalte empfangen monetäre Sozialleistungen …

Bei den von den privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers handelt es sich vor allem um monetäre Sozialleistungen. Dazu gehören insbesondere die Geldleistungen der Sozialversicherung (Renten-, Arbeitslosen-,

Ü 1 Schematische Darstellung der Einkommensverteilung der privaten Haushalte 2014



gesetzliche Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung). Weitere monetäre Sozialleistungen sind beispielsweise Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, sonstige Sozialleistungen der Arbeitgeber (wie Pensionen, Beihilfen) sowie sonstige überwiegend vom Staat gezahlte soziale Geldleistungen (z. B. Kindergeld, Elterngeld, Wohngeld, Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Ausbildungsbeihilfen und Kriegsopferversorgung). Nicht enthalten sind Dienst- und Sachleistungen des Staates. Zu den empfangenen sonstigen laufenden Transfers zählen beispielsweise empfangene Leistungen von Nichtlebensversicherungen wie Kfz- oder Haftpflichtversicherungen.

... und leisten Einkommen- und Vermögensteuern sowie Nettosozialbeiträge

Die geleisteten laufenden Transfers umfassen vor allem die geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern (z. B. Lohn- und Einkommensteuer, Kfz-Steuer, Gemeindesteuern und Verwaltungsgebühren) sowie die Nettosozialbeiträge. In den Sozialbeiträgen sind nicht nur die tatsächlich gezahlten Beiträge der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Selbstständigen und Nichterwerbstätigen enthalten, sondern auch unterstellte Beiträge für z. B. die Beamtenversorgung. Zu den geleisteten sonstigen laufenden Transfers gehören u. a. die Nettoprämien für Nichtlebensversicherungen.

Nach Umverteilung verbleiben den privaten Haushalten 82 Prozent des Primäreinkommens

Insgesamt beliefen sich die empfangenen laufenden Transfers der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz 2014 auf 28,8 Milliarden Euro. Gleichzeitig mussten die privaten Haushalte laufende Transfers in Höhe von 47,4 Milliarden Euro leisten; davon entfielen 26 Prozent auf Einkommen- und Vermögensteuern und 66 Prozent auf die Nettosozialbeiträge. Damit nahm das Einkommen durch die Umverteilung um 18,6 Milliarden Euro ab; das verfügbare Einkommen betrug 2014 somit 87,2 Milliarden Euro. Das waren 82 Prozent des Primäreinkommens.

Gegenüber 2000 hat das verfügbare Einkommen um 37 Prozent zugelegt. Die geleisteten Transfers sind in diesem Zeitraum etwas stärker gestiegen als die empfangenen Transfers (+37 bzw. +33 Prozent).

Regionale Unterschiede in der Einkommensverteilung

Große Unterschiede im Primäreinkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner in den Kreisen

Durchschnittlich betrug das Primäreinkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner 2014 in Rheinland-Pfalz 26 427 Euro. In den kreisfreien Städten lag der Wert mit 24 671 Euro rund 2 400 Euro niedriger als in den Landkreisen mit 27 038 Euro. Aber auch innerhalb der kreisfreien Städte bzw. Landkreise sind die Unterschiede groß. Unter den kreisfreien Städten wies Neustadt an der Weinstraße das höchste Primäreinkommen auf. Mit 29 569 Euro war es zwölf Prozent höher als im Landesdurchschnitt. Am geringsten war das Primäreinkommen in Pirmasens; mit 20 680 Euro lag es 22 Prozent unter dem Landesdurchschnitt. In den Landkreisen war die Spanne noch größer: Das Primäreinkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner streute zwischen 34 002 Euro in Mainz-Bingen und 23 088 Euro in Kusel. Das waren 29 Prozent mehr bzw. 13 Prozent weniger als im Landesdurchschnitt. Der Abstand zwischen dem höchsten und niedrigsten Wert in Rheinland-Pfalz betrug 64 Prozent.

Durchschnittlich 21 781 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner für Konsum und Sparen

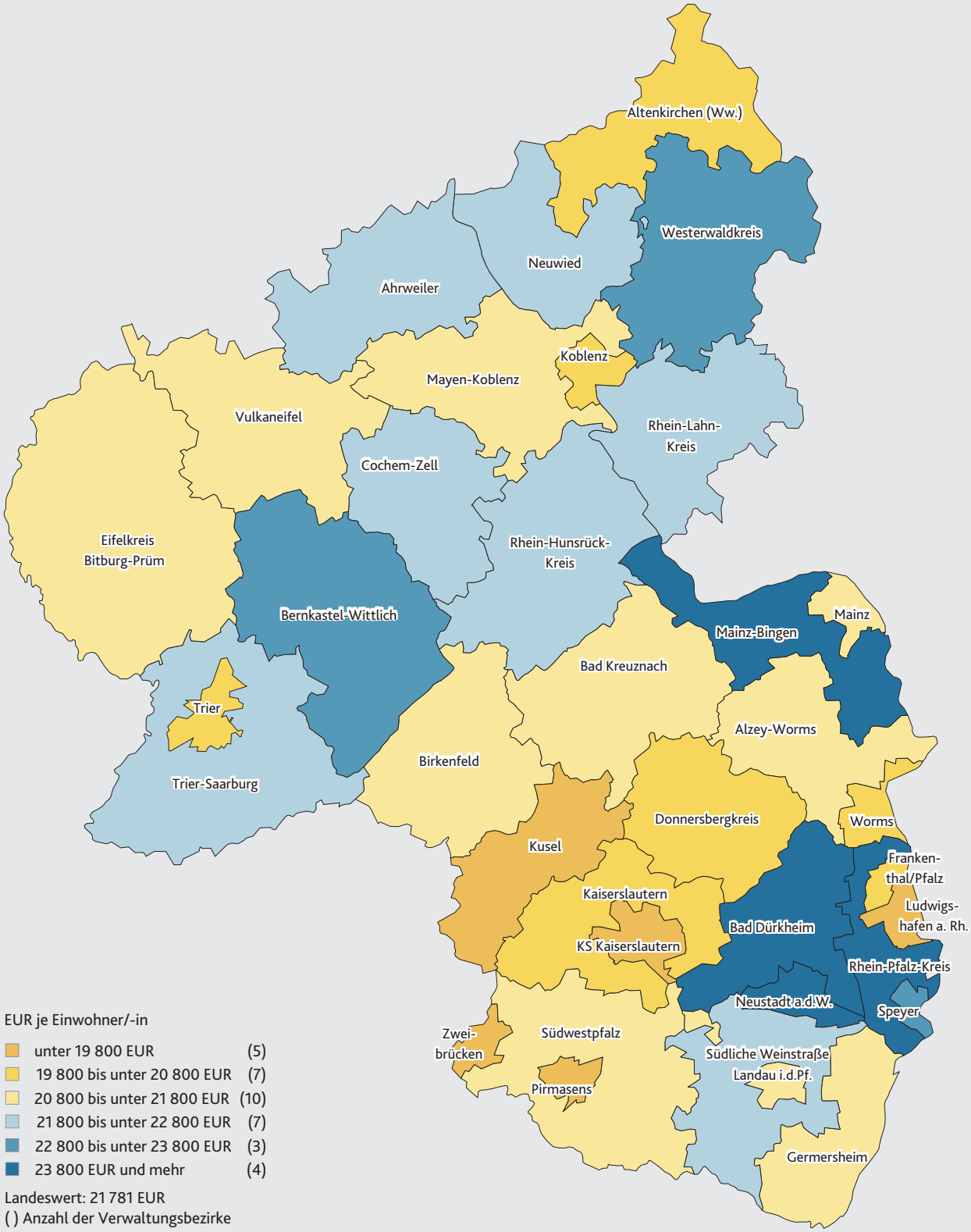
Durch die Umverteilung ist das durchschnittliche Einkommen 2014 um 4 646 Euro gesunken. Durchschnittlich standen jedem Rheinland-Pfälzer damit 21 781 Euro für Konsumzwecke bzw. Sparen zur Verfügung. Wie das Primäreinkommen war auch das verfügbare Einkommen in den kreisfreien Städten geringer als in den Landkreisen (20 240 bzw. 22 318

T 1 Einkommen der privaten Haushalte[1] 2014 nach Verwaltungsbezirken

	Primäreinkommen				Verfügbares Einkommen				
	Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner/-in EUR	je Einwohner/-in Rheinland-Pfalz = 100	Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner/-in EUR	je Einwohner/-in Rheinland-Pfalz = 100	Anteil am Primäreinkommen in %
Frankenthal (Pfalz), St	1 117	1,1	23 497	88,9	951	1,1	19 999	91,8	85,1
Kaiserslautern, St.	2 138	2,0	21 984	83,2	1 836	2,1	18 870	86,6	85,8
Koblenz, St.	2 650	2,5	23 863	90,3	2 249	2,6	20 254	93,0	84,9
Landau i. d. Pfalz, St.	1 147	1,1	25 984	98,3	931	1,1	21 099	96,9	81,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	3 598	3,4	22 119	83,7	3 002	3,4	18 453	84,7	83,4
Mainz, St.	5 632	5,3	27 388	103,6	4 286	4,9	20 841	95,7	76,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 552	1,5	29 569	111,9	1 290	1,5	24 580	112,9	83,1
Pirmasens, St.	829	0,8	20 680	78,3	788	0,9	19 662	90,3	95,1
Speyer, St	1 431	1,4	28 740	108,8	1 149	1,3	23 067	105,9	80,3
Trier, St.	2 672	2,5	24 771	93,7	2 150	2,5	19 938	91,5	80,5
Worms, St.	1 939	1,8	24 044	91,0	1 608	1,8	19 940	91,5	82,9
Zweibrücken, St.	785	0,7	23 062	87,3	673	0,8	19 759	90,7	85,7
Ahrweiler	3 282	3,1	25 971	98,3	2 835	3,3	22 438	103,0	86,4
Altenkirchen (Ww.)	3 093	2,9	24 111	91,2	2 658	3,0	20 718	95,1	85,9
Alzey-Worms	3 487	3,3	27 763	105,1	2 734	3,1	21 770	99,9	78,4
Bad Dürkheim	4 016	3,8	30 590	115,8	3 224	3,7	24 556	112,7	80,3
Bad Kreuznach	3 912	3,7	25 136	95,1	3 323	3,8	21 351	98,0	84,9
Bernkastel-Wittlich	3 063	2,9	27 637	104,6	2 608	3,0	23 533	108,0	85,2
Birkenfeld	1 929	1,8	23 924	90,5	1 724	2,0	21 382	98,2	89,4
Cochem-Zell	1 565	1,5	25 203	95,4	1 359	1,6	21 887	100,5	86,8
Donnersbergkreis	1 892	1,8	25 199	95,4	1 542	1,8	20 540	94,3	81,5
Eifelkreis Bitburg-Prüm	2 559	2,4	26 583	100,6	2 055	2,4	21 339	98,0	80,3
Germersheim	3 404	3,2	27 044	102,3	2 680	3,1	21 292	97,8	78,7
Kaiserslautern	2 575	2,4	24 713	93,5	2 150	2,5	20 630	94,7	83,5
Kusel	1 639	1,5	23 088	87,4	1 402	1,6	19 756	90,7	85,6
Mainz-Bingen	6 934	6,6	34 002	128,7	5 338	6,1	26 177	120,2	77,0
Mayen-Koblenz	5 456	5,2	25 966	98,3	4 530	5,2	21 559	99,0	83,0
Neuwied	4 741	4,5	26 431	100,0	4 027	4,6	22 447	103,1	84,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 640	2,5	25 905	98,0	2 239	2,6	21 971	100,9	84,8
Rhein-Lahn-Kreis	3 111	2,9	25 622	97,0	2 661	3,1	21 912	100,6	85,5
Rhein-Pfalz-Kreis	4 639	4,4	31 019	117,4	3 651	4,2	24 415	112,1	78,7
Südliche Weinstraße	2 976	2,8	27 204	102,9	2 446	2,8	22 360	102,7	82,2
Südwestpfalz	2 422	2,3	25 095	95,0	2 094	2,4	21 698	99,6	86,5
Trier-Saarburg	4 026	3,8	27 809	105,2	3 182	3,6	21 976	100,9	79,0
Vulkaneifel	1 478	1,4	24 316	92,0	1 279	1,5	21 051	96,6	86,6
Westerwaldkreis	5 459	5,2	27 443	103,8	4 539	5,2	22 817	104,8	83,1
Rheinland-Pfalz	105 787	100	26 427	100	87 190	100	21 781	100	82,4
kreisfreie Städte	25 490	24,1	24 671	93,4	20 912	24,0	20 240	92,9	82,0
Landkreise	80 297	75,9	27 038	102,3	66 279	76,0	22 318	102,5	82,5

1 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.
Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2015

K 1 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2014 nach Verwaltungsbezirken



Pro-Kopf-Einkommen sinkt durch Umverteilung durchschnittlich um 4 646 Euro

Euro); der Abstand betrug knapp 2 100 Euro. Das höchste Pro-Kopf-Einkommen wies der Landkreis Mainz-Bingen (26 177 Euro) gefolgt von der kreisfreien Stadt Neustadt an der Weinstraße (24 580 Euro) auf. Am geringsten war das verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner in der Stadt Ludwigshafen mit 18 453 Euro. Unter den Landkreisen verfügten die Einwohnerinnen und Einwohner von Kusel mit durchschnittlich 19 756 Euro über das niedrigste Einkommen.

Abstände zwischen den Kreisen nach Umverteilung geringer

Die Einkommensumverteilung soll zu einer Verringerung der Einkommensunterschiede führen. Dies zeigt sich auch in den Ergebnissen auf Kreisebene. Im Jahr 2014 lag das höchste verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner 20 Prozent über dem Landesdurchschnitt; der geringste Pro-Kopf-Wert 15 Prozent darunter. Der Abstand zwischen dem höchsten und niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen betrug 42 Prozent und damit 22 Prozentpunkte weniger als beim Primäreinkommen.

Pirmasens profitiert besonders stark von der Umverteilung

In den zwölf Kreisgebieten mit dem niedrigsten Primäreinkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner war das verfügbare Einkommen je Kopf näher am Landesdurchschnitt als das Primäreinkommen je Kopf. Besonders stark profitierte die Stadt Pirmasens von der Umverteilung. Hier lag das Primäreinkommen 22 Prozent unter dem Landesdurchschnitt, das verfügbare Einkommen nur zehn Prozent darunter. Umgekehrt sank in neun der zwölf Regionen mit dem höchsten Primäreinkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner der Abstand zum Landesdurchschnitt. Die stärkste Annäherung verzeichnete mit Mainz-Bingen der Kreis mit dem höchsten Pro-Kopf-Primäreinkommen.

Die Rangfolge der Regionen ist bei Primär- und verfügbarem Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner ähnlich, insbesondere an den Rändern. Im Mittelfeld kommt es allerdings auch zu einigen größeren Verschiebungen. Den stärksten Aufstieg verzeichnete der Landkreis Birkenfeld (von Rang 29 auf Rang 18). Die Stadt Mainz rutschte dagegen von Rang zehn auf Rang 24 ab.

Keine Aussagen über Einkommensverteilung innerhalb einer Region möglich

Zu beachten ist bei den Vergleichen des Einkommens je Einwohnerin bzw. Einwohner, dass weder die Altersstruktur noch die Einkommensverteilung innerhalb einer Region berücksichtigt werden. Die Altersstruktur hat z. B. Auswirkungen auf die Höhe der Erwerbsbeteiligung und damit auf die aus Erwerbstätigkeit generierten Primäreinkommen. Der Durchschnittswert des Pro-Kopf-Einkommens in einer Region erlaubt keine Aussagen darüber, wie gleichmäßig sich das Einkommen auf die Bevölkerung verteilt.

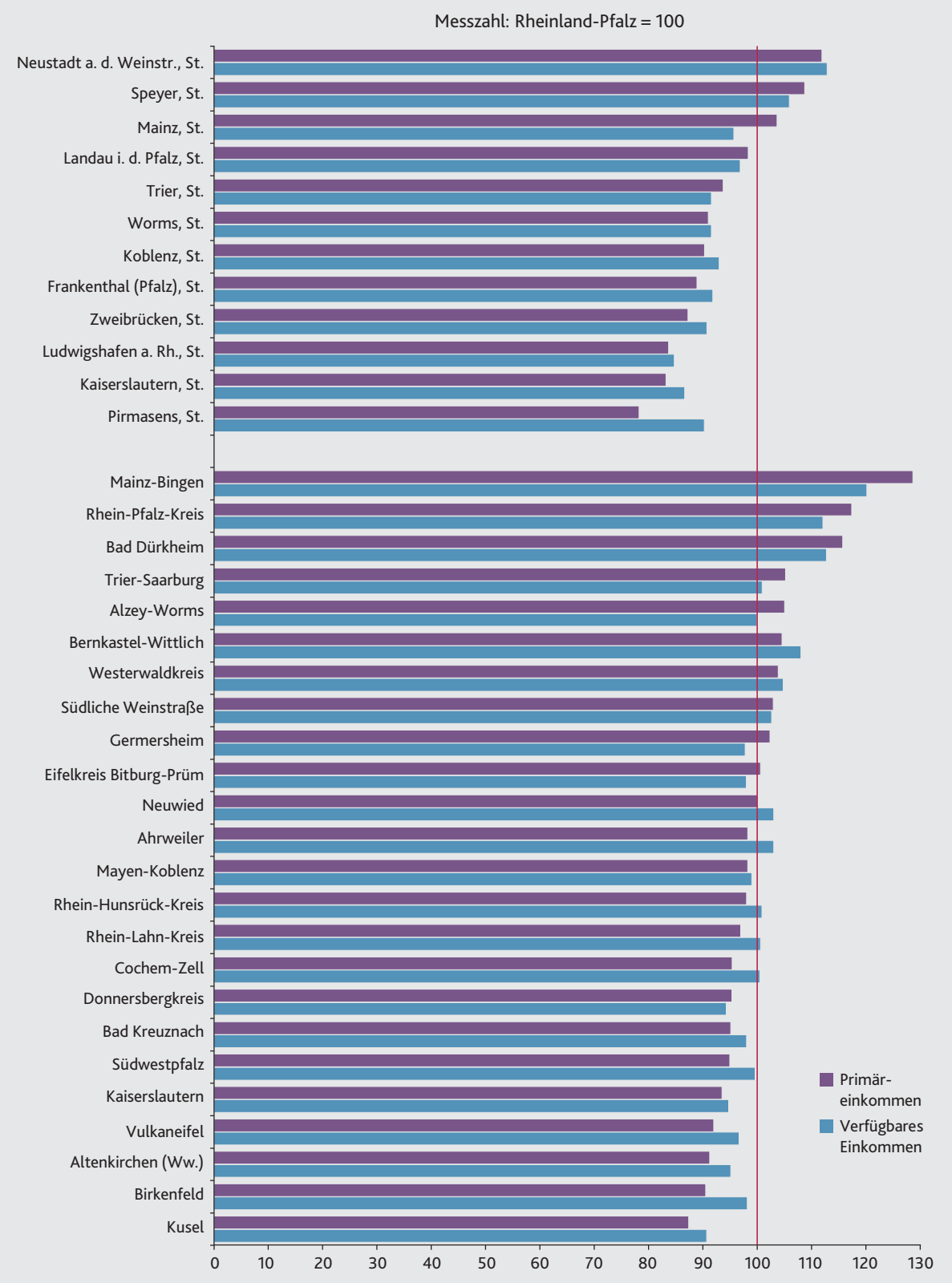
Rangfolge der Kreise unterscheidet sich zwischen verfügbarem Einkommen und Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen stark

Neben der Erwerbsbeteiligung hat auch die Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftskraft einen Einfluss auf das Primär- bzw. verfügbare Einkommen, wobei sich insbesondere bei einer kleinräumigen Analyse wie dieser die Wirtschaftskraft durch Pendlerverflechtungen auch auf umliegende Regionen auswirkt. Ein Vergleich zwischen dem Bruttoinlandsprodukt, das am Ort der Produktion bzw. Beschäftigung nachgewiesen wird, und dem verfügbaren Einkommen, das am Wohnort gemessen wird, zeigt zum Teil große Unterschiede. So weist z. B. die Stadt Ludwigshafen zwar das mit Abstand höchste Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen, aber das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen auf. Dafür ist im angrenzenden Rhein-Pfalz-Kreis die Wirtschaftskraft relativ gering, das verfügbare Einkommen jedoch sehr hoch.

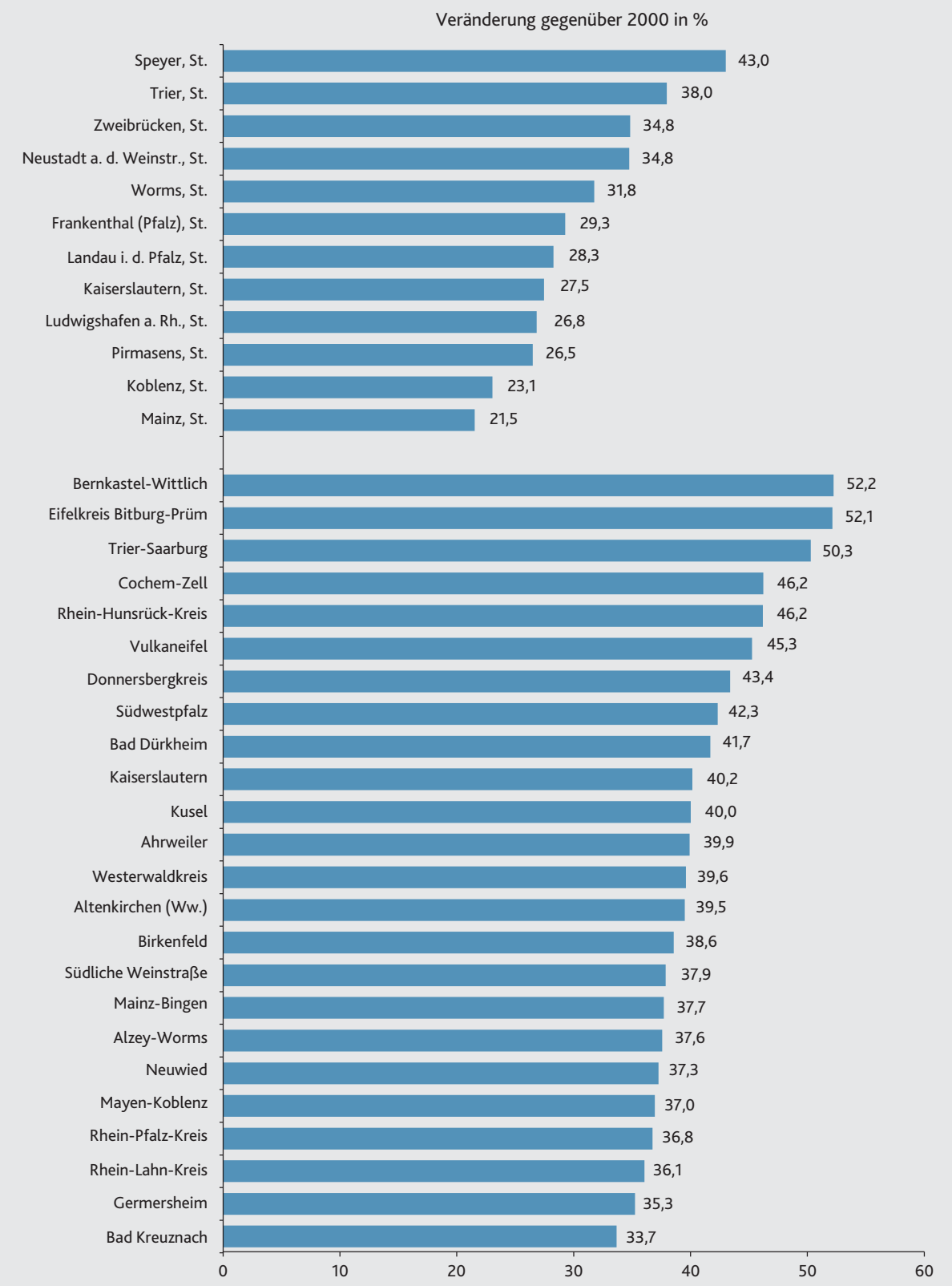
Verfügbares Einkommen steigt in den Landkreisen stärker als in den kreisfreien Städten

Gegenüber 2013 hat das verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rhein-

G 1 Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner/-in 2014 nach Verwaltungsbezirken



G 2 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner/-in 2014 nach Verwaltungsbezirken



Zunahme des verfügbaren Einkommens gegenüber 2013 um 2,2 Prozent

land-Pfalz um zwei Prozent zugenommen. Mit +2,2 Prozent verzeichneten die Landkreise durchschnittlich einen höheren Anstieg als die kreisfreien Städte mit +1,3 Prozent. In den einzelnen Kreisgebieten lagen die Zuwachsraten zwischen 0,5 und 3,3 Prozent.

Anstieg des verfügbaren Einkommen gegenüber 2000 um 37 Prozent

Im Vergleich zu 2000 ist das verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz nominal, d. h. nicht preisbereinigt, um 37 Prozent gestiegen. Die Verbraucherpreise nahmen in diesem Zeitraum um 23 Prozent zu. In den Landkreisen fiel der Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens wie im Vergleich zum Vorjahr wesentlich dynamischer aus als in den kreisfreien Städten (+40 bzw. +29 Prozent). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Anstieg nicht nur durch die Veränderung des verfügbaren Einkommens, sondern auch durch die Veränderung der Bevölkerung beeinflusst wird. Die Einwohnerzahl nahm in den Landkreisen zwischen 2000 und 2014 um 1,8 Prozent ab. Die kreisfreien Städte verzeichneten dagegen – vor allem durch die positive Entwicklung in den Universitätsstädten Mainz, Trier und Landau – einen Bevölkerungszuwachs in Höhe von 3,1 Prozent.

Stärkste Zunahme in Bernkastel-Wittlich und dem Eifelkreis Bitburg-Prüm mit +52 Prozent

Unter den kreisfreien Städten wurde der höchste Anstieg des verfügbaren Einkommens je Einwohnerin bzw. Einwohner in Speyer (+43 Prozent) und in Trier (+38 Prozent) registriert. In Mainz nahm das Pro-Kopf-Einkommen dagegen nur um 22 Prozent zu. Ein Grund für diesen vergleichsweise schwachen Anstieg ist die Einführung der Zweitwohnsitzabgabe im Jahr 2005. Vor allem Studenten, die in der Regel über kein größeres Einkommen verfügen, wandelten damals ihren Nebenwohnsitz in einen Hauptwohnsitz um; dadurch stieg die Bevölkerungszahl der Landeshauptstadt deutlich an.

Die höchsten Zuwächse unter den Landkreisen erzielten Bernkastel-Wittlich, der Eifelkreis Bitburg-Prüm (jeweils +52 Prozent) sowie Trier-Saarburg (+50 Prozent). Diese Kreise liegen – wie auch die Stadt Trier – im Einzugsbereich von Luxemburg. Da immer mehr Menschen aus den grenznahen Gebieten dorthin zur Arbeit pendeln, profitiert die Region von der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung des Großherzogtums.

Niveauunterschiede zwischen den Kreisen haben seit 2000 zugenommen

Die Niveauunterschiede im verfügbaren Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner haben seit 2000 zugenommen. Im Jahr 2000 lag das Pro-Kopf-Einkommen in den kreisfreien Städten mit 15 738 Euro nur 152 Euro unter dem Wert der Landkreise. Im Jahr 2014 betrug die Differenz fast 2 100 Euro. Auch der Abstand zwischen dem höchsten und niedrigsten Einkommen hat sich deutlich vergrößert. Er stieg von 36 auf 42 Prozent.

Dr. Annette Illy ist Referentin im Referat „Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt“.

Info

Nähere methodische Erläuterungen und Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland enthält die Gemeinschaftsveröffentlichung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ Reihe 2 Band 3 „Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014“. Die Veröffentlichung steht im Internet unter www.statistik.rlp.de zur Verfügung.

Gesundheitswirtschaft trägt knapp zwölf Prozent zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei

Von Melanie Nofz

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft nimmt – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – stetig zu. Deshalb gibt es ein wachsendes Interesse an Daten zur Wirtschaftsleistung und zur Beschäftigung in der Gesundheitswirtschaft. Dieser Datenbedarf lässt sich nicht direkt aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Erwerbstätigenrechnung decken, weil die Gesundheitswirtschaft in der Wirtschaftszweigsystematik (WZ 2008) nicht als eigenständiger Wirtschaftszweig ausgewiesen ist. Aus diesem Grund beschäftigt sich die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder" damit, die Bruttowertschöpfung und die Erwerbstätigkeit in der Gesundheitswirtschaft im volkswirtschaftlichen Kontext darzustellen. In diesem Jahr wurden erstmals Ergebnisse für alle 16 Bundesländer vorgelegt. Sie zeigen die große und wachsende volkswirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft, aber auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern.

Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen auf Länderebene

Fragestellungen der Gesundheitswirtschaft und des Gesundheitswesens werden behandelt

Die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen sind Rechenwerke, die sich mit Fragestellungen des Gesundheitswesens und der Gesundheitswirtschaft befassen.[1] Sie informieren über die Art und den Umfang der im Gesundheitswesen erbrachten Leistungen (Gesundheitsausgabenrechnung) sowie über die hierfür eingesetzten Personalressourcen (Gesundheitspersonalrechnung). Darüber hinaus wird mit der Berechnung der Bruttowertschöpfung und der Zahl der Erwerbstätigen die volkswirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft aufgezeigt. Die von den Statistischen Ämtern der Länder Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen (Federführung) und Thüringen gegründete Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder" verfolgt das Ziel, Daten auch auf Länderebene bereitzustellen. Mit dem Beitritt der Statistischen Ämter der Länder Bayern, Berlin/Brandenburg sowie Hamburg/Schleswig-Holstein umfasst die Arbeitsgruppe derzeit elf Bundesländer.

Gesundheitspersonal- und Gesundheitsausgabenrechnung sind bereits etabliert

Für diese Länder wurden 2016 Ergebnisse zur Gesundheitspersonal- und zur Gesundheitsausgabenrechnung vorgelegt. Die Gesundheitspersonalrechnung wird von der Arbeitsgruppe bereits seit 2013 und die Gesundheitsausgabenrechnung seit 2014 durchgeführt. Ergebnisse aus diesen Rechen-

1 Ausführlichere Informationen zu den Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen wie beispielsweise Definitionen und Methodik bietet die Internetseite der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL): www.ggrdl.de.

werken stehen derzeit für die Berichtsjahre 2008 bis 2014 zur Verfügung.

Erstmals alle drei Säulen der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen ermittelt

Nach umfangreichen methodischen Vorarbeiten, die unter anderem die Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft auf der Basis der Wirtschaftszweigsystematik (WZ 2008) umfasste, wurden 2016 darüber hinaus für alle 16 Bundesländer erstmals die Wirtschaftsleistung und die Erwerbstätigkeit in der Gesundheitswirtschaft berechnet. Mit diesem sogenannten Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz, für den Ergebnisse für die Jahre 2008 bis 2015 vorliegen, wurde das Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungssystem mit seinen drei Säulen vervollständigt.

Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz bildet die wirtschaftlichen Tätigkeiten in der Gesundheitswirtschaft ab

Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden verwendet

Der Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz ermöglicht es, die wirtschaftlichen Tätigkeiten der in einem Wirtschaftsgebiet in der Gesundheitswirtschaft aktiven wirtschaftlichen Einheiten für eine Berichtsperiode in den Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abzubilden. Ziel ist es, die Bruttowertschöpfung und die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft auf Länderebene zu bestimmen. Da die Daten mit den amtlichen Gesamtrechnungsergebnissen harmonieren, ist ein Vergleich der Gesundheitswirtschaft mit der Wertschöpfung und der Erwerbstätigkeit anderer Bereiche der Volkswirtschaft möglich.

Methodisch lehnt sich das Vorgehen zur Quantifizierung der Gesundheitswirtschaft in seinen Grundzügen an den von Ostwald/Ranscht[2] erarbeiteten Schätzansatz an. Dieser Ansatz wurde insofern weiterentwickelt, als dass die Gesundheitswirtschaft nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) abgegrenzt und eine breitere sowie detailliertere Datenbasis genutzt wurde. Die Berechnungen nach dem Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz beziehen sich auf die Gesundheitswirtschaft im engeren Sinne. Dabei werden solche Güter und Dienstleistungen, d. h. ihre Fertigung und Vermarktung, berücksichtigt, mit denen die Gesundheit sowohl erhalten als auch wiederhergestellt wird und die von den verschiedenen Ausgabenträgern im Gesundheitswesen ganz oder teilweise erstattet werden. Nicht zu der Gesundheitswirtschaft im engeren Sinne zählen privat finanzierte gesundheitsbezogene Waren und Dienstleistungen. Hierzu gehören beispielsweise Produkte aus dem Wellness-Bereich.

Gesundheitswirtschaft leistet einen erheblichen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung

Gesundheitswirtschaft trägt fast zwölf Prozent zur gesamten Wertschöpfung bei

In Rheinland-Pfalz wurde 2015 in der Gesundheitswirtschaft mit knapp 279 000 Erwerbstätigen eine Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen in Höhe von knapp 14,1 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das waren zwölf Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, die sich im Berichtsjahr auf 119 Milliarden Euro belief. Preisbereinigt legte die Bruttowertschöpfung der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft 2015 um 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu (Länderdurchschnitt: +2,3 Prozent). Dieser Wirtschaftsbereich wuchs damit deutlich stärker als die Gesamtwirtschaft (+1,2 Prozent).

Von den Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz waren 14 Prozent in der Gesundheitswirtschaft beschäftigt. Im Berichtsjahr verbes-

2 Ostwald, D. A.: Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Gesundheitswirtschaft in Deutschland. Berlin, 2008; Ranscht, A.: Quantifizierung regionaler Wachstums- und Beschäftigungseffekte der Gesundheitswirtschaft – am Beispiel ausgewählter Metropolregionen. Berlin, 2009.

T 1 Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft im engeren Sinne 2015 nach Bundesländern

Land	Bruttowertschöpfung[1]		Bruttowertschöpfung je Erwerbstätige/-n	Erwerbstätige	
	insgesamt	Anteil an der Gesamtwirtschaft		insgesamt	Anteil an der Gesamtwirtschaft
	Mrd. EUR	%	EUR	1 000	%
Baden-Württemberg	38,3	9,2	50 293	762	12,6
Bayern	39,8	8,1	46 588	855	11,8
Berlin	13,4	12,0	52 506	255	13,8
Brandenburg	6,3	10,7	43 449	145	13,4
Bremen	2,6	9,2	47 285	56	13,2
Hamburg	9,1	9,2	58 694	155	12,9
Hessen	28,1	11,9	65 262	431	12,9
Mecklenburg-Vorpommern	4,3	12,1	40 342	107	14,5
Niedersachsen	22,1	9,5	41 716	530	13,4
Nordrhein-Westfalen	56,5	9,7	46 429	1 217	13,3
Rheinland-Pfalz	14,1	11,8	50 417	279	14,1
Saarland	3,6	11,5	47 914	75	14,5
Sachsen	11,2	11,0	40 852	273	13,5
Sachsen-Anhalt	6,1	12,0	42 825	142	14,2
Schleswig-Holstein	10,9	14,1	53 073	205	15,2
Thüringen	6,2	12,2	43 932	142	13,6
Summe der Länder	272,6	10,0	48 437	5 629	13,1

1 In jeweiligen Preisen.

serte sich die Erwerbstätigkeit in diesem Bereich um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr (Gesamtwirtschaft: +0,7 Prozent; Länderdurchschnitt: +1,7 Prozent). Dies entspricht einem Zuwachs von rund 5 000 Erwerbstätigen.

Unterschiede bestehen zwischen den Bundesländern

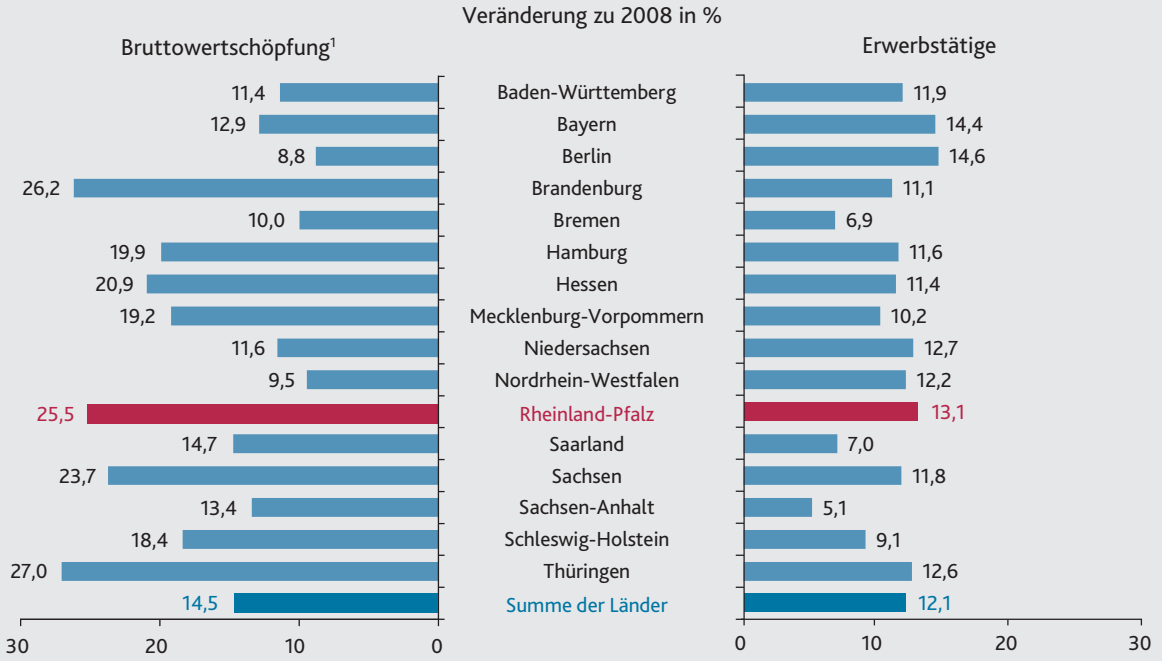
Der Beitrag der Gesundheitswirtschaft zur Wirtschaftsleistung und Erwerbstätigkeit war in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich hoch. In Schleswig-Holstein waren mehr als 15 Prozent aller Arbeitsplätze in der Gesundheitswirtschaft angesiedelt, in Bayern dagegen weniger als zwölf Prozent. Rheinland-Pfalz lag mit gut 14 Prozent an fünfter Stelle.

Die Anteile der Gesundheitswirtschaft an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung streuten im Ländervergleich zwischen 8,1 Prozent (in Bayern) und 14 Prozent (in Schleswig-Holstein), wobei Rheinland-Pfalz an siebter Stelle über dem Durchschnitt lag.

Arbeitsproduktivität in der Gesundheitswirtschaft geringer als in der Gesamtwirtschaft

Die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen, also die Arbeitsproduktivität, lag in der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft 2015 bei gut 50 400 Euro (Länderdurchschnitt: 48 400 Euro). Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität war in Rheinland-Pfalz im Berichtsjahr deutlich höher (59 800 Euro). Dabei ist allerdings zu beachten, dass die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität hierzulande stark durch einzelne hochproduktive Branchen des Verarbeitenden Gewerbes beeinflusst wird, etwa durch die Pharmaindustrie und die Chemische Industrie. Im Vergleich der Länder belief sich die Spannweite der Arbeitsproduktivität in der Gesundheitswirtschaft auf 40 300 Euro (in Mecklenburg-Vorpommern) bis 65 300 Euro (in Hessen).

G 1 Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft im engeren Sinne 2015 nach Bundesländern



1 Preisbereinigt, verkettet.

Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft steigt in allen Ländern

In allen Ländern ist die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft seit 2008 kräftig gestiegen. In Rheinland-Pfalz belief sich der Zuwachs der preisbereinigten Bruttowertschöpfung zwischen 2008 und 2015 auf 26 Prozent (gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung: +5,7 Prozent). Diese Steigerung lag deutlich über dem Länderdurchschnitt (+15 Prozent). Auch in den Jahren der Wirtschaftskrise 2008 bis 2010 wuchs die Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz stark (+9,1 Prozent).

Das kräftige Wachstum der Wertschöpfung führte zu vielen neuen Arbeitsplätzen in der Gesundheitswirtschaft. Die Beschäftigung in der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft nahm seit 2008 um 13 Prozent bzw. 32 000 Erwerbstätige zu (Gesamtwirtschaft: +4 Prozent; Länderdurchschnitt: +12 Prozent). Im Vergleich der Länder verzeichnete Berlin den stärksten Zuwachs an Arbeitsplätzen (+15 Prozent bzw. 32 500 Erwerbstätige), relativ wenige neue Arbeitsplätze entstanden dagegen in Sachsen-Anhalt (+5,1 Prozent bzw. 7 000 Erwerbstätige).

Der mittelfristige Wertschöpfungszuwachs wurde in Rheinland-Pfalz auch durch Produktivitätsfortschritte getragen. Die Arbeitsproduktivität stieg seit 2008 preisbereinigt um gut elf Prozent und übertraf damit den länderdurchschnittlichen Zuwachs (+2,1 Prozent) deutlich. In einigen Ländern war die Produktivität im Betrachtungszeitraum rückläufig, am stärksten in Berlin (–5,1 Prozent).

Gesundheitsausgaben werden für acht Ausgabenträger berechnet

Gesundheitsausgaben werden räumlich und inhaltlich abgegrenzt

Die AG GGRdL erstellt Gesundheitsausgabenrechnungen nach Ausgabenträgern. Träger von Gesundheitsausgaben sind alle öffentlichen und privaten Institutionen, die Leistungen für die Gesundheit finanzieren (siehe Textkasten). Zu den Gesundheitsausgaben zählen

alle Käufe von Waren und Dienstleistungen, die zum Zweck der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege getätigt werden sowie die Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens. Räumlich beziehen sich die Gesundheitsausgaben auf die Käufe der inländischen Bevölkerung. Inhaltlich werden nur die Transaktionen für die letzte Verwendung erfasst. Ein direkter Patientenbezug muss daher im Regelfall gegeben sein.

Rund 4 000 Euro je Einwohnerin und Einwohner werden in den Ländern für die Gesundheit ausgegeben

2014: Gesundheitsausgaben in Höhe von 16,3 Milliarden Euro

In Rheinland-Pfalz beliefen sich die Gesundheitsausgaben 2014 auf 16,3 Milliarden Euro.[3] Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sie sich um 4,4 Prozent bzw. 682 Millionen Euro (Bundesdurchschnitt: +4,2 Prozent). Im Vergleich zu 2008 stiegen die Gesundheitsausgaben um 23 Prozent bzw. rund 3,1 Milliarden Euro (Bundesdurchschnitt: +23 Prozent).

3 Ergebnisse für 2015 liegen noch nicht vor.

Gesundheitswesen nach Ausgabenträgern

Gliederung der Gesundheitsausgabenrechnung

1. Öffentliche Haushalte
2. Gesetzliche Krankenversicherung
3. Soziale Pflegeversicherung
4. Rentenversicherung
5. Gesetzliche Unfallversicherung
6. Private Krankenversicherung
7. Arbeitgeber
8. Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck

Pro-Kopf-Ausgaben für die Gesundheit überdurchschnittlich

Die Gesundheitsausgaben je Einwohnerin und Einwohner erlauben einen Vergleich der elf Ländern, die in der AG GGRdL vertreten sind.[4] Auf diese Weise wird der Einfluss der unterschiedlichen Bevölkerungszahl in den Ländern

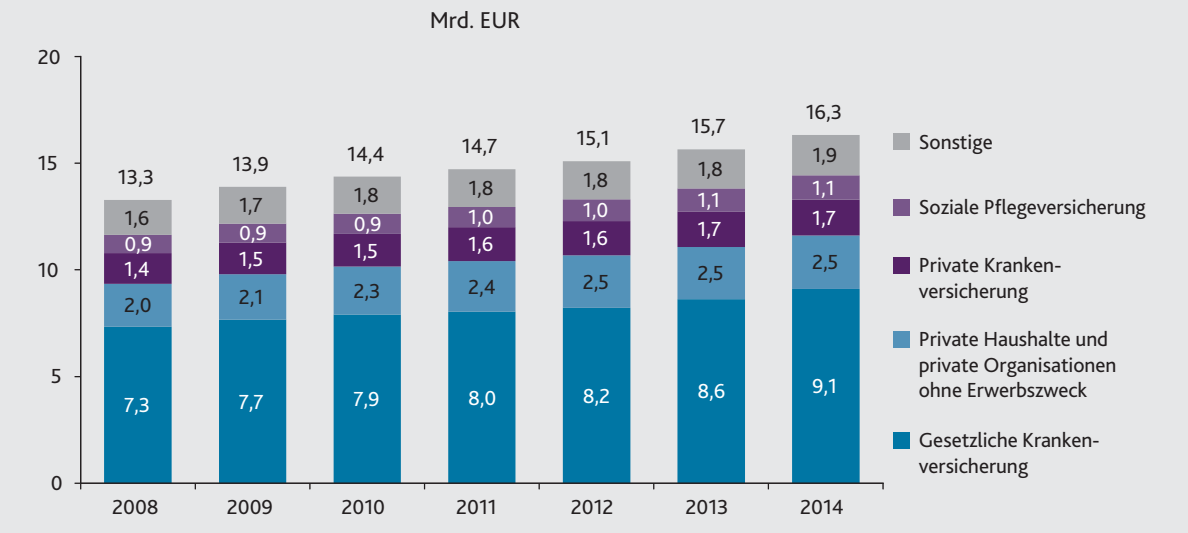
4 Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung werden nur für die Mitgliedsländer der AG GGRdL veröffentlicht.

T 2 Gesundheitsausgaben 2014 nach ausgewählten Bundesländern und Ausgabenträgern

Land	Insgesamt		Darunter			
			Gesetzliche Krankenversicherung	Private Haushalte[1]	Private Krankenversicherung	Soziale Pflegeversicherung
	Mill. EUR	EUR je Einwohner/-in				
Baden-Württemberg	41 851	3 921	2 190	593	410	270
Bayern	50 896	4 024	2 224	627	425	262
Berlin	14 144	4 105	2 414	465	366	350
Brandenburg	10 387	4 233	2 708	370	304	428
Hamburg	6 812	3 882	2 172	506	421	243
Hessen	24 522	4 040	2 302	562	400	300
Nordrhein-Westfalen	71 009	4 033	2 354	533	364	303
Rheinland-Pfalz	16 335	4 081	2 275	627	419	286
Sachsen	16 597	4 097	2 689	368	191	426
Schleswig-Holstein	11 206	3 969	2 284	548	384	279
Thüringen	8 707	4 033	2 639	341	215	397
Deutschland	327 951	4 050	2 368	533	361	314

1 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

G 2 Gesundheitsausgaben 2008–2014 nach Ausgabenträgern



ausgeschaltet. Rheinland-Pfalz lag mit Ausgaben von 4 081 Euro pro Kopf knapp über dem bundesdeutschen Durchschnitt (4 050 Euro). Die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben wurden in Brandenburg (4 200 Euro) und die niedrigsten in Hamburg (3 900 Euro) getätigt.

Anteil an Gesundheitsausgaben steigt bei drei Ausgabenträgern im Vergleich zu 2008

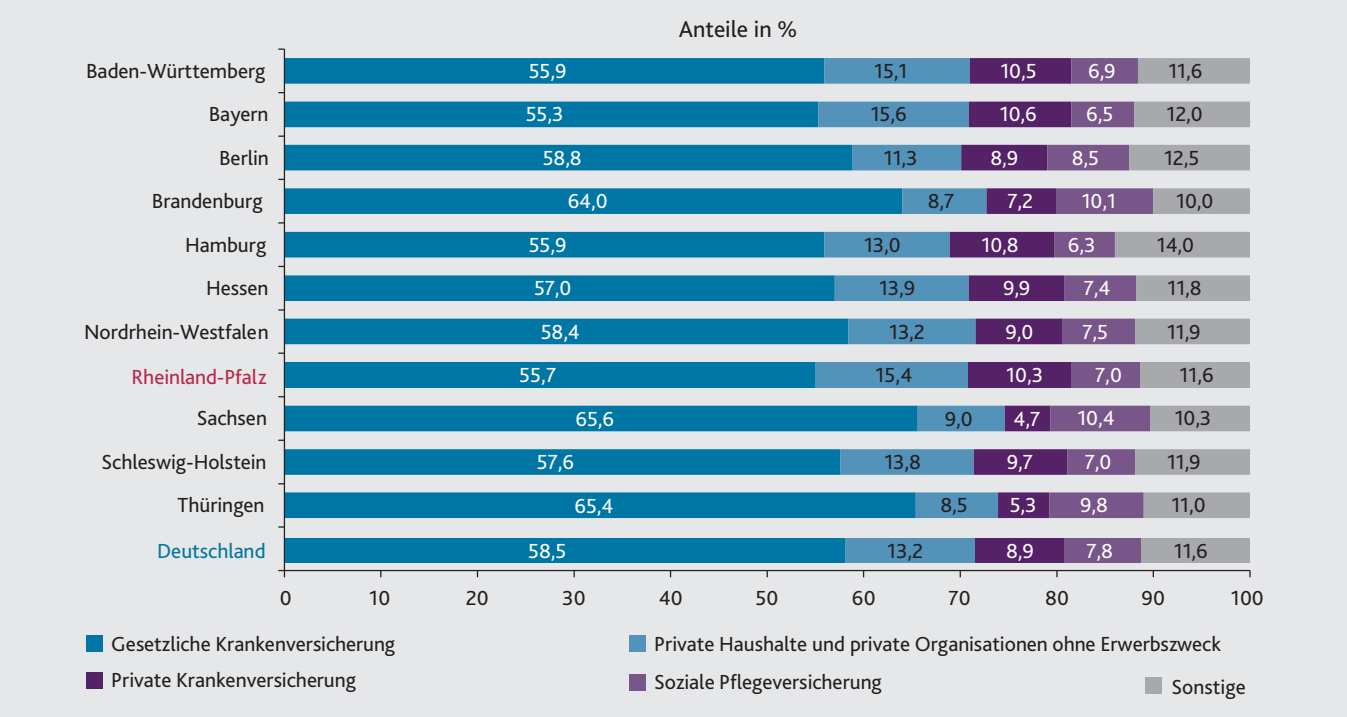
Werden die einzelnen Ausgabenträger betrachtet, zeigt sich für Rheinland-Pfalz, dass ihre Anteile an den gesamten Ausgaben des Gesundheitswesens seit 2008 nur leicht schwankten. Die Reihenfolge ihrer Bedeutung blieb im betrachteten Zeitraum unverändert. Im Vergleich zu 2008 erhöhten sich die Anteile der Gesetzlichen Krankenversicherung (+0,4 Prozentpunkte), der Sozialen Pflegeversicherung (+0,5 Prozentpunkte) sowie der Privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (+0,2 Prozentpunkte). Die Ausgabenanteile der übrigen Ausgabenträger verringerte sich oder stagnierte wie im Fall der Gesetzlichen Unfallversicherung. Bei den gesetzlichen Krankenkassen lässt sich die leichte Erhöhung des Anteilswerts möglicherweise mit steigenden Prämienzahlungen und freiwilligen Angeboten durch diesen Ausgabenträger begründen. Eine gestiegene Zahl an Pflegebedürftigen ist eine denkbare Ursache für den höheren Anteil der Sozialen Pflegeversicherung.

Die Gesetzliche Krankenversicherung trägt mehr als die Hälfte der Gesundheitsausgaben

Wie in den anderen zehn Mitgliedsländern der Arbeitsgruppe und in Deutschland trug die Gesetzliche Krankenversicherung in Rheinland-Pfalz den überwiegenden Teil der Gesundheitsausgaben (56 Prozent). In Rheinland-Pfalz beliefen sich die Pro-Kopf-Ausgaben dieses Ausgabenträgers auf 2 275 Euro. Im Vergleich der Länder lagen die Pro-Kopf-Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung zwischen knapp 2 200 Euro in Hamburg und gut 2 700 Euro in Brandenburg. Rheinland-Pfalz befand sich im unteren Bereich vor Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg.

Mit großem Abstand folgt der zweitwichtigste Ausgabenträger: In den westlichen Bundesländern waren das die „Privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck". So trugen beispielsweise Privatpersonen Zuzahlungen zu Leistungen der Gesetzlichen Krankenver-

G 3 Gesundheitsausgaben 2014 nach ausgewählten Bundesländern und Ausgabenträgern



sicherung. In Rheinland-Pfalz entfielen auf Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck 15 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben. In Bayern übernahmen diese Ausgabenträger knapp 16 Prozent und in Berlin nur gut elf Prozent. Die Ergebnisse für Brandenburg, Sachsen und Thüringen wichen deutlich von den Ergebnissen der westlichen Länder ab. In diesen Ländern nahm jeweils die Soziale Pflegeversicherung mit Anteilswerten von 9,8 bis 10,4 Prozent den zweiten Rang ein. Eine mögliche Ursache für diesen strukturellen Unterschied ist der auffällig höhere Altenquotient in diesen Ländern.[5] Er ist Folge der Abwanderung vor allem jüngerer Menschen aus diesen Ländern. Deshalb könnten weniger individuelle Gesundheitsleistungen durch die jüngere Bevölkerung und vergleichsweise mehr Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung durch die ältere Bevölkerung als in den alten Bundesländern nachgefragt worden sein.

Gesundheitspersonalrechnung ermittelt die im Gesundheitswesen bestehenden Beschäftigungsverhältnisse

Die Gesundheitspersonalrechnung stellt die im Gesundheitswesen tätigen Beschäftigten nach Einrichtungsarten (siehe Textkasten) und Geschlecht dar. Im Rahmen dieser Berechnungen wird die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse ermittelt. Daraus ergibt sich, dass Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen mehrfach gezählt werden. Als Beschäftigte im Gesundheitswesen gelten Selbstständige, ohne Entgelt mithelfende Familienangehörige sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Beschäftigte sind Selbstständige, mithelfende Familienangehörige sowie Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer

Zusätzlich hierzu werden in der Gesundheitspersonalrechnung Vollzeitäquivalente abge-

5 Der Altenquotient bezieht die Zahl der 65-jährigen und älteren Personen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren.

bildet, um Unterschiede bei der Teilzeitbeschäftigung hervorzuheben. Bestimmt wird diese Kennziffer, indem die Zahl der Beschäftigten auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechnet wird.

Rund 252 000 Beschäftigungsverhältnisse im Gesundheitswesen

Im Jahr 2014 waren im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen im engeren Sinne gut 252 000 Personen beschäftigt. Auf 1 000 Rheinland-Pfälzerinnen bzw. Rheinland-Pfälzer kamen somit 63 Beschäftigte im Gesundheitswesen.

Höchste Beschäftigtenzahl in ambulanten sowie stationären und teilstationären Einrichtungen

Die meisten Beschäftigten (25 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner) waren in ambulanten Einrichtungen wie Arzt- oder Zahnarztpraxen tätig. Nur geringfügig weniger Beschäftigungsverhältnisse (23 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner) bestanden in stationären und teilstationären Einrichtungen wie z. B. Krankenhäuser. Zusammengenommen entspricht dies einem Anteil von mehr als drei Viertel der im Gesundheitswesen Beschäftigten. Einen wesentlich geringeren Anteil hatten die übrigen Einrichtungsarten. Von ihnen besaßen die Vorleistungseinrichtungen, zu denen z. B. die pharmazeutische und medizintechnische Industrie gehören, mit knapp elf Prozent den höchsten Beschäftigtenanteil.

Ambulante Einrichtungen haben in allen Ländern den größten Beschäftigtenanteil

In den zehn anderen Ländern der Arbeitsgruppe, für die vergleichbare Ergebnisse berechnet wurden, war die Verteilung der Beschäftigten auf die Einrichtungsarten ähnlich wie in Rheinland-Pfalz. Nur in Brandenburg und Sachsen lagen nicht die Vorleistungseinrichtungen, sondern die sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens auf dem dritten Platz. Hierzu zählen diejenigen Einrichtungen des Gesundheitswesens, die keiner der definierten Einrichtungsarten zuzurechnen sind.

Gesundheitswesen nach Einrichtungsarten

Einrichtungsgliederung der Gesundheitspersonalrechnung

1. Gesundheitsschutz
2. Ambulante Einrichtungen
   - 2.1 Arztpraxen
   - 2.2 Zahnarztpraxen
   - 2.3 Praxen sonstiger medizinischer Berufe
   - 2.4 Apotheken
   - 2.5 Einzelhandel
   - 2.6 Ambulante Pflege
3. Stationäre/teilstationäre Einrichtungen
   - 3.1 Krankenhäuser
   - 3.2 Vorsorge- und Rehabilitationskliniken
   - 3.3 Stationäre/teilstationäre Pflege
4. Rettungsdienste
5. Verwaltung
6. Sonstige Einrichtungen
7. Vorleistungseinrichtungen

Das „Gesundheitswesen im engeren Sinne" umfasst die ersten sechs Einrichtungsarten. Die Vorleistungseinrichtungen, die keine Produkte und Dienstleistungen für den Endverbraucher erstellen, werden als „Gesundheitswesen im weiteren Sinne" ebenfalls in die Gesundheitspersonalrechnung einbezogen.

Anzahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen steigt

Die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen in Rheinland-Pfalz ist mittelfristig deutlich gestiegen. Gegenüber 2008 erhöhte sie sich um 13 Prozent bzw. 29 500 Beschäftigte. Den höchsten Beitrag hierzu leisteten die ambulanten sowie stationären und teilstationären Einrichtungen, deren Beschäftigtenzahl um 10 600 bzw. 9 500 zulegte.

Im Vergleich mit den anderen Ländern, für die eine Gesundheitspersonalrechnung durchge-

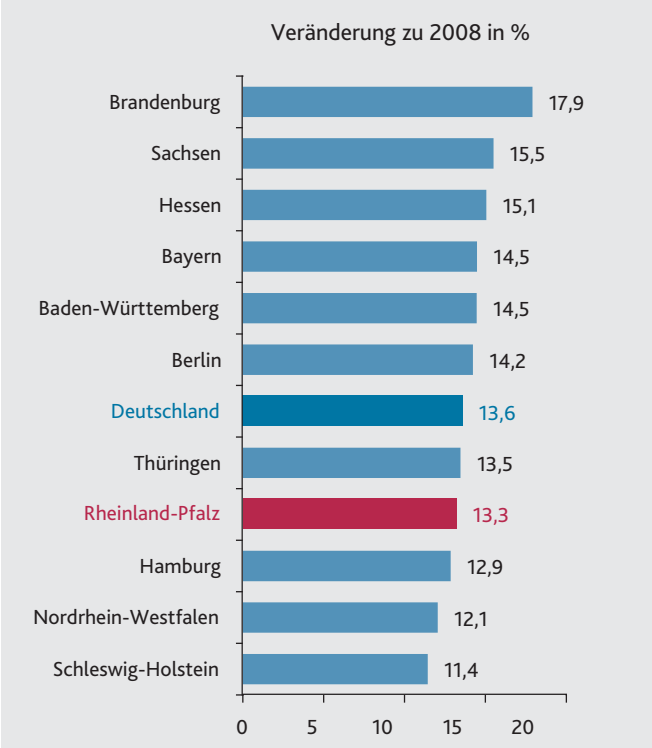
T 3 Personal im Gesundheitswesen 2014 nach ausgewählten Bundesländern

Land	Insgesamt		Vollzeitäquivalente	Weibliche Beschäftigte
	1 000	je 1 000 Einwohner/-innen	%	
Baden-Württemberg	719,4	67,1	72,3	74,8
Bayern	823,2	64,9	71,8	76,2
Berlin	235,5	67,9	75,6	72,1
Brandenburg	134,9	54,9	74,5	79,4
Hamburg	130,2	73,9	73,8	71,2
Hessen	402,6	66,1	73,1	72,6
Nordrhein-Westfalen	1 106,6	62,7	71,5	75,9
Rheinland-Pfalz	252,1	62,8	71,4	76,2
Sachsen	251,5	62,0	74,7	79,6
Schleswig-Holstein	188,6	66,6	73,1	74,2
Thüringen	132,7	61,5	76,0	78,1
Deutschland	5 222,0	64,3	72,6	75,9

Zuwachs in den Ländern beträgt mindestens elf Prozent

führt wurde, fiel der Beschäftigungszuwachs in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich aus. Nur Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein wiesen mit 13, zwölf bzw. elf Prozent eine geringere mittelfristige Veränderung aus. Besonders kräftig stieg die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse in Brandenburg (+18 Prozent bzw. 20 500 Beschäftigte).

G 4 Personal im Gesundheitswesen 2014 nach ausgewählten Bundesländern

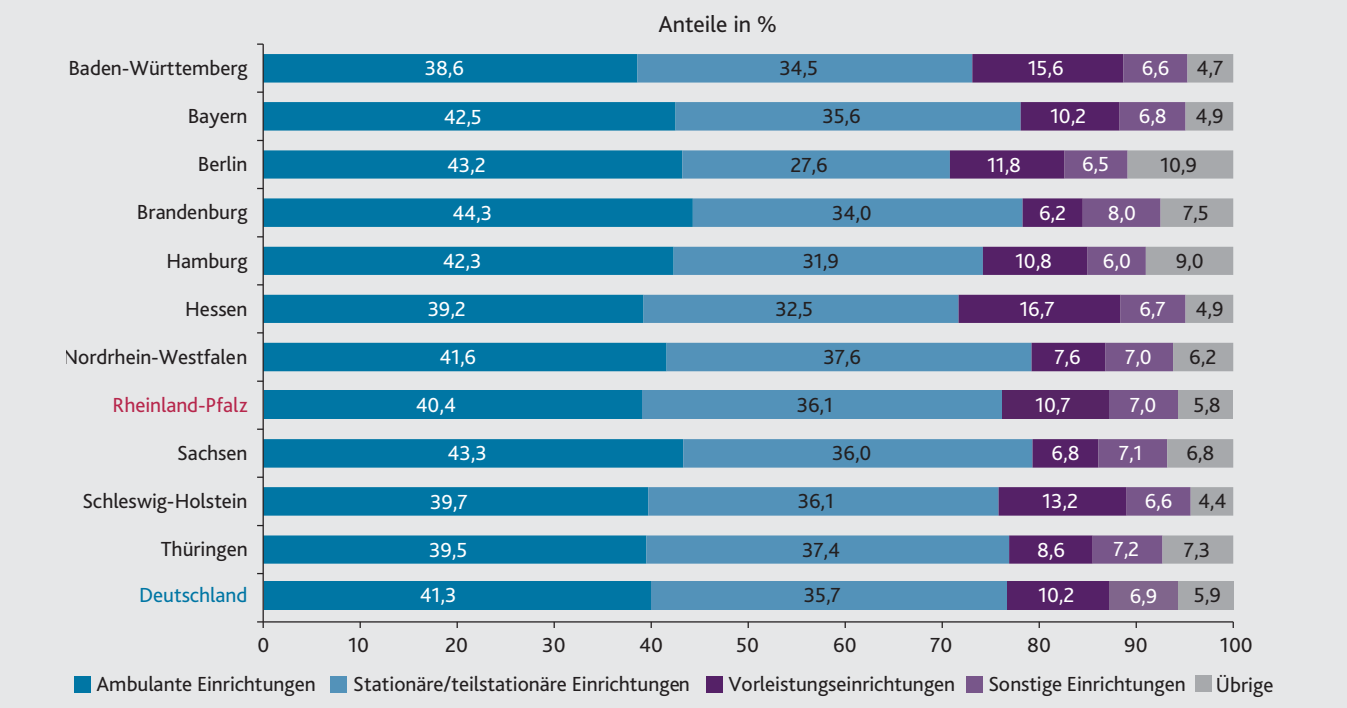


71,4 Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte im Gesundheitswesen

Vergleichsweise geringe Unterschiede gab es zwischen den Ländern beim Ausmaß der Teilzeitarbeit im Gesundheitswesen. Im Jahr 2014 kamen in Rheinland-Pfalz auf 100 Beschäftigte nur 71,4 Vollzeitäquivalente. Das war im Vergleich der Bundesländer der niedrigste Wert, was den hohen Stellenwert der Teilzeitarbeit im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen verdeutlicht.

Größere Unterschiede in der Bedeutung der Teilzeitarbeit bestanden zwischen den verschiedenen Einrichtungsarten des Gesundheitswesens. So gab es 2014 in Rheinland-Pfalz die meisten Vollzeitäquivalente in der Verwaltung (85,9 Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte) und den Vorleistungseinrichtungen (85,2 Vollzeitäquivalente). Demgegenüber wurde in den sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens (65 Vollzeitäquivalente) und den ambulanten Einrichtungen (insbesondere den Apotheken und Praxen sonstiger medizinischer Berufe wie physiotherapeutische Praxen) deutlich häufiger in Teilzeit gearbeitet (65,6 Vollzeitäquivalente).

G 5 Personal im Gesundheitswesen 2014 nach ausgewählten Bundesländern und Art der Einrichtung



Gut drei Viertel aller Beschäftigten im Gesundheitswesen sind weiblich

Die Mehrheit der im Gesundheitswesen in Rheinland-Pfalz beschäftigten Personen ist weiblich. Im Jahr 2014 lag der Anteil der Frauen an allen Beschäftigten im Gesundheitswesen bei 76 Prozent (Bundesdurchschnitt: ebenfalls 76 Prozent). Die meisten weiblichen Beschäftigten arbeiteten in Krankenhäusern, in Arztpraxen sowie in der stationären und teilstationären Pflege.

Fazit

Mit der Berechnung der Wirtschaftsleistung und der Erwerbstätigkeit in der Gesundheitswirtschaft hat die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder", die 2010 ihre Arbeit aufgenommen hat, die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen vervollständigt. Die Ergebnisse zeigen die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft. Zugleich verdeutlichen die hierbei ermittelten Unterschiede die Relevanz einer Differenzierung nach Bundesländern.

Melanie Nofz, Diplom-Volkswirtin, ist Referentin im Referat „Analysen".

Einnahmen und Ausgaben sowie Wohn- und Vermögenssituation privater Haushalte

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013

Von Dr. Merle Hattenhauer

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) liefert Informationen zum Lebensstandard, zur Wohn- und Vermögenssituation sowie zu den Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte. Die auf freiwilliger Basis durchgeführte EVS ist mit einem Stichprobenumfang von deutschlandweit rund 60 000 privaten Haushalten die größte Erhebung ihrer Art in der Europäischen Union. In Rheinland-Pfalz haben mehr als 3 000 Haushalte teilgenommen.

EVS bietet repräsentatives Bild der Lebenssituation der Bevölkerung

Rund 3 000 Haushalte befragt

In die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Jahres 2013 waren in Rheinland-Pfalz mehr als 3 000 Haushalte einbezogen. Die Befragungsergebnisse repräsentieren – hochgerechnet – rund 1,9 Millionen rheinland-pfälzische Haushalte. Mit einem Stichprobenumfang von bundesweit rund 60 000 privaten Haushalten ist die auf freiwilliger Basis durchgeführte EVS die größte Erhebung ihrer Art in der Europäischen Union. Die EVS wird alle fünf Jahre durchgeführt, an ihr nehmen Haushalte aller sozialen Gruppierungen teil, sodass die EVS ein repräsentatives Bild der Lebenssituation der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und Deutschland zeichnet. Die Ergebnisse der EVS sind für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft sowie für interessierte Bürgerinnen und Bürger eine wertvolle und unverzichtbare Datenquelle.

EVS ist wichtige Informationsquelle

Im Folgenden werden Ergebnisse zu der Wohn- und Vermögenssituation der rheinland-pfälzischen Privathaushalte (Stichtagsabfrage) sowie Daten zu ihren Einnahmen und Ausgaben dargestellt. Informationen über die Nachfrage der privaten Haushalte nach Konsumgütern sind für die staatliche Konjunktur- und Strukturpolitik sowie die Produktions- und Absatzplanung von Unternehmen unerlässlich. Einkommensdaten sind außerdem wichtig für die Sozial-, Steuer- und Familienpolitik. So ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe auch Grundlage für die Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze. Zudem werden die Ergebnisse in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Schätzungen (Aggregate des Bruttoinlandprodukts) und zur Anpassung des Wägungsschemas der Verbraucherpreisstatistik benötigt. Die folgende Darstellung basiert auf einer speziellen Hochrechnung, welche die Ergebnisse

auf Landesebene optimiert. Die vom Statistischen Bundesamt für Rheinland-Pfalz veröffentlichten Ergebnisse basieren dagegen auf einer für die Bundesebene angepassten Hochrechnung, sodass es zu geringfügigen Abweichungen kommen kann.

Quotenstichprobe auf Basis des Mikrozensus

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist eine Quotenstichprobe, d. h. eine bewusste Auswahl der Haushalte nach bestimmten vorgegebenen Merkmalen. Dafür werden nach einem Quotenplan private Haushalte für die freiwillige Teilnahme an der Erhebung gewonnen. Der Quotenplan der EVS differenziert die Grundgesamtheit der Haushalte nach den Quotierungsmerkmalen „Haushaltstyp", „soziale Stellung" und „monatliches Haushaltsnettoeinkommen". Grundlage für die Bestimmung des Quotenplans sind die Ergebnisse des Mikrozensus. Auf diese Weise wird erreicht, dass alle sozialen Gruppen in der Stichprobe in den gleichen Häufigkeiten vertreten sind wie im Mikrozensus. Die EVS kann damit ein repräsentatives Bild über die Lebensverhältnisse der privaten Haushalte liefern.

EVS besteht aus vier Erhebungsteilen

„Allgemeine Angaben" mit wichtigen Basisdaten

Die Erhebung umfasst vier Erhebungsteile. Der Teil „Allgemeine Angaben" erfragt zum Stichtag 1. Januar des Berichtsjahres Informationen über die Mitglieder des teilnehmenden Haushalts. So werden etwa die soziodemografischen Angaben, Bildungsabschlüsse, die soziale Stellung, abgeschlossene Versicherungen sowie der überwiegende Lebensunterhalt und das persönliche monatliche Nettoeinkommen für die einzelnen Haushaltsmitglieder erfasst. Außerdem werden Angaben zum Wohngebäude, zur Wohnfläche, zur Art der Beheizung sowie gegebenenfalls zur Nutzung von Zweit- oder Freizeitwohnungen erhoben, um die Wohnsituation des Haushalts zu ermitteln. Darüber hinaus wird auch die Ausstattung des Haushalts mit langlebigen funktionsfähigen Gebrauchsgütern erfragt.

„Geld- und Sachvermögen" erhebt Vermögenssituation

Im Erhebungsteil „Geld- und Sachvermögen" machen die teilnehmenden Haushalte zum Stichtag 1. Januar des Berichtsjahres differenzierte Angaben zum Immobilienbesitz, zu Geldvermögen auf Giro- und Sparkonten, zu Zinserträgen, Bausparverträgen und Wertpapierbesitz sowie zu Dividenden aus Aktienbesitz und Ausschüttungen aus Investmentfonds. Außerdem wird die Höhe von Krediten und Rückzahlungsbeträgen sowie von weiteren Verbindlichkeiten wie zum Beispiel von offenen Rechnungen erfasst. Weiterhin machen die Haushalte Angaben zu eventuell erhaltenen Schenkungen sowie zu privaten Lebens- und Rentenversicherungen.

„Haushaltsbuch" zur Erfassung von Einnahmen und Ausgaben

Zur Ermittlung der Einnahmen und Ausgaben werden die teilnehmenden Haushalte auf die vier Quartale des Berichtsjahres verteilt. Im jeweiligen Quartal führen die Haushalte dann im „Haushaltsbuch" für jeden Monat ihre Einnahmen und Ausgaben auf. So werden beispielsweise Erwerbseinkommen, Renten und Pensionen sowie öffentliche Zahlungen erfasst. Zudem machen die Haushalte Angaben über Höhe und Art ihrer Ausgaben. Auf diese Weise werden unter den Ausgabearten alle Konsumsegmente abgebildet.

„Feinaufzeichnungen" für bestimmte Warengruppen

Im Erhebungsteil „Feinaufzeichnungsheft" führen 20 Prozent der Haushalte einen Monat lang ihre Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren detailliert auf. Mit den differenzierten Angaben werden fachlich tiefgegliederte Ergebnisse über die Verbrauchsbedeutung einzelner Warengruppen gewonnen.

Gut 57 Prozent der Privathaushalte leben in den eigenen vier Wänden

Im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe machen die befragten Haushalte auch Angaben zu ihren Wohnverhältnissen. Diese sind ein wichtiger Indikator für die Lebensqualität in einer Gesellschaft.

Wohnungsgröße durchschnittlich bei 108 Quadratmetern

Zu Beginn des Jahres 2013 lebten 57,5 Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte im eigenen Haus oder in einer Eigentumswohnung, 42,5 Prozent wohnten zur Miete. Die Wohnungsgröße je Privathaushalt betrug im Durchschnitt rund 108 Quadratmeter.

Ein rheinland-pfälzischer Haushalt verfügte durchschnittlich über knapp vier Wohn- und Schlafräume. Eigentümerhaushalten standen dabei mit durchschnittlich rund 131 Quadratmetern (4,6 Wohn- und Schlafräume) deutlich mehr Wohnraum zur Verfügung als Mieterhaushalten mit etwa 76 Quadratmetern (2,8 Wohn- und Schlafräume).

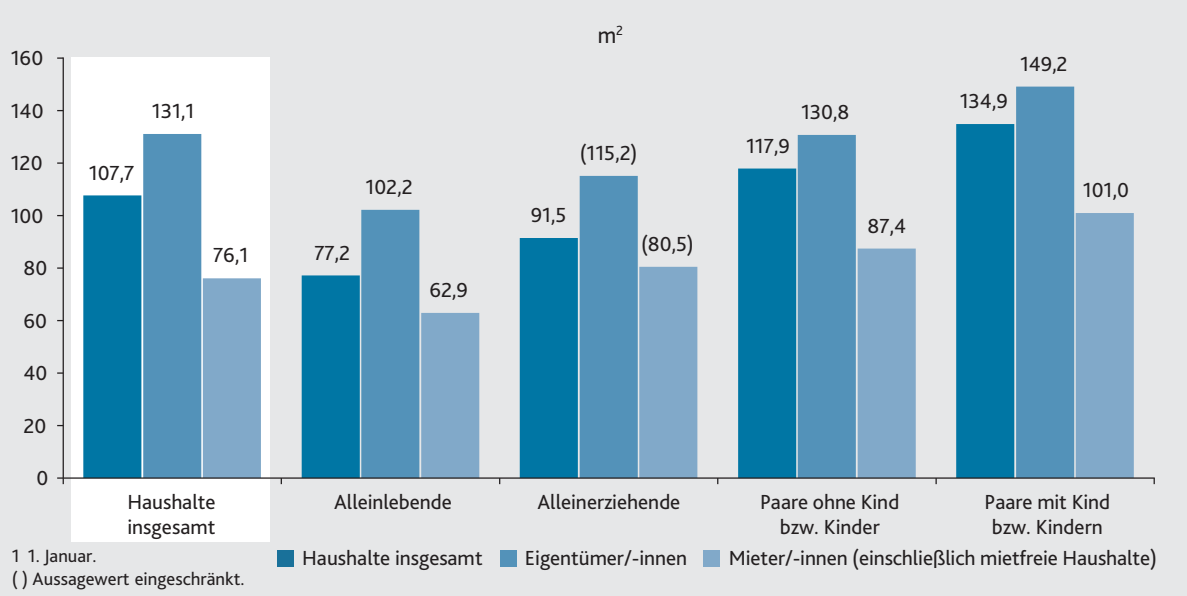
Je mehr Personen zu einem Haushalt gehören, umso höher ist der Anteil der Haushalte, die Wohneigentum bewohnen. Paarhaushalte lebten Anfang 2013 wesentlich häufiger in den eigenen vier Wänden (70 Prozent) als Alleinlebende (36 Prozent). Gehören Kinder zum Haushalt, so verfügt dieser in der Regel über mehr Wohnfläche. So stand Paaren mit Kind bzw. Kindern mit durchschnittlich 135 Quadratmetern deutlich mehr Wohnfläche zur Verfügung als Paaren ohne Kind (118 Quadratmeter) oder Alleinlebenden (77 Quadratmeter).

Fast die Hälfte der rheinland-pfälzischen Haushalte lebte Anfang 2013 in einem Einfamilienhaus. Gut 14 Prozent der privaten Haushalte wohnte in einem Zweifamilienhaus und 36 Prozent in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen.

Rund 61 Prozent der Haushalte haben Haus- und Grundbesitz

Im Rahmen der EVS 2013 wurde auch Haus- und Grundbesitz sowie Immobilienvermögen (einschließlich der Restverschuldung) privater Haushalte erhoben.

G 1 Wohnfläche privater Haushalte 2013[1] nach Wohnverhältnis und ausgewählten Haushaltstypen



1 1. Januar.
( ) Aussagewert eingeschränkt.

Die Fragen nach dem Haus- und Grundbesitz erstreckten sich auf das gesamte Eigentum an Grundstücken, Gebäuden bzw. Eigentumswohnungen der beteiligten Haushalte, unabhängig davon, ob diese Immobilien selbst gekauft bzw. erbaut oder durch Schenkung bzw. Erbe erworben wurden oder ob sie selbst genutzt oder vermietet wurden. Auch im Ausland befindliche Immobilien sollten angegeben werden. Mehrfachnennungen waren möglich.

Rund 61 Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte verfügten Anfang des Jahres 2013 über Haus- und Grundbesitz.

Häufigste Form des Immobilienvermögens ist das Einfamilienhaus

Gut 45 Prozent aller Haushalte in Rheinland-Pfalz besaßen ein Einfamilienhaus, damit war dies die häufigste Form des Immobilienvermögens. Über Eigentumswohnungen verfügten 13 Prozent der Privathaushalte. Neun Prozent der Haushalte besaßen ein Mehrfamilienhaus und sieben Prozent nannten ein unbebautes Grundstück ihr Eigen.

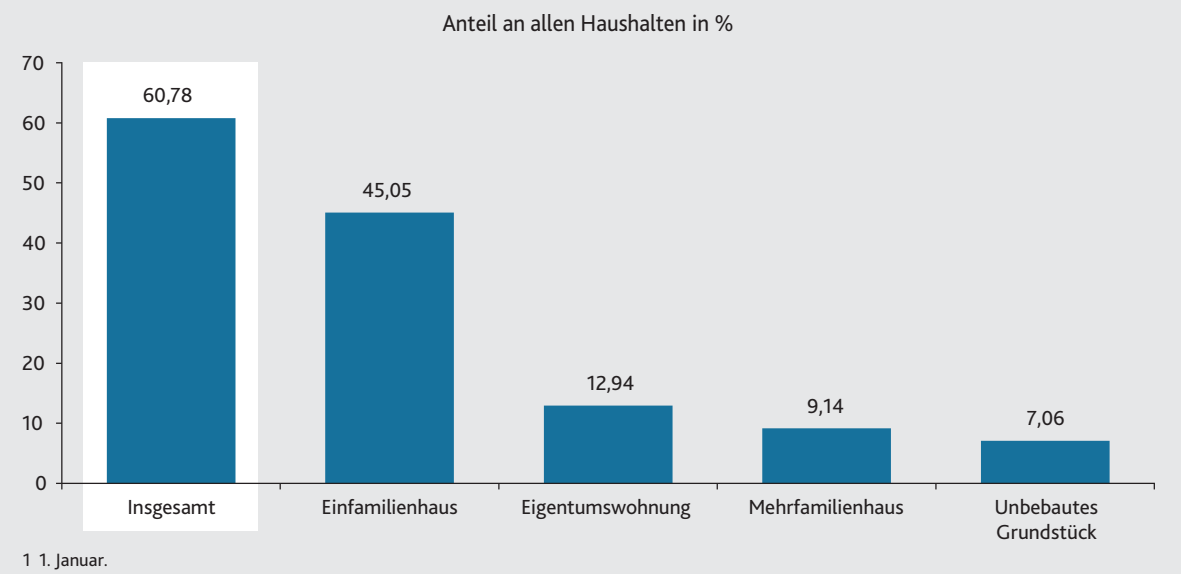
Jeder zweite Haus- und Grundbesitzer musste Anfang 2013 noch eine Restschuld auf Hypotheken, Baudarlehen und sonstigen Darlehen zum Erwerb bzw. zur Instandsetzung von Haus- und Grundvermögen abtragen. Die durchschnittliche Restschuld lag bei 92 100 Euro je Haushalt.

Großteil der privaten Haushalte besitzt Geldvermögen

Verteilung des Vermögens unterschiedlich

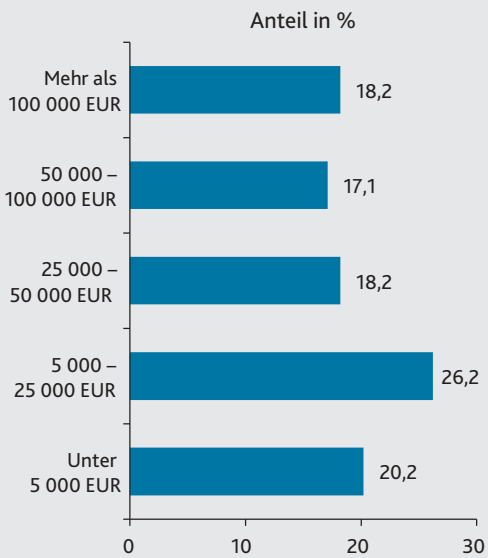
Knapp 88 Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte verfügten nach eigenen Angaben im Januar 2013 über Geldvermögen. Dazu zählen z. B. Sparguthaben, Lebensversicherungen, Bausparguthaben und Wertpapiere. Im Durchschnitt belief sich der Wert in den Haushalten, die Angaben zur Höhe des Bruttogeldvermögens machten, auf 64 400 Euro. Dieser Betrag verdeckt allerdings die Streuung des Vermögens. So konnten gut 17 Prozent der Haushalte auf ein entsprechendes Vermögen von mehr als 100 000 Euro zurückgreifen, während 20 Prozent über weniger als 5 000 Euro verfügten.

G 2 Privathaushalte mit Haus- und Grundbesitz 2013[1] nach Art des Haus- und Grundbesitzes



1 1. Januar.

G 3 Private Haushalte 2013[1] nach Höhe des Bruttogeldvermögens



1 1. Januar.

Sparguthaben ist beliebteste Anlageform

Als beliebteste Anlageform gilt nach wie vor die konservative Geldanlage des Sparguthabens: Gut zwei Drittel der Haushalte mit Angaben zur Höhe des Vermögens hatten sich für diese Anlageart entschieden. Ebenso verfügten viele Haushalte über Vermögen in Lebensversicherungen (59 Prozent), Bausparguthaben (48 Prozent), sonstige Anlagen bei Banken und Sparkassen (42 Prozent), Wertpapiere (32 Prozent) oder an Privatpersonen verliehenes Geld (zwölf Prozent).

Mit einem Konsumentenkredit waren etwa ein Fünftel der berichtenden Haushalte belastet. Mit diesen Krediten werden größere Anschaffungen wie zum Beispiel ein Auto oder eine Urlaubsreise verwirklicht. Die Restschulden lagen im Durchschnitt bei 10 700 Euro je Haushalt. Einen Ausbildungskredit hatten 4,1 Prozent der Privathaushalte aufgenommen. Im Mittel betrug die Restschuld hieraus noch 9 800 Euro. Abzüglich der Konsumenten- und Ausbildungskreditschulden errechnet sich ein durchschnittliches Nettogeldvermögen von 59 900 Euro.

Haushaltsbuch dokumentiert Einnahmen und Ausgaben

Detaillierte Erfassung über drei Monate

Für die EVS haben knapp 2 700 Haushalte in Rheinland-Pfalz drei Monate lang detailliert ihre Einnahmen und Ausgaben in einem Haushaltsbuch dokumentiert und der amtlichen Statistik für Auswertungen zur Verfügung gestellt. Die Ergebnisse werden auf die Gesamtheit der Haushalte in Rheinland-Pfalz hochgerechnet. Die Daten liefern wichtige Erkenntnisse über Höhe, Struktur und Verwendung der Einkommen sowie über das Konsumverhalten der Bevölkerung.

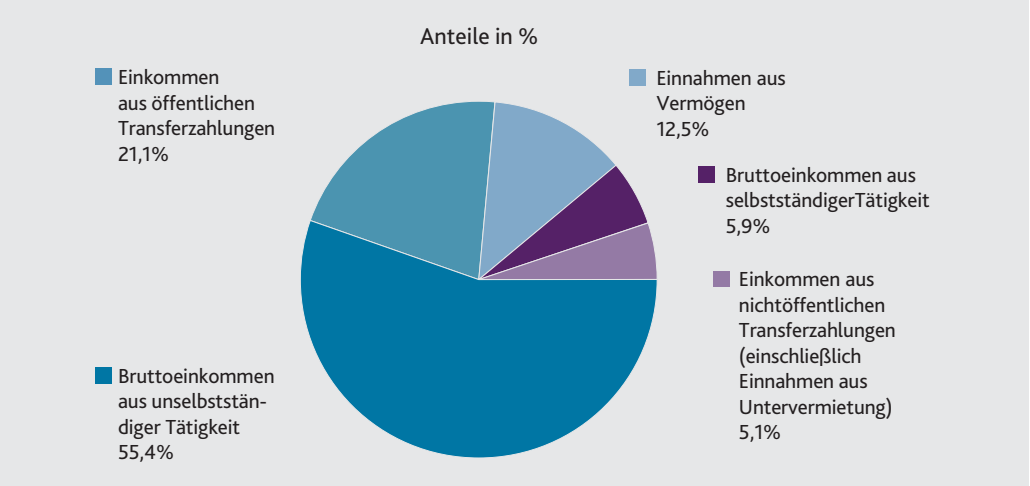
61 Prozent des Bruttoeinkommens entfallen auf Erwerbseinkünfte

Die aus der EVS ermittelten Einkommen stellen Durchschnittswerte dar, denen eine breite Streuung der einzelnen Beobachtungswerte zugrunde liegt. Das Haushaltseinkommen enthält die Angaben aller Mitglieder der befragten Haushalte.

Im Jahr 2013 betrug das durchschnittliche Bruttoeinkommen privater Haushalte monatlich 4 339 Euro. Mit durchschnittlich 2 657 Euro im Monat stammte der größte Teil des Bruttoeinkommens aus der Erwerbstätigkeit der Haushaltsmitglieder.

Transferzahlungen des Staates wie z. B. Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, staatliche Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosengeld I und II bzw. Sozialgeld sowie private Transferzahlungen (z. B. Betriebsrenten) trugen monatlich durchschnittlich 1 137 Euro bzw. 26 Prozent zum Bruttoeinkommen bei. Aus Einnahmen aus Vermögen stammten 542 Euro bzw. zwölf Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens. Einnahmen aus Untervermietung machten lediglich einen geringen Anteil aus.

G 4 Bruttoeinkommen der privaten Haushalte 2013 nach Einkommensart



Durchschnittlich 1 010 Euro Abzüge je Haushalt und Monat

Für die Berechnung des Haushaltsnettoeinkommens werden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge vom Haushaltsbruttoeinkommen abgezogen und Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen oder privaten Kranken- und Pflegeversicherung sowie Zuschüsse der privaten Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung hinzugerechnet (siehe Übersicht).

Ü 1 Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2013

		je Haushalt und Monat in EUR
	Erwerbseinkommen	2 657
+	Einnahmen aus Vermögen	542
+	Einnahmen aus Transferzahlungen	1 137
+	Einnahmen aus Untervermietung	/
=	Haushaltsbruttoeinkommen	4 339
–	Einkommen- und Vermögenssteuern	470
–	Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	540
+	Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen oder privaten Kranken- und Pflegeversicherung	24
+	Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	4
=	Haushaltsnettoeinkommen	3 358
+	Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	23
+	Sonstige Einnahmen	22
=	ausgabefähiges Einkommen	3 403
–	Lebenshaltungskosten (Konsumausgaben)	2 618
–	Übrige Ausgaben	523
=	Ersparnis	262

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen bei durchschnittlich 3 358 Euro

Im Jahr 2013 hatten die rheinland-pfälzischen Privathaushalte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von insgesamt monatlich 1 010 Euro zu zahlen. Dabei wurden durchschnittlich 470 Euro für Einkommen- und Vermögenssteuern (einschließlich Kirchensteuern und Solidaritätszuschlag) und 540 Euro für Pflichtbeiträge zur privaten und gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung in Abzug gebracht. Unter Berücksichtigung von Zuschüssen zur freiwilligen Kranken- und Pflegeversicherung in Höhe von insgesamt durchschnittlich 28 Euro im Monat errechnet sich damit ein durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen von monatlich 3 358 Euro.

Sparquote beträgt 7,7 Prozent

Ausgabefähiges Einkommen im Schnitt bei 3 403 Euro im Monat

Die Sparquote gibt an, welchen Anteil ihres Einkommens Privathaushalte im Monat sparen können. Dabei wird nicht das monatliche Nettoeinkommen des Haushalts, sondern das ausgabefähige Einkommen zugrunde gelegt. Dieses umfasst das Nettoeinkommen zuzüglich eventueller Einnahmen aus dem Verkauf von Waren sowie sonstiger Einnahmen wie beispielsweise Rückvergütungen aus Warenkäufen (z. B. Flaschenpfand, Einlösung von Sammelpunkten). Im Jahr 2013 waren dies durchschnittlich 45 Euro im Monat. Das ausgabefähige Einkommen betrug damit durchschnittlich rund 3 403 Euro je Haushalt und Monat.

Durchschnittlich 262 Euro werden monatlich gespart

Die Sparquote lag 2013 bei durchschnittlich 7,7 Prozent des ausgabefähigen Haushaltseinkommens. Dies entsprach einem Betrag von durchschnittlich 262 Euro im Monat. Dabei konnten Paare mit Kind bzw. Kindern durchschnittlich 649 Euro im Monat auf die Seite legen. Hier lag die Sparquote bei 13,3 Prozent.

Alleinstehende sparten durchschnittlich 101 Euro im Monat, was einer Quote von 5,2 Prozent entsprach. Mit einer durchschnittlichen Summe von 169 Euro im Monat bzw. 4,3 Prozent lag die Sparquote bei Paaren ohne Kind am niedrigsten.

Paare mit Kind bzw. Kindern wiesen nicht nur die höchste Sparquote sondern mit 4 881 Euro auch das höchste ausgabefähige Einkommen auf. Paare ohne Kind erzielten 2013 durchschnittlich 3 937 Euro ausgabefähiges Einkommen.

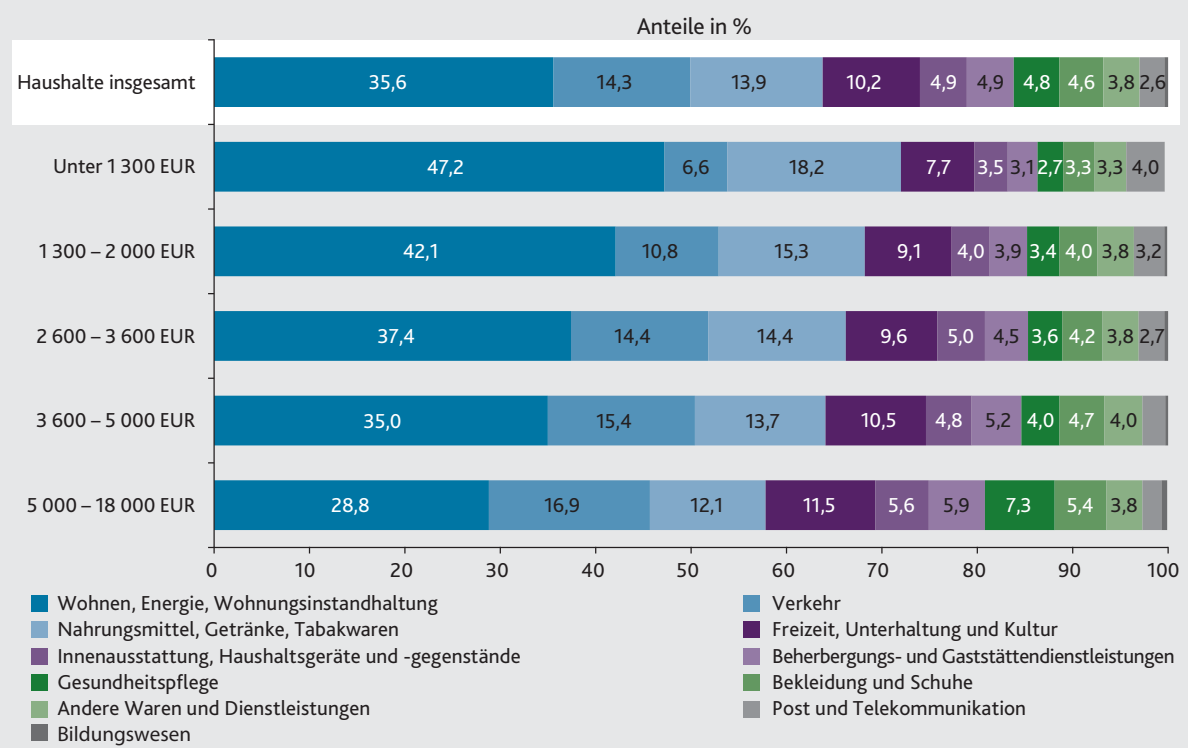
Mehr als 75 Prozent des Einkommens für Konsum verwendet

Monatliche Konsumausgaben durchschnittlich 2 618 Euro

Neben der Ersparnis wird das ausgabefähige Einkommen insbesondere für die allgemeine Lebenshaltung bzw. den privaten Konsum verwendet. Im Jahr 2013 gaben die rheinland-pfälzischen Privathaushalte hierfür durchschnittlich 2 618 Euro im Monat aus. Die Konsumausgaben werden in zwölf Konsumsegmente unterteilt, die unterschiedliche Gewichte und damit unterschiedliche Konsumbedeutung aufweisen.

Über alle Haushalte hinweg betrachtet machten im Jahr 2013 die Ausgaben für Wohnungsmieten, Energie und Wohnungsinstandhaltung mit durchschnittlich 931 Euro bzw. 36 Prozent den höchsten Anteil an den Konsumausgaben aus. Darin enthalten waren durchschnittlich 718 Euro, die für Wohnungsmieten ausgegeben wurden. Mit 373 Euro lagen die Aufwendungen für Verkehr deutlich darunter. Sie machten 14,3 Prozent der Gesamtlebenshaltungskosten aus (darunter Kraftstoffe: 121 Euro bzw. 4,6 Prozent). Für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren wurden durchschnittlich 363 Euro im Monat ausgegeben. Dies entsprach einem Anteil von 13,9 Prozent. Die monatlichen Ausgaben für Freizeitaktivitäten, Unterhaltung und Kultur lagen 2013 bei durchschnittlich 268 Euro und mach-

G 5 Konsumausgaben privater Haushalte 2013 nach der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens und Konsumsegementen



ten einen Anteil von zehn Prozent an der Gesamtlebenshaltung aus. Mit einem Anteil von unter fünf Prozent fielen die Ausgaben für andere Konsumbereiche wie „Post und Telekommunikation", „Innenausstattung und Haushaltsgeräte", „Bildungswesen", „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen", „Bekleidung und Schuhe" sowie „Gesundheitspflege" geringer aus.

Die Struktur der Lebenshaltungskosten ist abhängig von verschiedenen Einflussfaktoren wie zum Beispiel der sozialen Stellung und dem Alter der Haupteinkommensbezieherin bzw. des Hauteinkommensbeziehers sowie insbesondere dem Haushaltsnettoeinkommen. Dies zeigt sich deutlich bei einem Vergleich von Haushalten der höchsten Einkommensklasse (monatliches Nettoeinkommen: 5 000 bis 18 000 Euro) mit Haushalten der niedrigsten Einkommensklasse (unter 1 300 Euro im Monat).

Struktur der Lebenshaltungskosten variiert je nach Einkommensklasse

So gaben Haushalte mit hohem Haushaltsnettoeinkommen monatlich 1 323 Euro bzw. 29 Prozent für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung aus. Das war das Zweieinhalbfache des entsprechenden Wertes von einkommensschwachen Haushalten mit 497 Euro (47 Prozent). Im Konsumsegment „Verkehr" war es mit 779 Euro bzw. 17 Prozent der Konsumausgaben sogar gut das Zehnfache des Vergleichswerts einkommensschwacher Haushalte mit 70 Euro (6,6 Prozent). Zugleich mussten Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1 300 Euro einen relativ höheren Anteil davon für die Befriedigung von Grundbedürfnissen ausgeben. Der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren lag mit 18 Prozent der Konsumausgaben bei einkommensschwachen Haushalten deutlich über dem Vergleichswert von zwölf Prozent bei den einkommensstarken Haushalten.

Einkommen und privater Konsum in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Ergebnisse zu den Merkmalen Einkommen und privater Konsum werden auch von den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bereitgestellt. Die Berechnungen erfolgen auf der Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010), dessen Anwendung mit der Verordnung (EU) Nr. 549/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 für die EU-Mitgliedstaaten rechtsverbindlich vorgeschrieben ist. Die von den VGR veröffentlichten Ergebnisse weichen von den ausgewiesenen Zahlen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aufgrund unterschiedlicher Definitionen, Methoden, Verfahren und Erkenntnisinteressen beider Statistiken ab.

Fazit

Die rheinland-pfälzischen Privathaushalte bezogen 2013 den größten Teil ihres Einkommens aus Erwerbstätigkeit. Dazu kamen etwaige Transferleistungen und Einnahmen aus Vermögen. Insgesamt erwirtschafteten die Privathaushalte im Land damit ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von 4 339 Euro im Monat. Nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen standen davon noch 78 Prozent als ausgabefähiges Einkommen für die Deckung der Lebenshaltungskosten zur Verfügung.

Dr. Merle Hattenhauer, Soziologin (M.A.), leitet das Referat Mikrozensus, Haushaltserhebungen.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Diane Dammers und Thomas Kirschey

Ifo Index erneut gestiegen

Geschäftslage und -aussichten werden optimistischer beurteilt

Der ifo Geschäftsklimaindex ist im Oktober erneut gestiegen. Er erhöhte sich um einen auf 110,5 Punkte. Sowohl die aktuelle Lage als auch die Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate wurden von den Unternehmen optimistischer beurteilt als im Vormonat. Im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe verbesserte sich die Stimmung, während sie im Einzelhandel nahezu unverändert blieb. Allein im Großhandel sank der Index, lag jedoch weiterhin über dem längerfristigen Durchschnitt.

ZEW-Index gestiegen

Der ZEW-Index, der die Konjunkturerwartungen der Finanzmarktexperten misst, ist im Oktober um 5,7 auf 6,2 Punkte gestiegen. Trotz der Steigerung lag er weiterhin deutlich unter seinem langfristigen Mittelwert (24,1 Punkte). Der Anstieg deutet auf eine robuste Konjunkturentwicklung hin, was durch Daten zur Industrie und zu den Exporten gestützt wird. Dem stehen jedoch politische und wirtschaftliche Risiken – zum Beispiel im Bankensektor – gegenüber, die eine Belastung darstellen.

Konsumklima rutscht unter die Zehn-Prozent-Marke

Die Verbraucherstimmung hat sich erneut verschlechtert. Nach zehn Punkten im Oktober erwarten die Konsumforscher der GfK Nürnberg für November eine Verringerung des Gesamtindikators für das Konsumklima auf 9,7 Punkte. Der Grund dafür sind Rückgänge bei der Einkommenserwartung und der Anschaffungsneigung. Bei der Konjunkturerwartung war hingegen eine Verbesserung zu verzeichnen.

Verarbeitendes Gewerbe: Produktion kaum verändert, Auftragseingänge gestiegen

Die Produktion des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes blieb im August fast unverändert, während die Auftragseingänge höher ausfielen als im Vormonat. Dies zeigen die „harten" Konjunkturdaten der amtlichen Statistik, die auf den monatlichen Angaben von rund 1 000 Betrieben basieren.

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes: –0,2 Prozent

Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Index der Industrieproduktion hat sich im August gegenüber dem Vormonat kaum verändert (–0,2 Prozent). Allerdings lag der Output um 3,9 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats.

Produktion in der Vorleistungsgüterindustrie: +1,4 Prozent

Die Produktion entwickelte sich in den drei industriellen Hauptgruppen unterschiedlich. Die Vorleistungsgüterindustrie ist die mit Abstand bedeutendste Hauptgruppe im rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbe. Ihr Anteil am Gesamtumsatz der Industrie belief sich 2015 auf 54 Prozent. Die Vorleistungsgüterproduzenten erhöhten ihren Güterausstoß im Berichtsmonat um 1,4 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat war ein Rückgang um 1,9 Prozent zu verzeichnen.

Produktion in der Investitionsgüterindustrie unverändert

Die Produktion von Investitionsgütern, die mehr als ein Viertel zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beiträgt, blieb im August im Vergleich zum Vormonat unverändert. Der Output war aber um ein Prozent geringer als ein Jahr zuvor.

Produktion in der Konsumgüterindustrie: –3,6 Prozent

In der Konsumgüterindustrie, die 2015 einen Umsatzanteil von 18 Prozent hatte, ist der Güterausstoß im Berichtsmonat um 3,6 Prozent gesunken. Gegenüber dem Vorjahresmonat belief sich das Minus auf elf Prozent.

Produktion in der Chemischen Industrie: +1,8 Prozent

Zwei der drei umsatzstärksten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie steigerten im August ihre Produktion. In der Chemiebranche, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und mit einem Umsatzanteil von knapp einem Drittel die bedeutendste Branche des Verarbeitenden Gewerbes ist, erhöhte sich der Output um 1,8 Prozent. Zugleich fiel der Güterausstoß um 2,6 Prozent geringer aus als ein Jahr zuvor.

Produktion im Fahrzeugbau: +1,8 Prozent

Im Fahrzeugbau, der zur Investitionsgüterindustrie zählt und 2015 als zweitgrößte Branche 14 Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beitrug, stieg die Produktion im Berichtsmonat um 1,8 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat verringerte sich der Güterausstoß um 0,8 Prozent.

Produktion im Maschinenbau: –1,9 Prozent

Im Maschinenbau, der ebenfalls der Investitionsgüterindustrie angehört und 2015 zehn Prozent zum Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes beisteuerte, schrumpfte der Output im August um 1,9 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat war ein Rückgang um 1,8 Prozent zu verzeichnen.

Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe: +1,1 Prozent

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex ist im August gegenüber dem Vormonat um 1,1 Prozent gestiegen. Im In- und Auslandsgeschäft waren Zuwächse zu verzeichnen (+1,5 bzw. +0,8 Prozent). Zugleich waren die Bestellungen um 2,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Anstieg der Bestellungen in zwei von drei Hauptgruppen

In zwei der drei Hauptgruppen war das Ordervolumen höher als im Vormonat. In der Vorleistungsgüterindustrie gingen etwas mehr Aufträge ein als im Juli (+0,2 Prozent). Ein starkes Plus von 14 Prozent gab es in der Konsumgüterindustrie. Nur in der Investitionsgüterindustrie fiel die Nachfrage geringer aus (–1,5 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat verzeichnete die Vorleistungsgüterindustrie eine Steigerung um 2,3 Prozent. Das Plus in der Konsumgüterindustrie belief sich auf 16 Prozent. Die Nachfrage nach Investitionsgütern blieb fast unverändert (–0,1 Prozent).

Auftragseingänge in der Chemischen Industrie: +2,1 Prozent

In der Chemischen Industrie stieg der bereinigte Auftragseingangsindex im Berichtsmonat um 2,1 Prozent. In- und Auslandsgeschäft liefen besser als im Juli (+2,4 bzw. +2,1 Prozent). Zugleich gingen 3,4 Prozent mehr Aufträge ein als im August 2015.

Auftragseingänge im Fahrzeugbau: –2,7 Prozent

Im Fahrzeugbau sank die Nachfrage im August (–2,7 Prozent). Die Bestellungen aus dem In- und Ausland waren rückläufig (–3,4 bzw. –4,3 Prozent). Gegenüber dem Vorjahresmonat belief sich das Minus auf 1,1 Prozent.

Auftragseingänge im Maschinenbau: –3,7 Prozent

Im Maschinenbau schrumpfte das Ordervolumen im Berichtsmonat um 3,7 Prozent. Während die Nachfrage aus dem Inland zunahm (+3,7 Prozent), gingen aus dem Ausland weniger Aufträge ein (–6,5 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat war ein Rückgang um 2,1 Prozent zu verzeichnen.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gesunken

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe: –2,7 Prozent

Im Bauhauptgewerbe verringerten sich die Auftragseingänge im August 2016 kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vormonatsergebnis (–2,7 Prozent). Im Vergleich zu den ersten acht Monaten 2015 hat sich die Nachfrage nach Bauleistungen dagegen deutlich erhöht (+19 Prozent).

Auftragseingänge im Hochbau: –3,6 Prozent

Im Hochbau, der 2015 einen Anteil von 48 Prozent an den baugewerblichen Umsätzen des Bauhauptgewerbes hatte, lagen die Bestellungen im August um 3,6 Prozent unter dem Vormonatswert. Im öffentlichen sowie im gewerblichen Hochbau wurden deutlich weniger Bestellungen registriert (–31 bzw. –15 Prozent). Für den Wohnungsbau errechnete sich dagegen ein kräftiger Anstieg der kalender- und saisonbereinigten Auftragseingänge (+31 Prozent). Im Vergleich zu den ersten acht Monaten 2015 verbesserte sich das Ordervolumen im Hochbau um 17 Prozent.

Auftragseingänge im Tiefbau: –3,5 Prozent

Im Tiefbau, auf den 2015 ein Anteil von 52 Prozent an den baugewerblichen Umsätzen des Bauhauptgewerbes entfiel, verringerte sich die Nachfrage im August um 3,5 Prozent. Im Vormonatsvergleich verzeichneten der Straßenbau sowie der gewerbliche Tiefbau weniger Bestellungen (–12 Prozent bzw. –4,8 Prozent). Dagegen wurden im öffentlichen Tiefbau deutliche Auftragszuwächse registriert (+15 Prozent). Im Vergleich zu den ersten acht Monaten 2015 sind die bereinigten Auftragseingänge im Tiefbau kräftig gestiegen (+22 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Einzel- und im Kfz-Handel

Umsatz im Einzelhandel: +2,2 Prozent

Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) ist im Juli 2016 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,2 Prozent gestiegen. Davor erhöhte sich der Durchschnittswert seit Juni 2015 monatlich um 1,3 bis 3,2 Prozent.

Umsatz im Kfz-Handel: +5 Prozent

Im Kraftfahrzeughandel lagen die bereinigten Umsätze im Juli 2016 um fünf Prozent über dem Vorjahreswert. Der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt ist damit seit Juli 2014 zwischen 0,7 und 9,6 Prozent gestiegen.

Umsatz im Großhandel: –7,1 Prozent

Im Großhandel gingen die geglätteten preisbereinigten Umsätze im Juli 2016 gegenüber dem Vorjahresmonat um 7,1 Prozent zurück. Davor waren von Februar bis Juni ebenfalls sinkende Umsätze errechnet worden (zwischen –2 und –7,5 Prozent).

Umsatz im Gastgewerbe: –0,9 Prozent

Im Gastgewerbe fielen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Juli 2016 um 0,9 Prozent niedriger aus als im Vorjahresmonat. Von April bis Juni gab es ebenfalls Rückgänge (zwischen –0,7 und –2,5 Prozent). Von Januar bis März wurden dagegen noch Umsatzzuwächse gemeldet (zwischen +1,6 und +2,5 Prozent).

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Einschätzung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunkturentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des Verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im Verarbeitenden Gewerbe und im Bauhauptgewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Umsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – sind Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung" oder „Entspannung" der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Indikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Originalwerte der preisbereinigten Indizes im Verarbeitenden Gewerbe sowie der nominalen Messzahlen im Bauhauptgewerbe werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen (z. B. Großaufträge) überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunkturentwicklung Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunkturentwicklung im Handel und Gastgewerbe werden die gleitenden **Drei-Monats-Durchschnitte** der Originalwerte verwendet.

Verbraucherpreise im Oktober weiter gestiegen

Jahresteuerungsrate im Oktober bei +0,9 Prozent

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im Oktober gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,9 Prozent gestiegen. Von Juni bis September hatte sich die Teuerungsrate in einem Bereich von +0,1 bis +0,7 Prozent erhöht. Seit Januar 2013 blieb die Veränderung der Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz durchgängig unter dem Zielwert der Europäischen Zentralbank für den Euroraum (+2 Prozent).

Die aktuelle Entwicklung wird nach wie vor durch niedrige Energiepreise bestimmt (–1 Prozent). Nach den kräftigen Rückgängen der vergangenen Monate lässt dieser Effekt allerdings im Oktober deutlich nach. Die Umlage für Zentralheizung und Fernwärme war wesentlich niedriger als vor einem Jahr (–7,3 Prozent). Heizöl und Gas waren ebenfalls billiger als im Vorjahresmonat (–1,6 bzw. –1,5 Prozent). Die Preise für Strom sowie Kraftstoffe erhöhten sich dagegen leicht (+1,1 bzw. 0,2 Prozent). Der oft als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie“ wies einen Anstieg von 1,3 Prozent auf.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+2,9 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+2,2 Prozent), „Andere Waren und Dienstleistungen“ (+2,2 Prozent) sowie „Gesundheitspflege“ (+2 Prozent) überdurchschnittlich. Lediglich in der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ (–0,8 Prozent) waren niedrigere Preise als im Vorjahr zu verzeichnen.

Arbeitslosigkeit im Oktober erneut zurückgegangen

Zahl der Arbeitslosen geht um 2 100 zurück

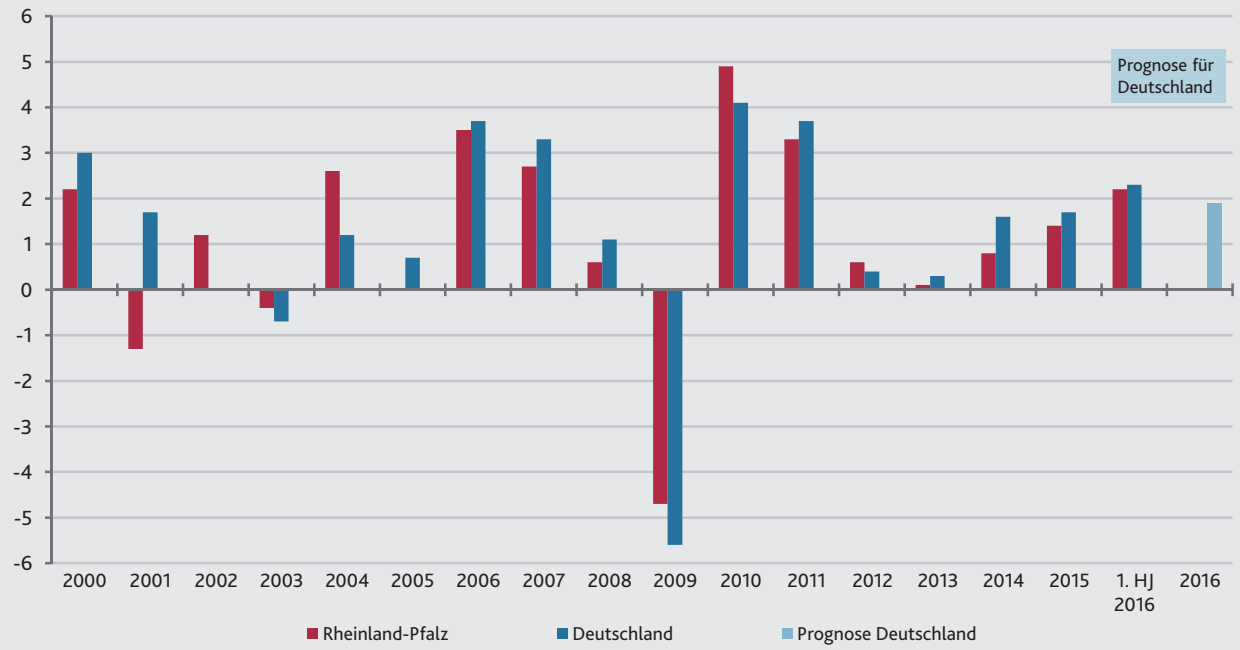
Nach dem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit im September setzte sich die herbstliche Belebung am rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt im Oktober fort. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Frauen und Männer nahm gegenüber dem Vormonat um 2 100 bzw. 1,9 Prozent auf insgesamt 105 500 ab. Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur hält die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt weiter an. Davon profitierten auch in diesem Monat insbesondere junge Menschen. Gegenüber Oktober 2015 blieb die Zahl der Arbeitslosen nahezu unverändert.

Arbeitslosenquote sinkt auf 4,8 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, sank im Vormonatsvergleich von 4,9 auf 4,8 Prozent. Im Oktober 2015 hatte die Quote ebenfalls bei 4,8 Prozent gelegen.

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Referatsgruppe „Analysen, Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum“. Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, und Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, sind als Referenten im Referat „Analysen“ tätig.

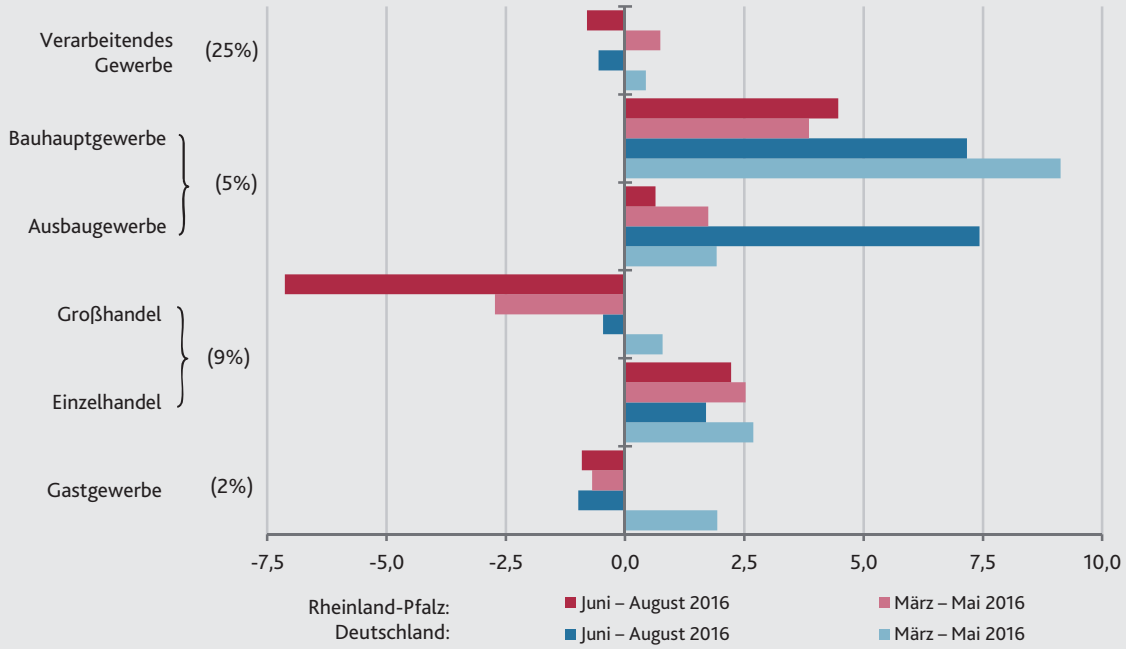
Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2016; nächster Fortschreibungstermin: März 2017. Quelle Prognosewert 2016: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2016.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
3-Monats-Durchschnitte[2,3]– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

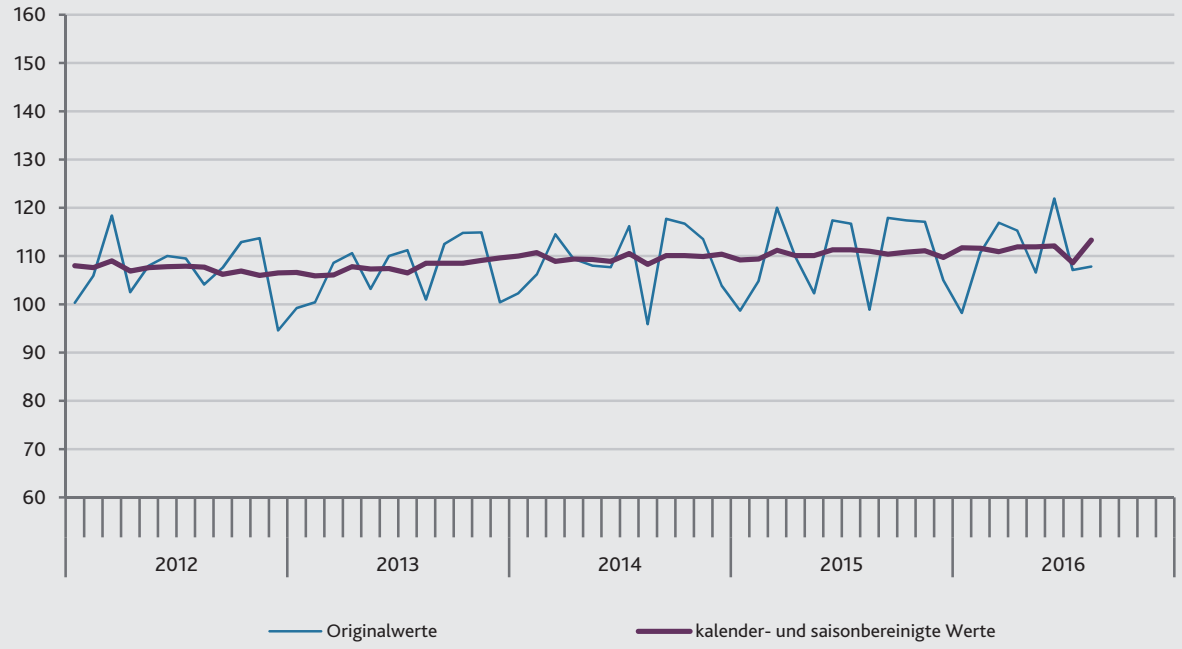


1 Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2015. – 2 Ausbaugewerbe: Quartale. – 3 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

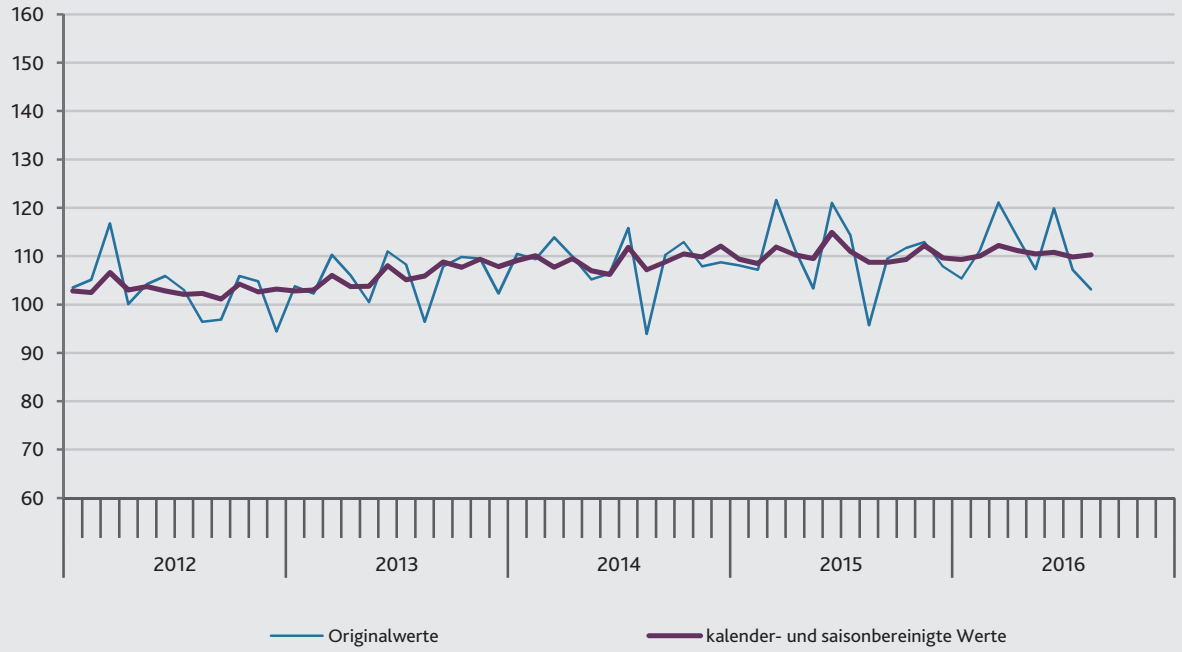


1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

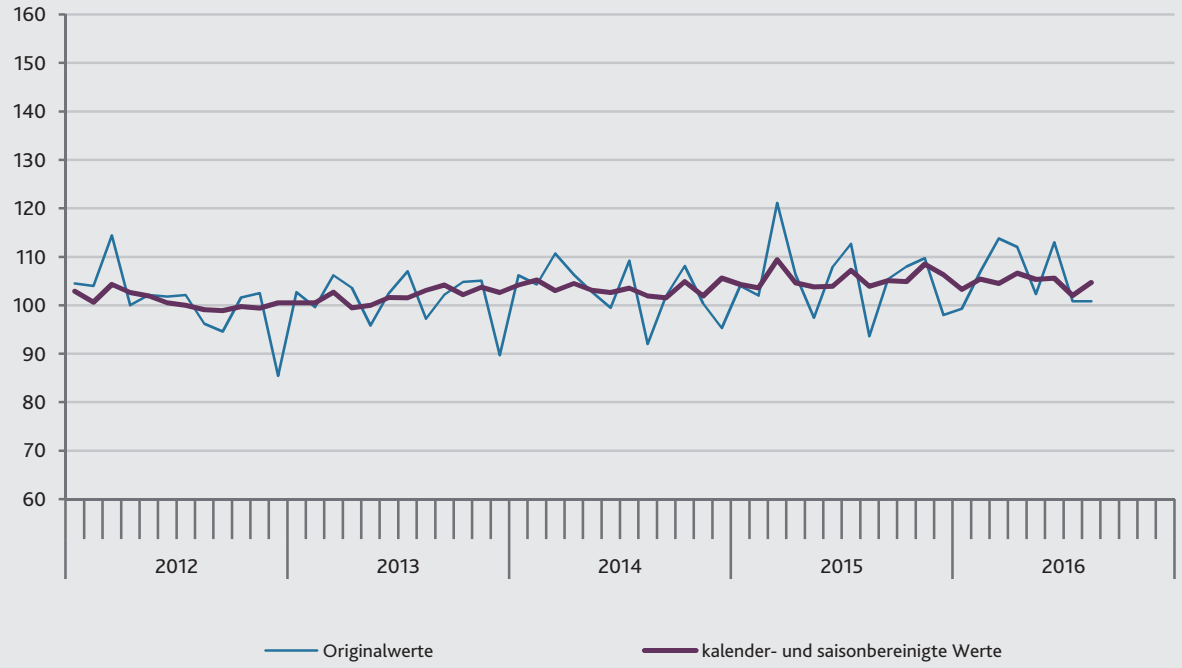
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

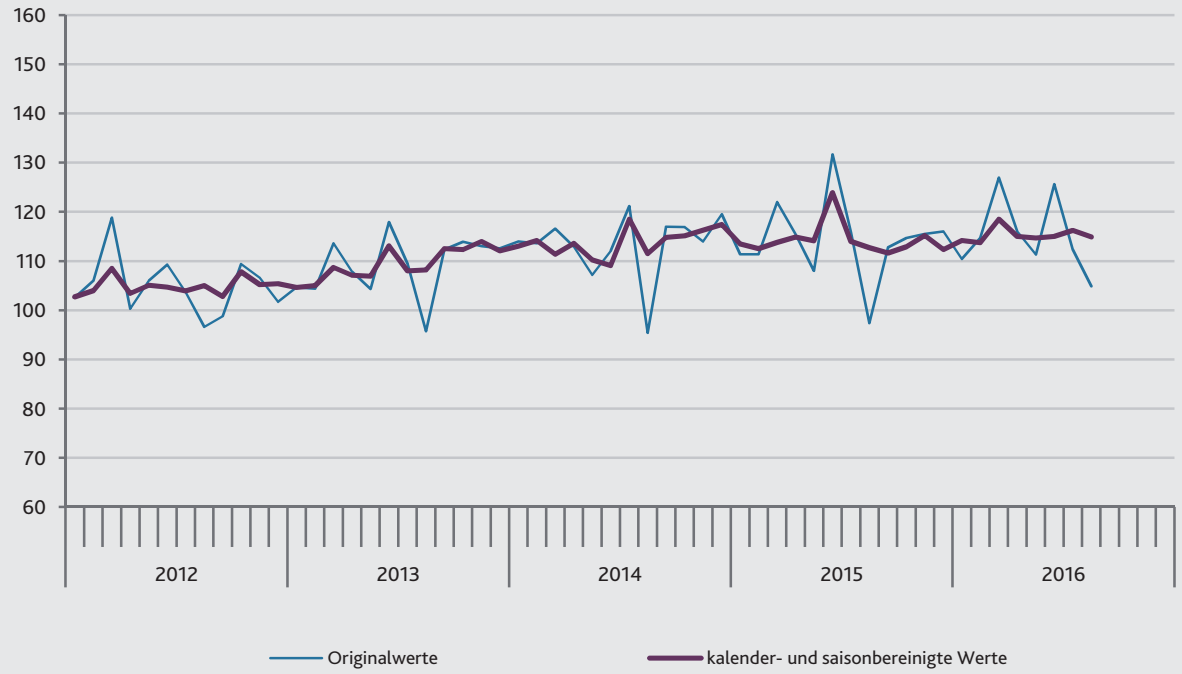
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Inland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

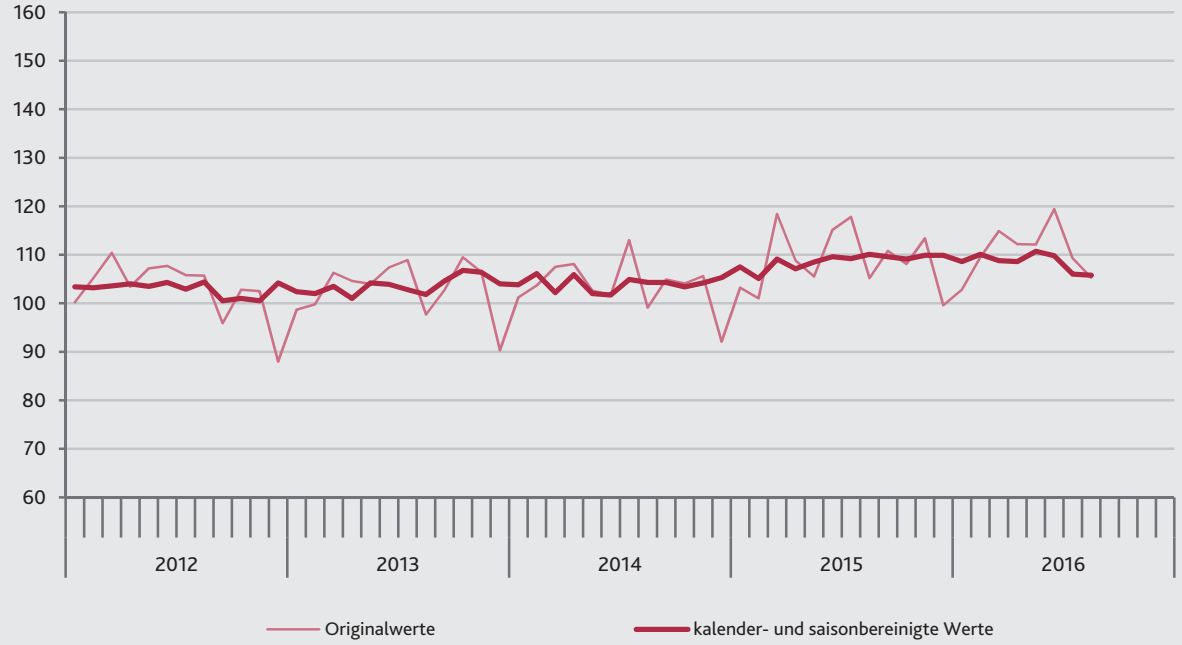
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland
Ausland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

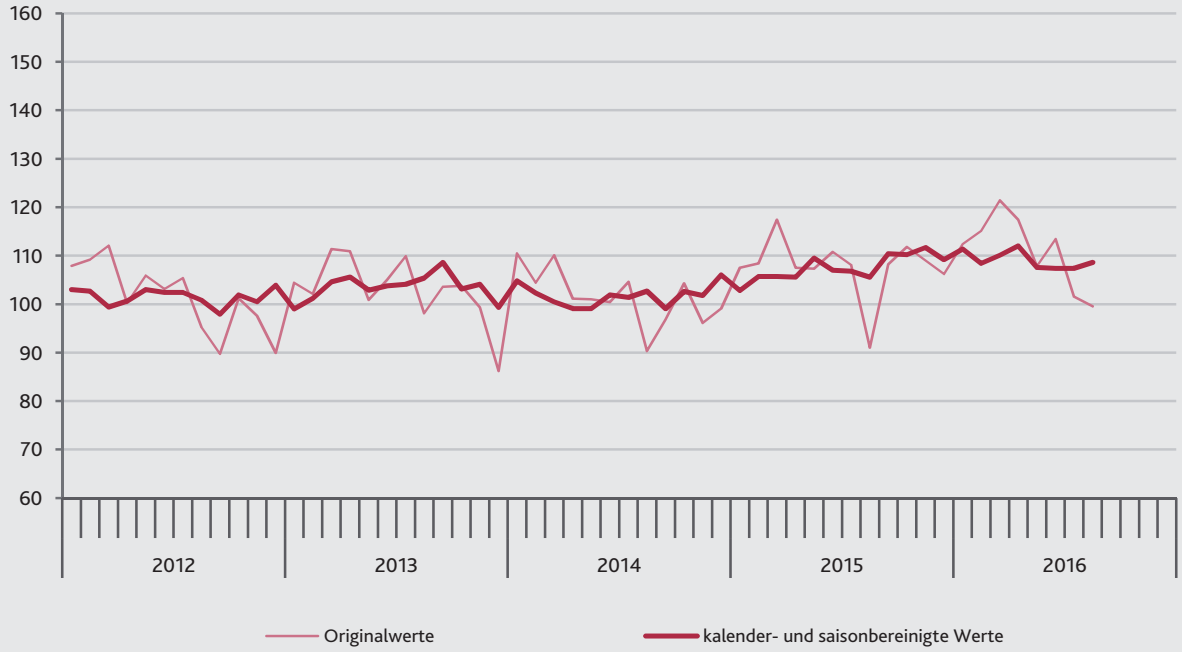
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

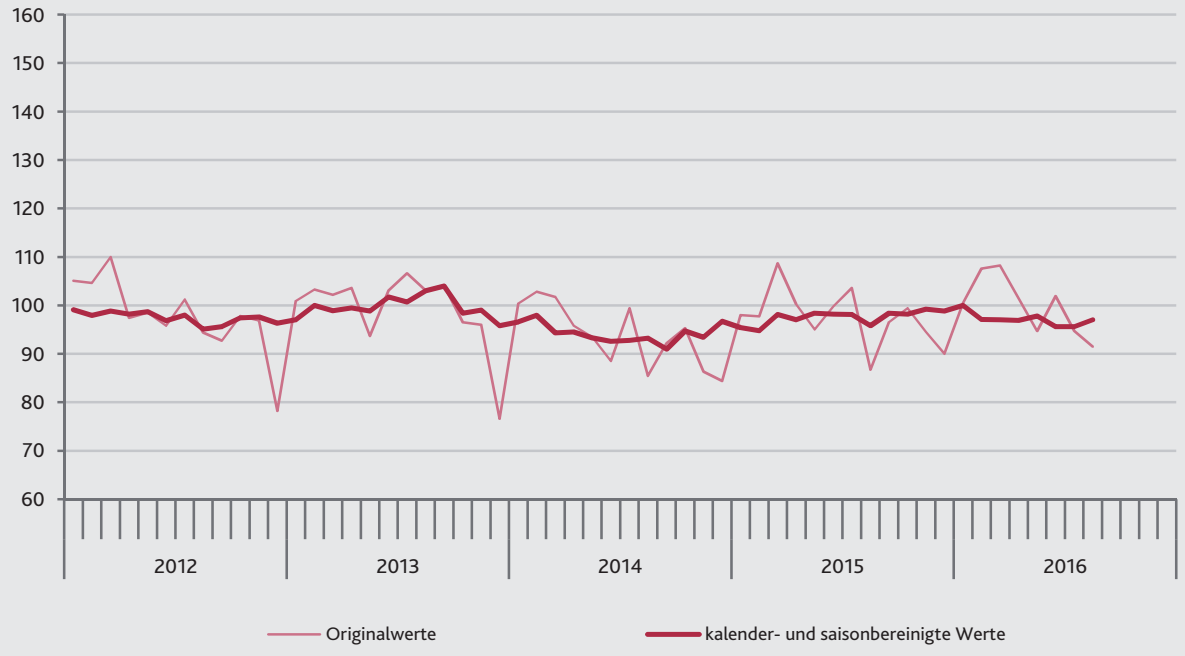
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

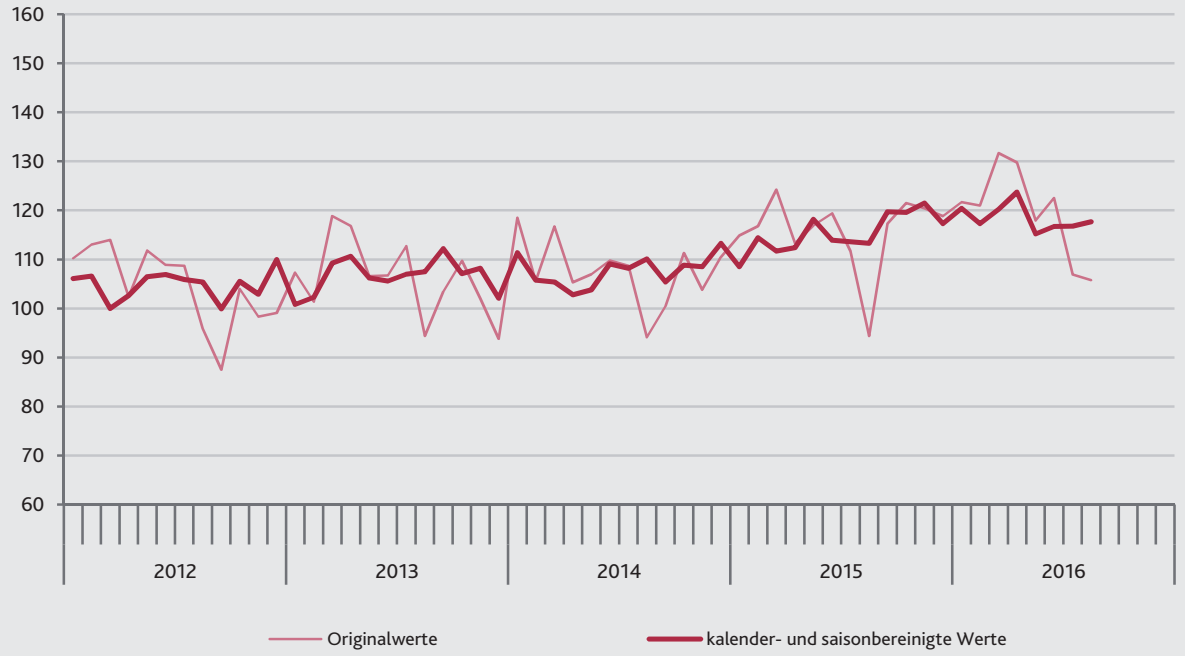
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Inland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

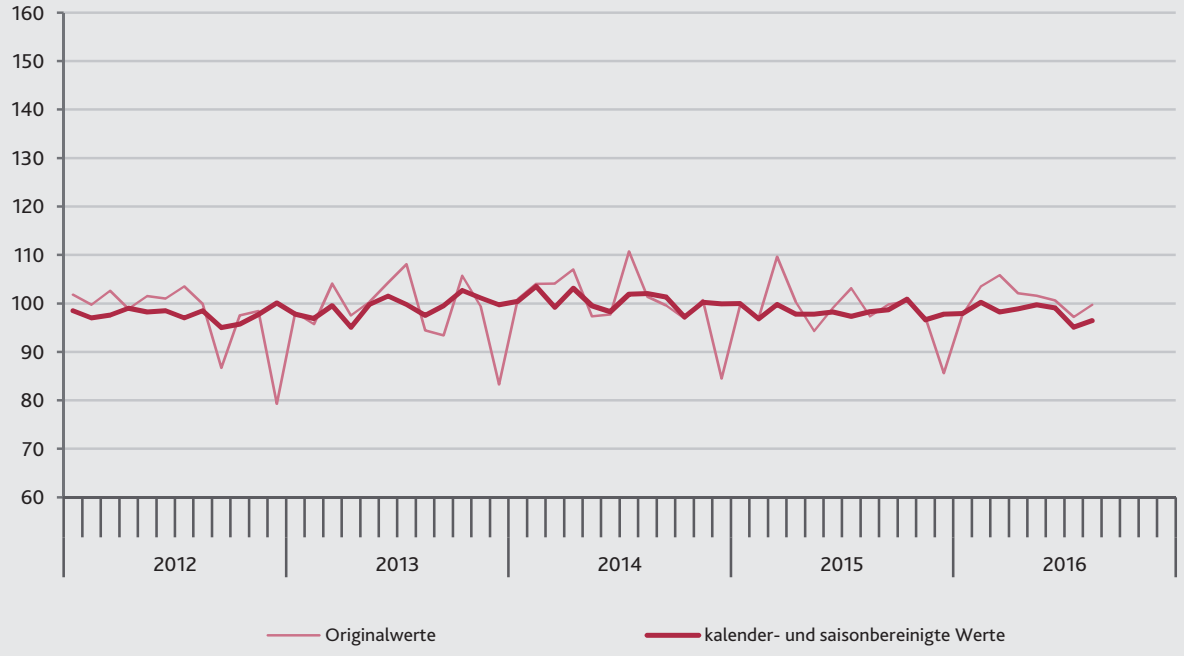
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Ausland
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

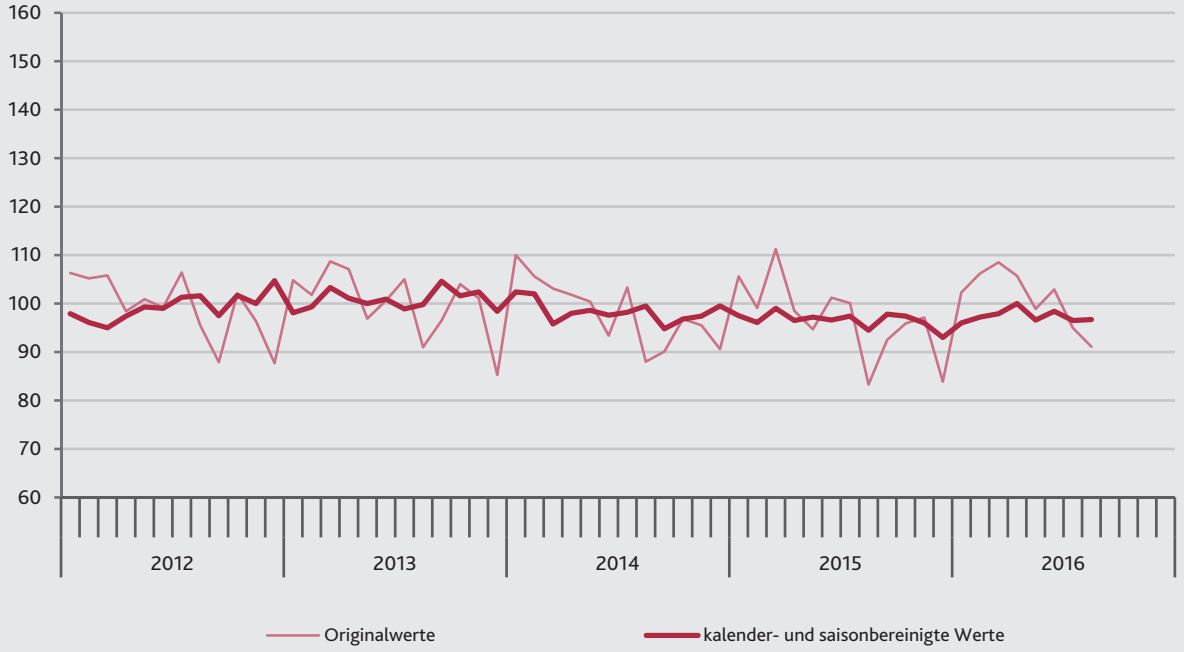
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2015: 54%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

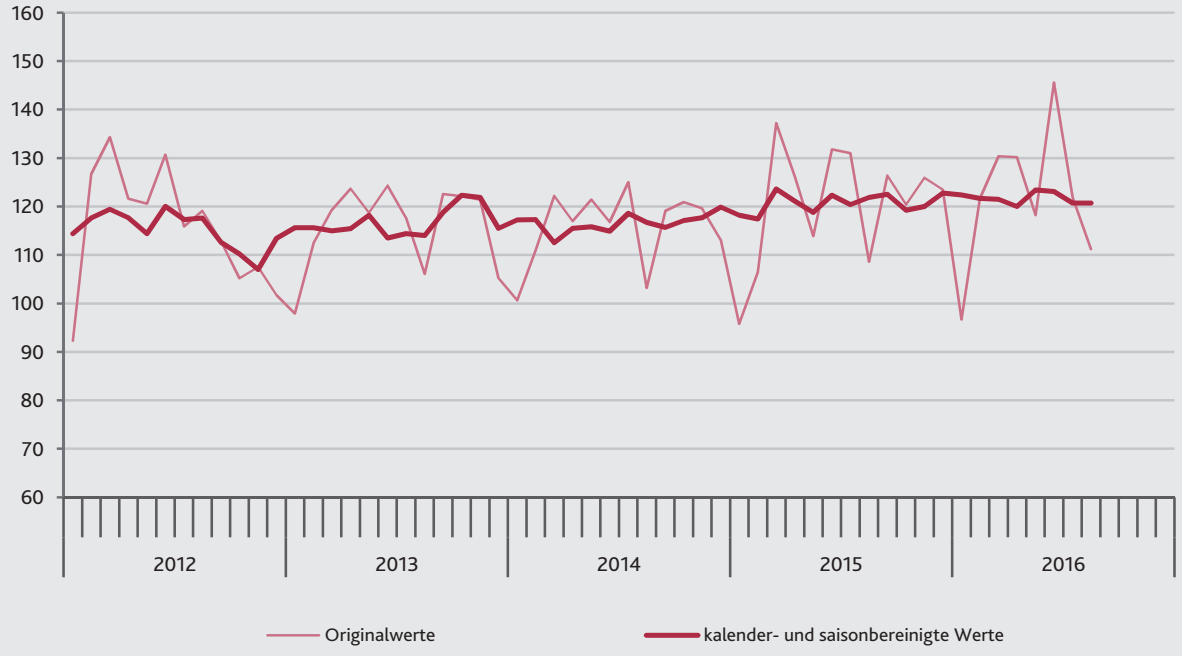
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2015: 54%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

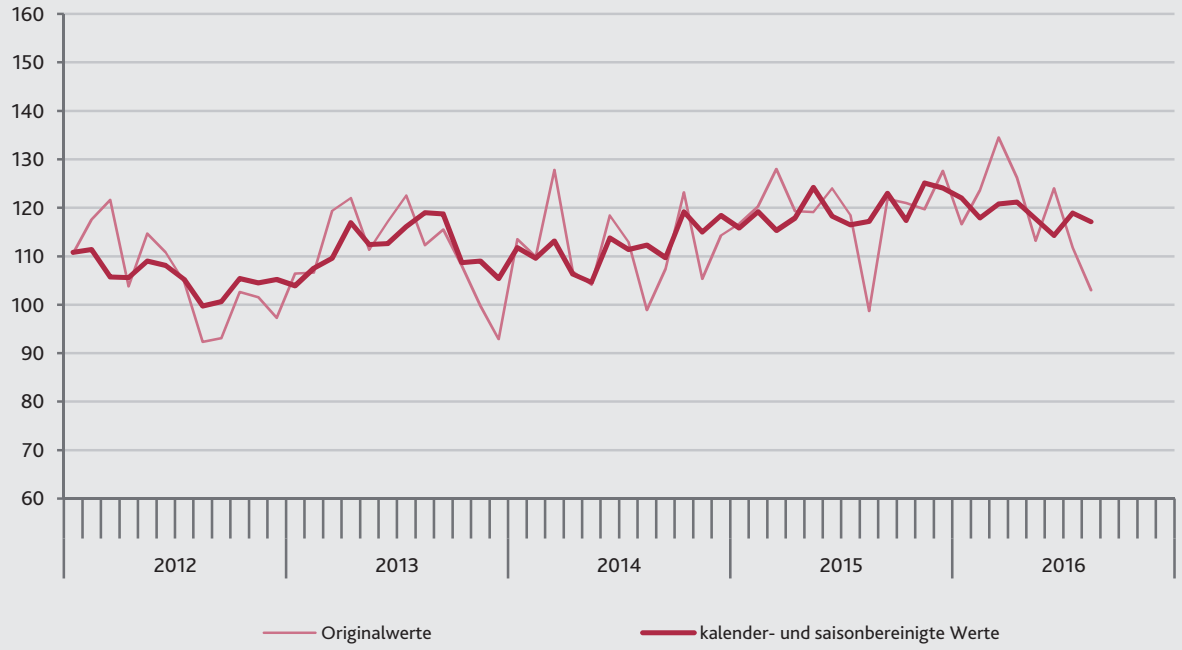
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2015: 28%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

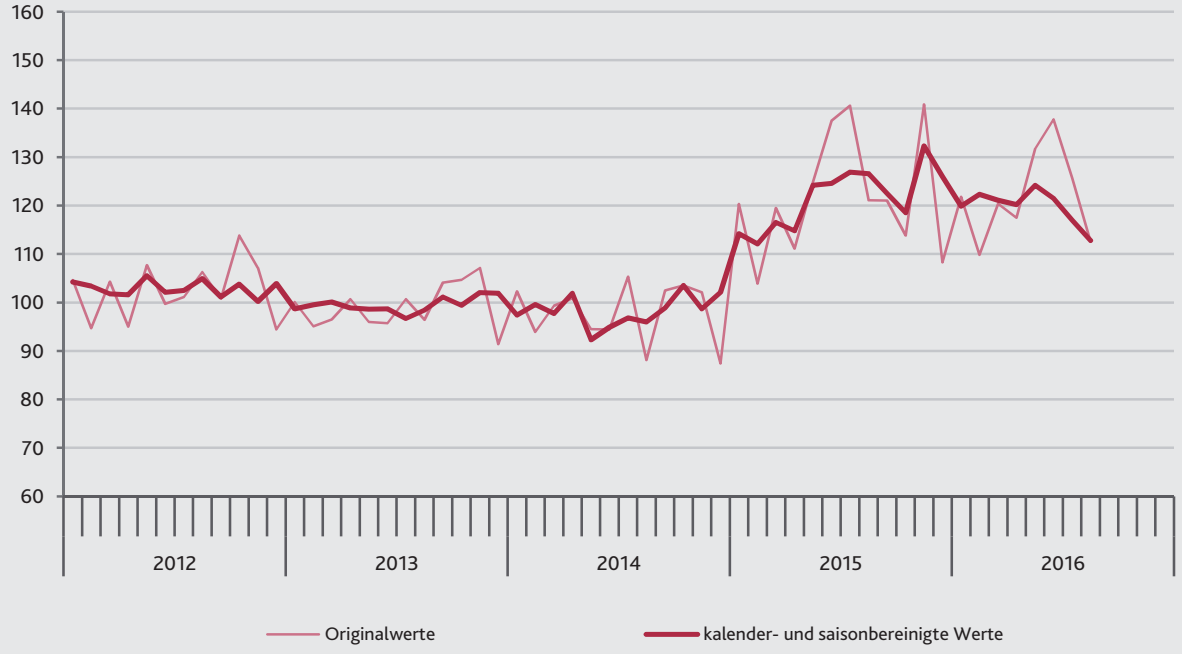
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2015: 28%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

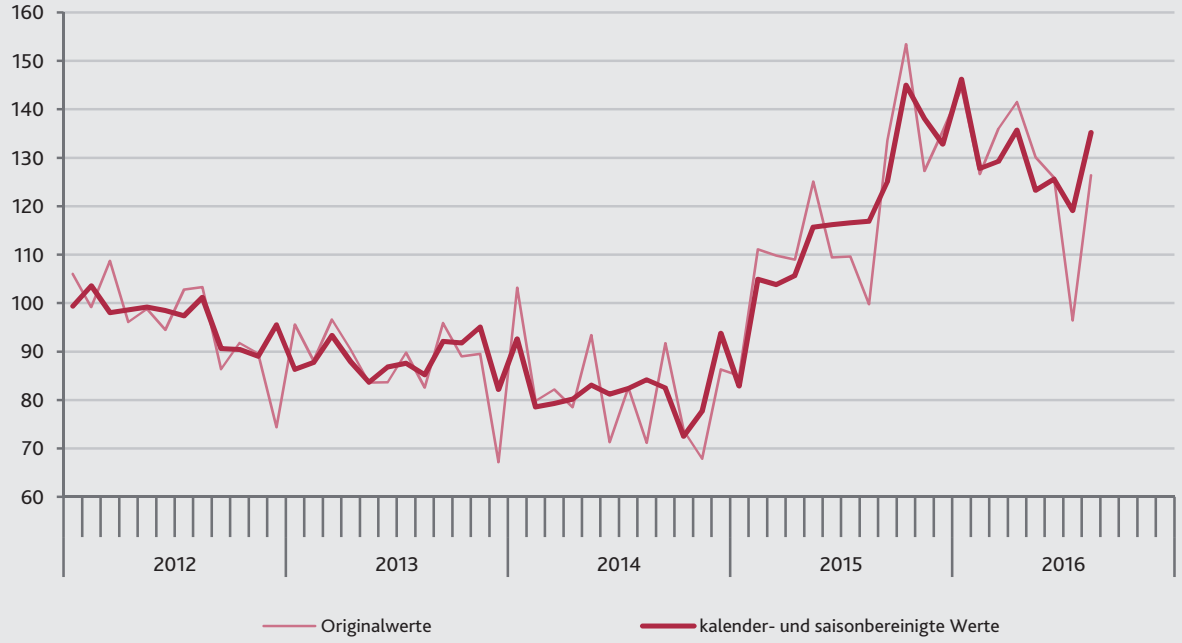
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2015: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

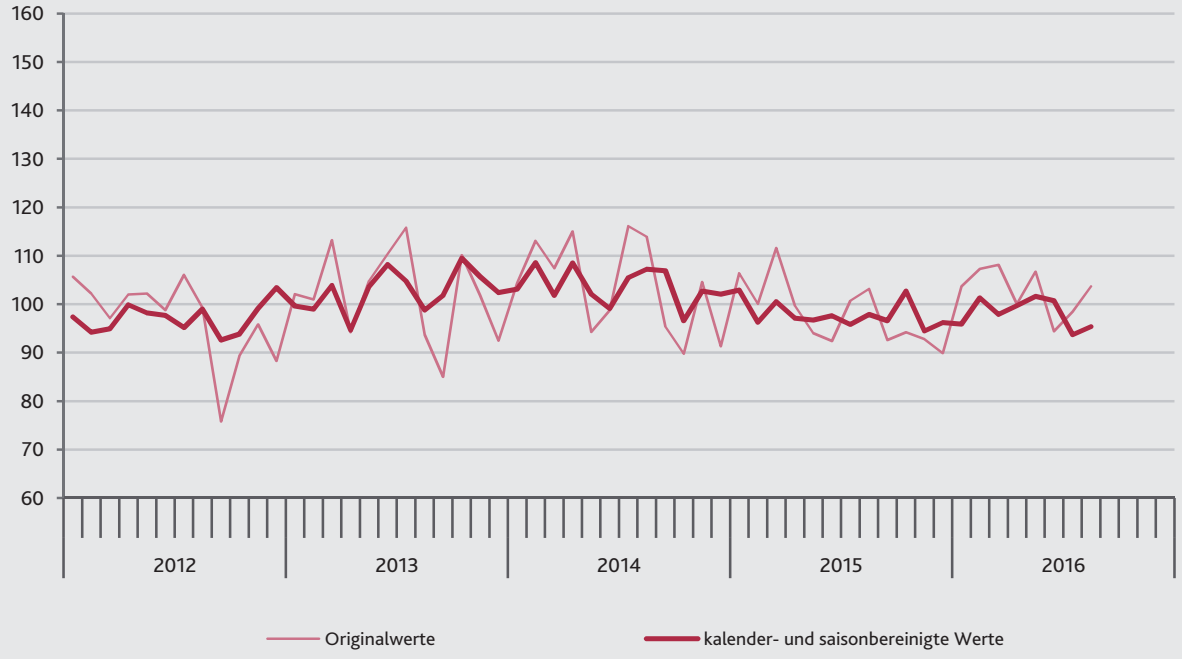
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie
Anteil am Gesamtumsatz 2015: 18%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

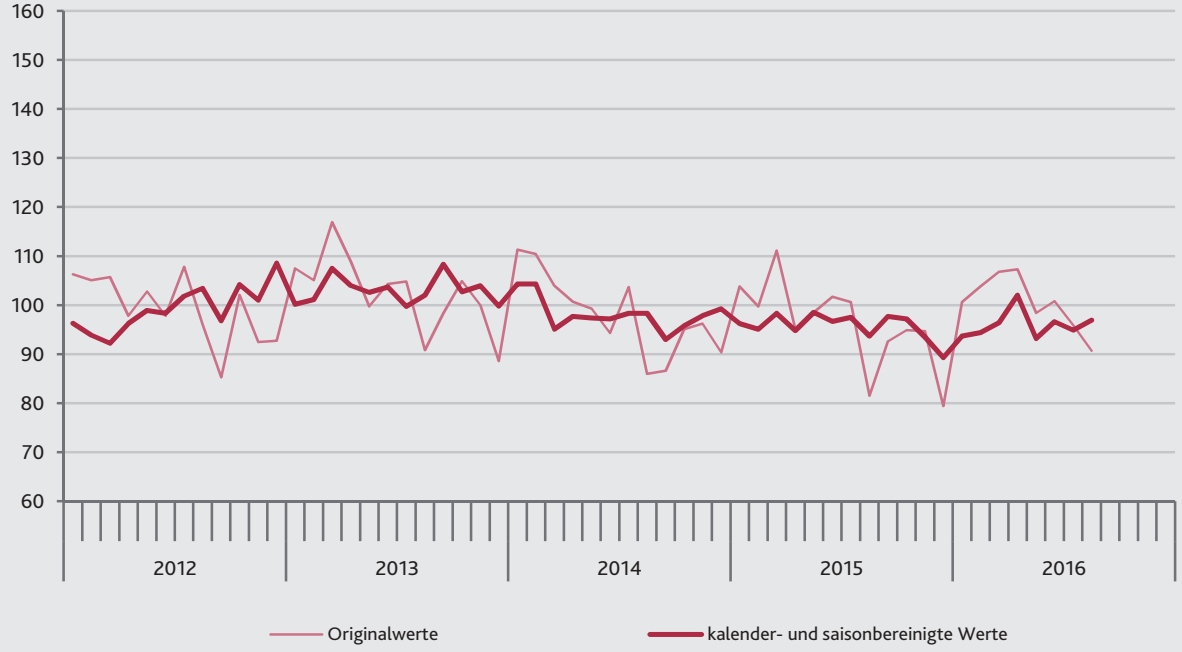
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2015: 31%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

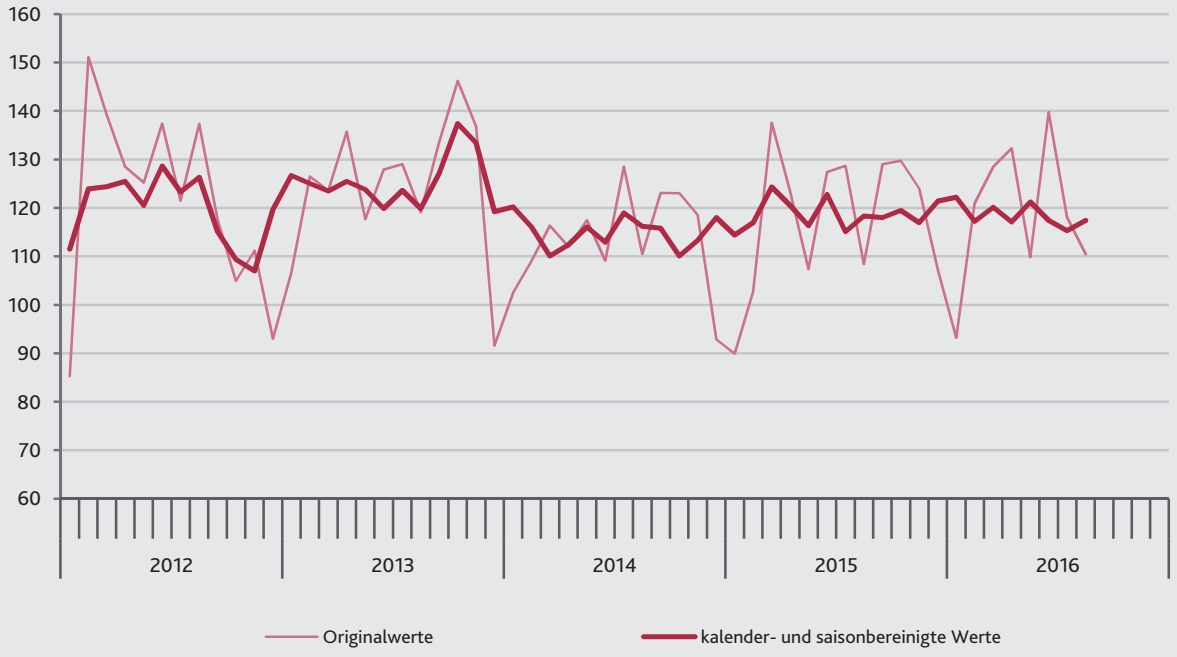
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
Anteil am Gesamtumsatz 2015: 31%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

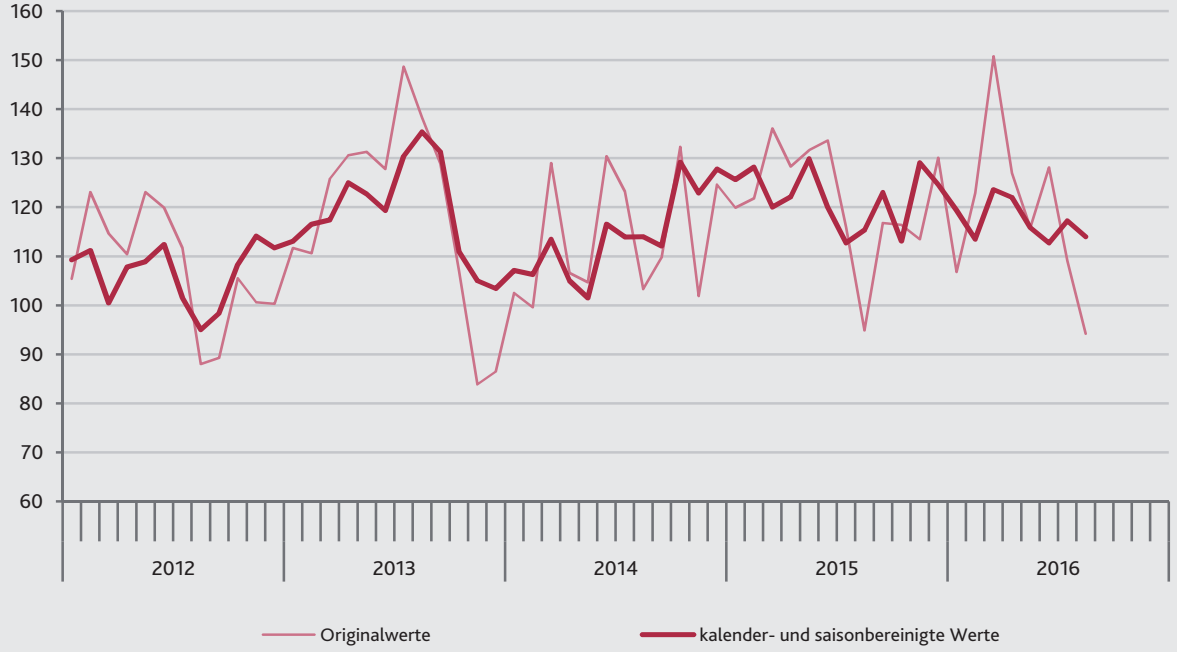
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2015: 14%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

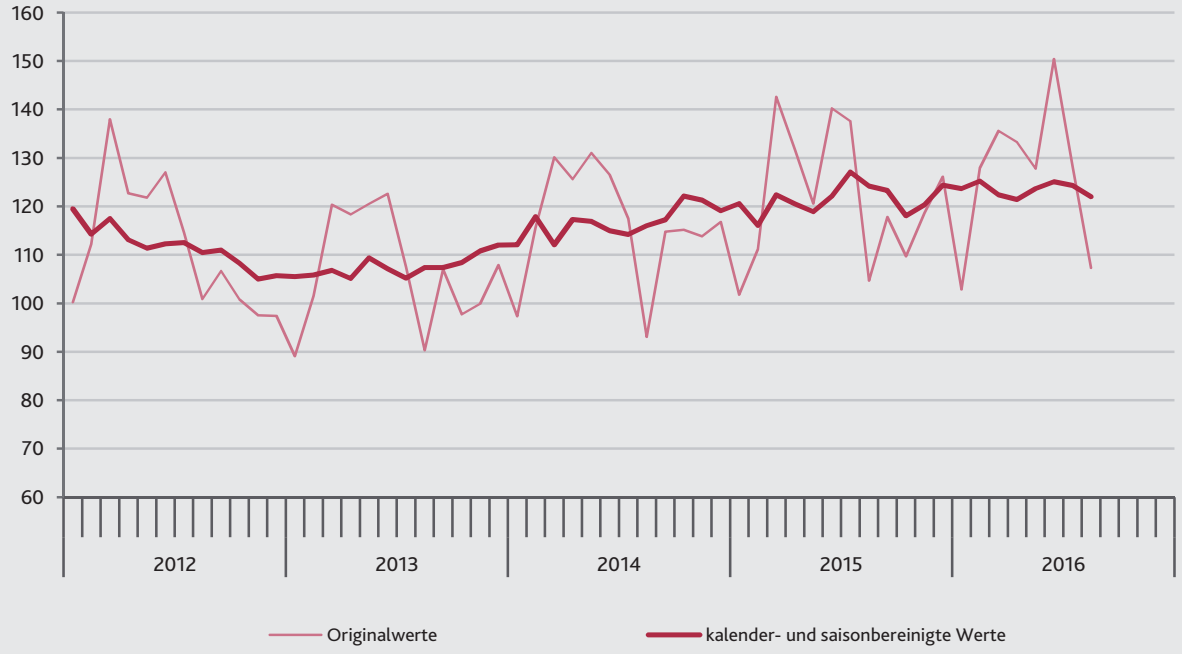
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
Anteil am Gesamtumsatz 2015: 14%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

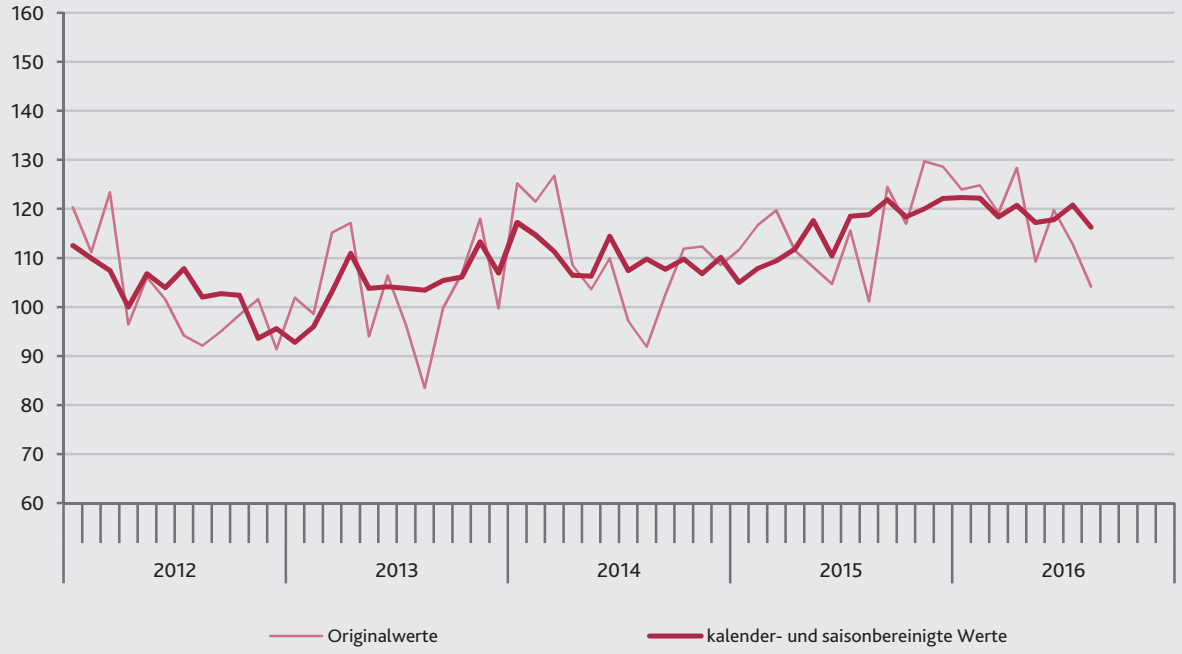
Produktionsindex (preisbereinigt)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2015: 10%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

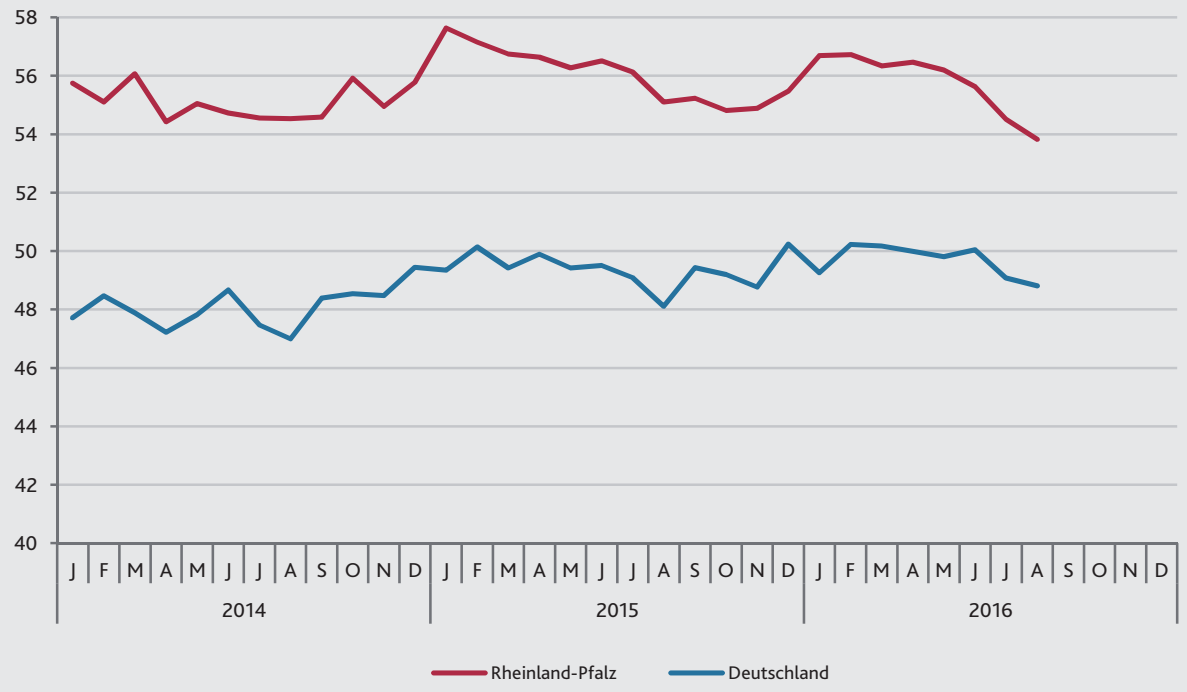
Auftragseingang (Volumenindex)[1] im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau
Anteil am Gesamtumsatz 2015: 10%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



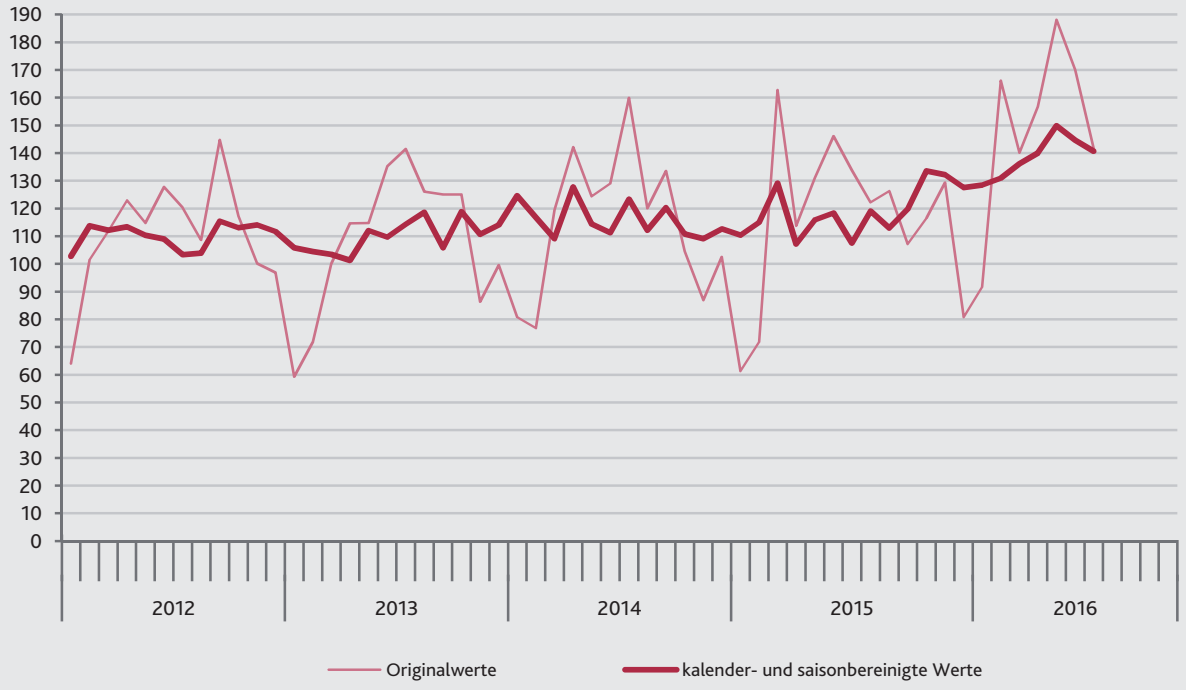
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im verarbeitenden Gewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1 Umsatz je Beschäftigten.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

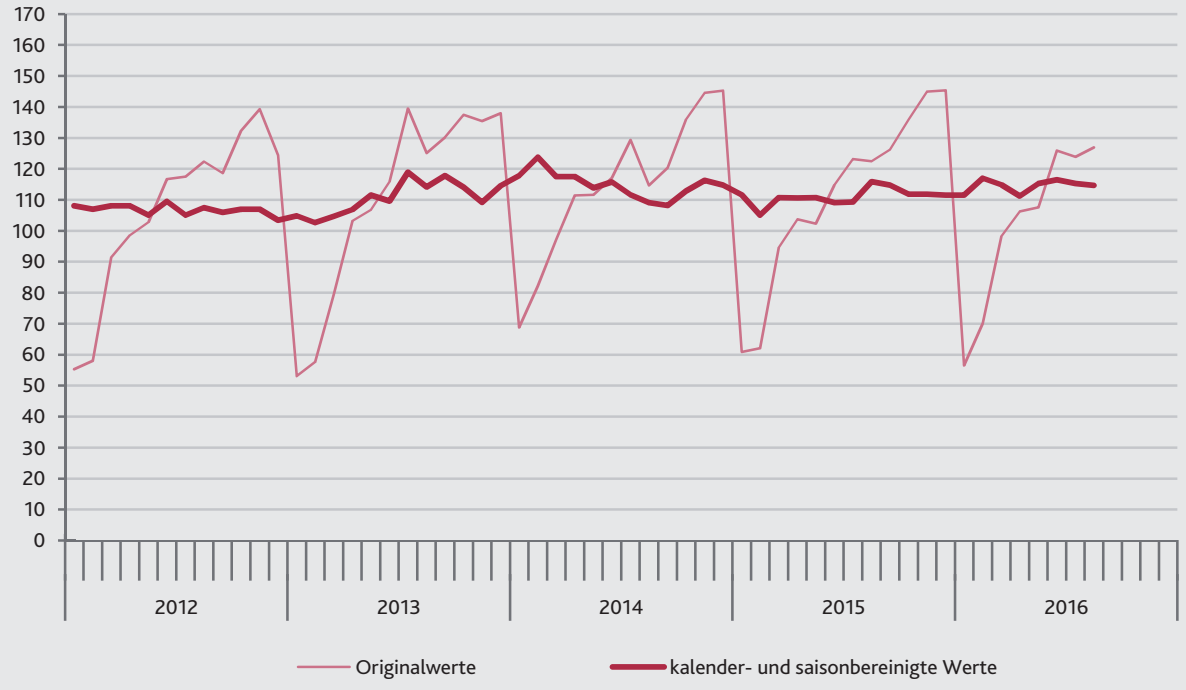
Auftragseingang (nominal)[1] im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

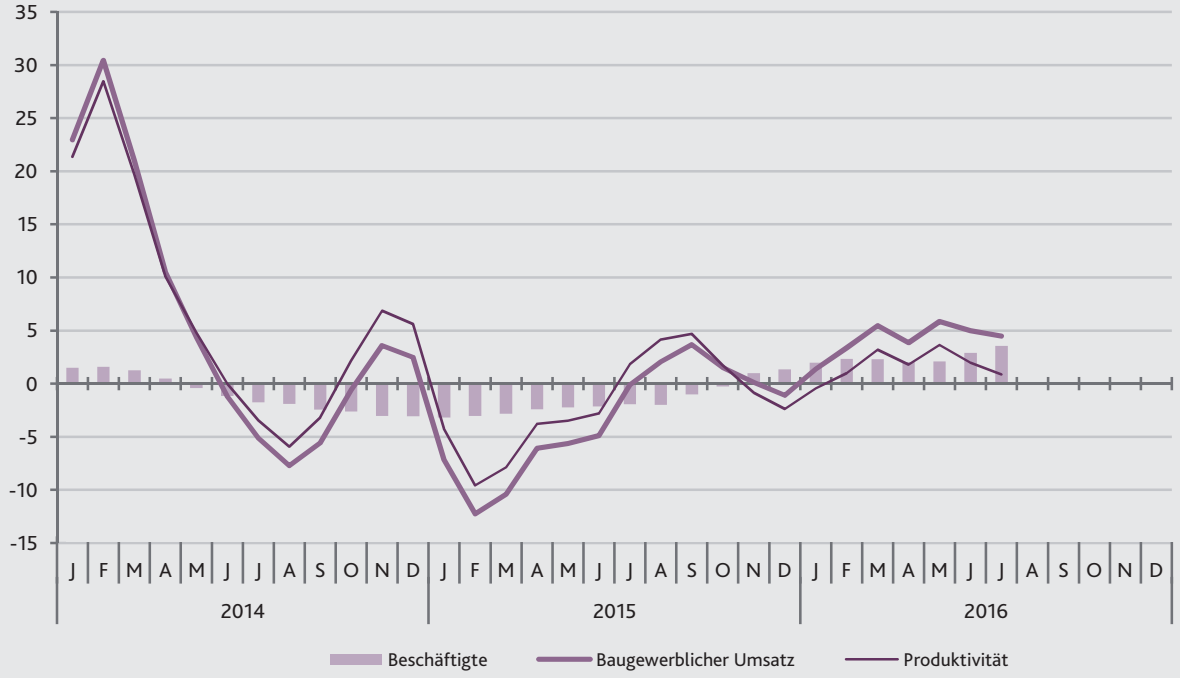
Baugewerblicher Umsatz (nominal)[1] im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



1 Messzahl: 2010=100

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

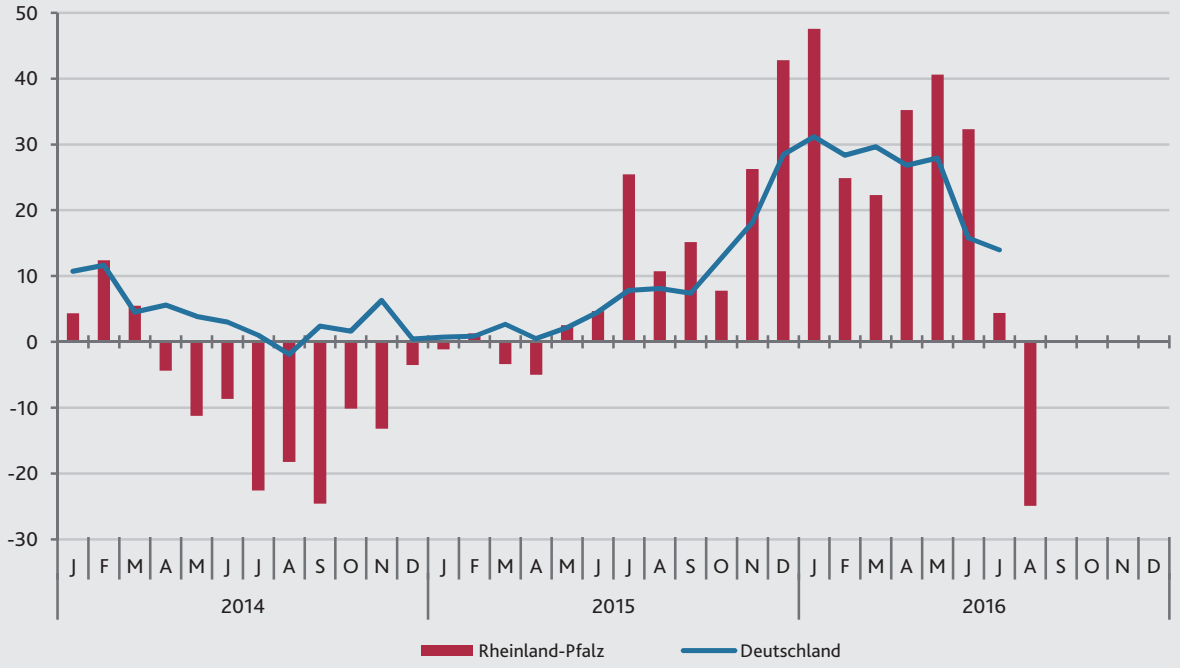
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität[1] im Bauhauptgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

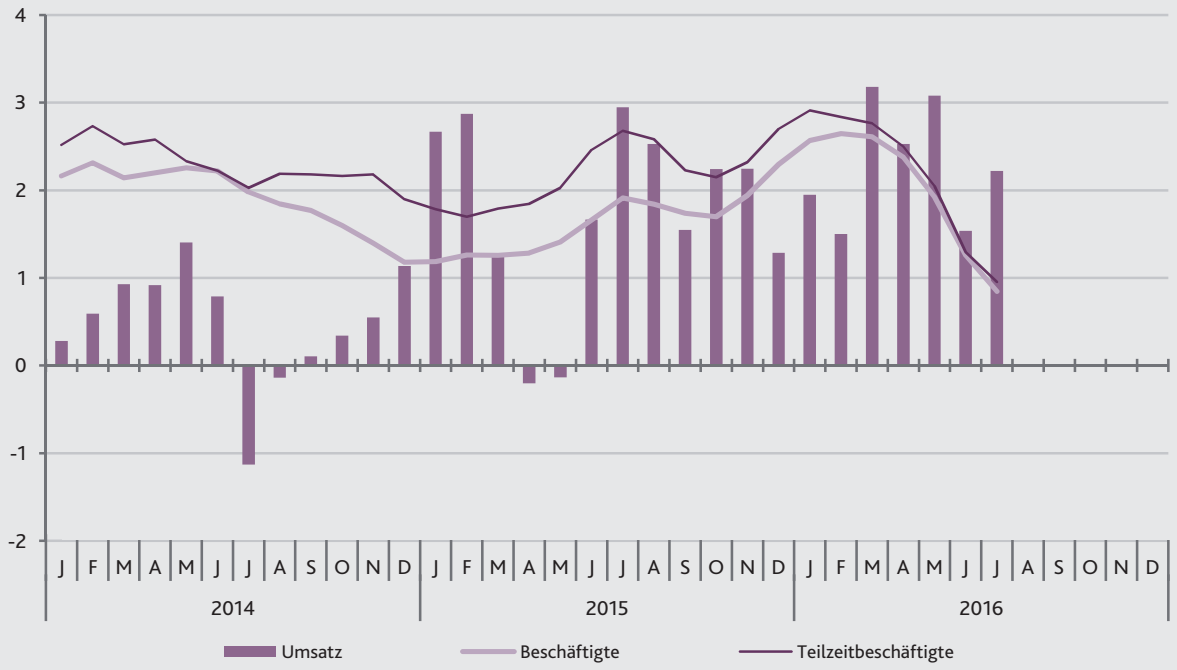
Baugenehmigungen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.
2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

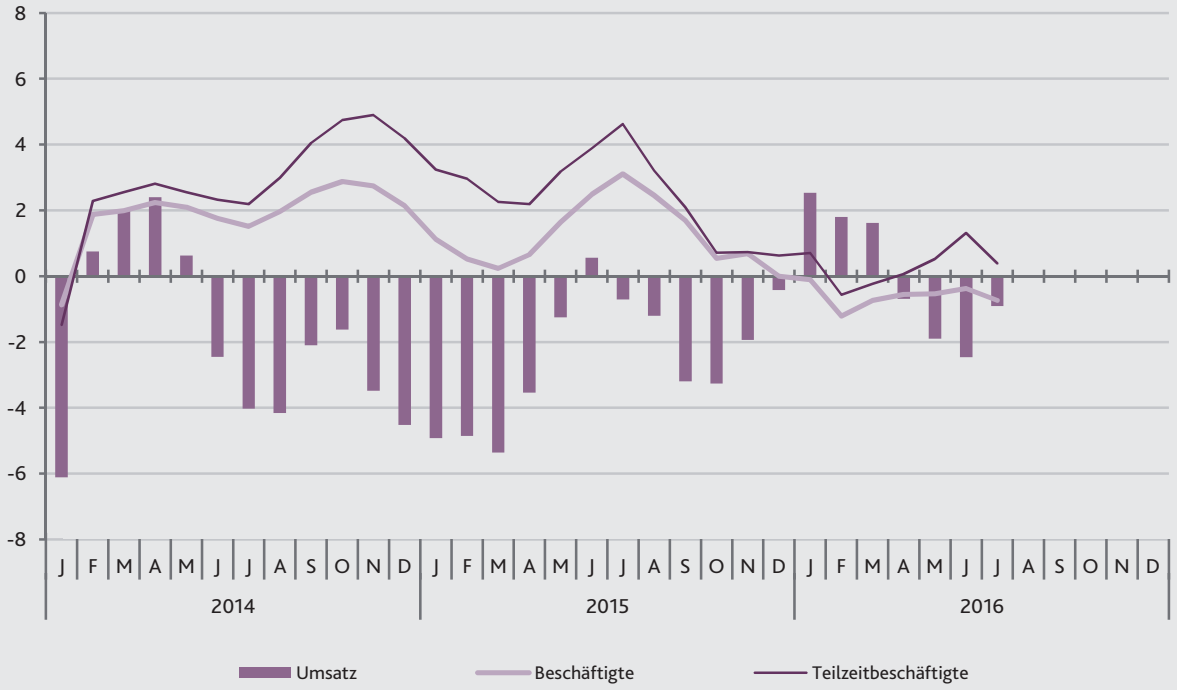
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1, 2] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. 2 2010=100. Vergleichbarkeit zu Vorjahren nicht möglich.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

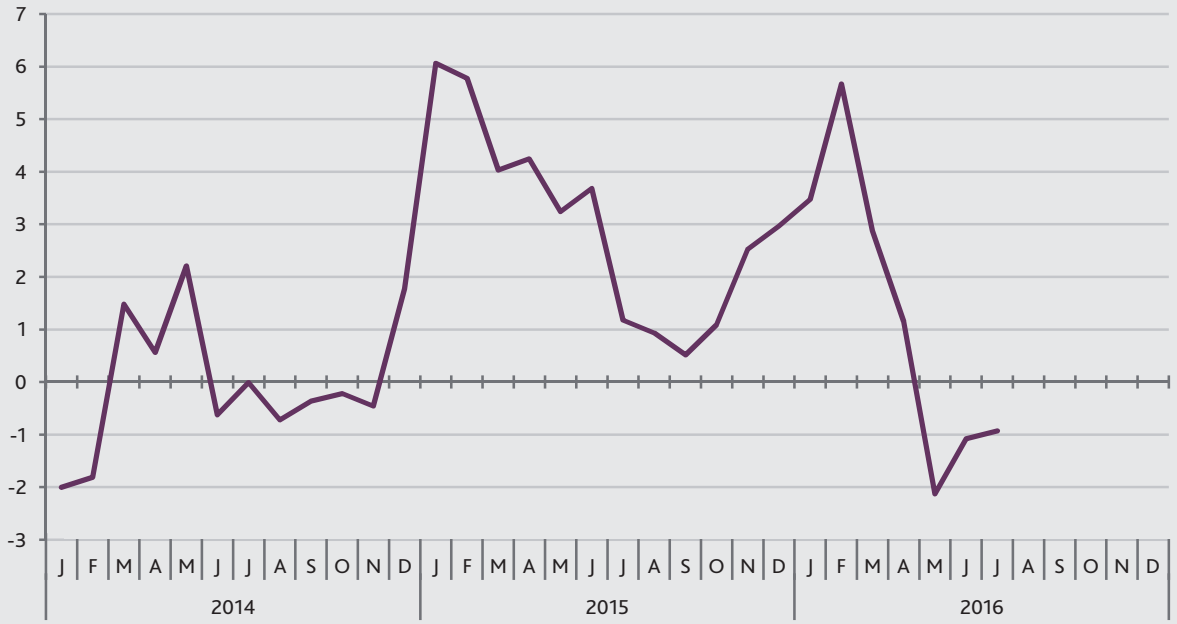


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[1] – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

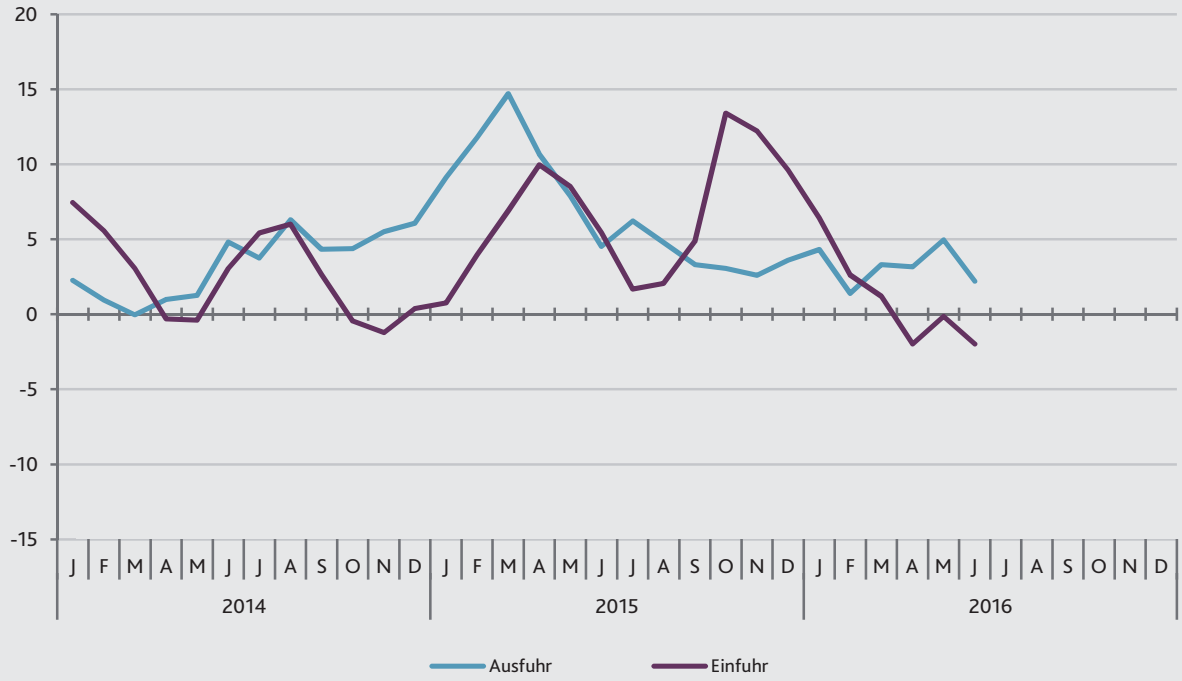


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel[1] in Rheinland-Pfalz

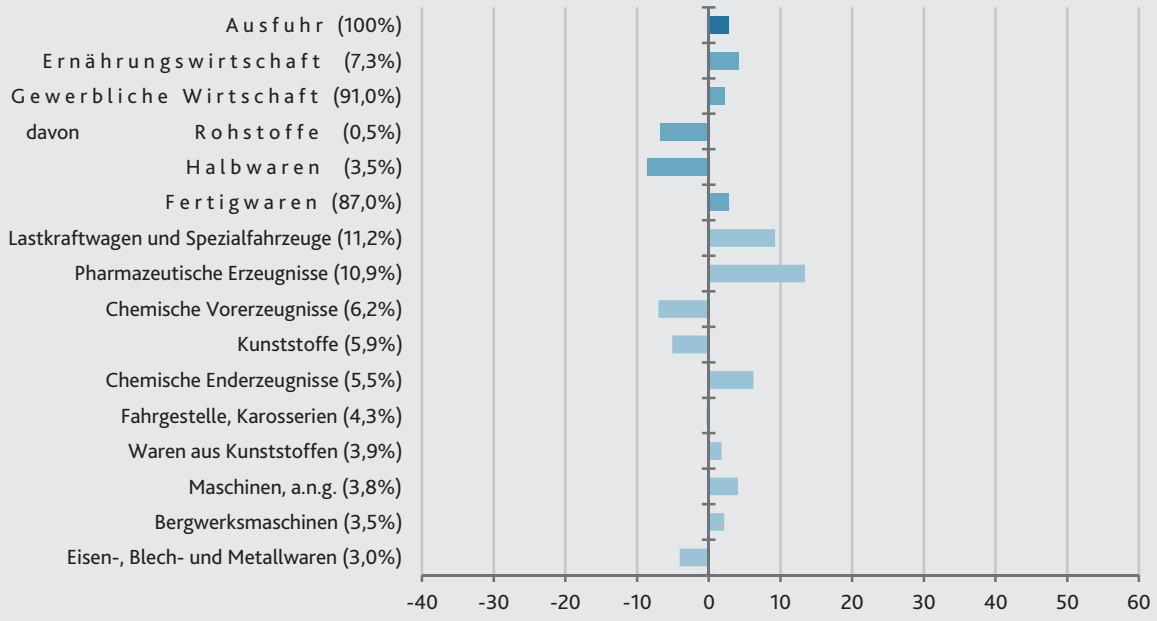
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte[2] - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.
2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

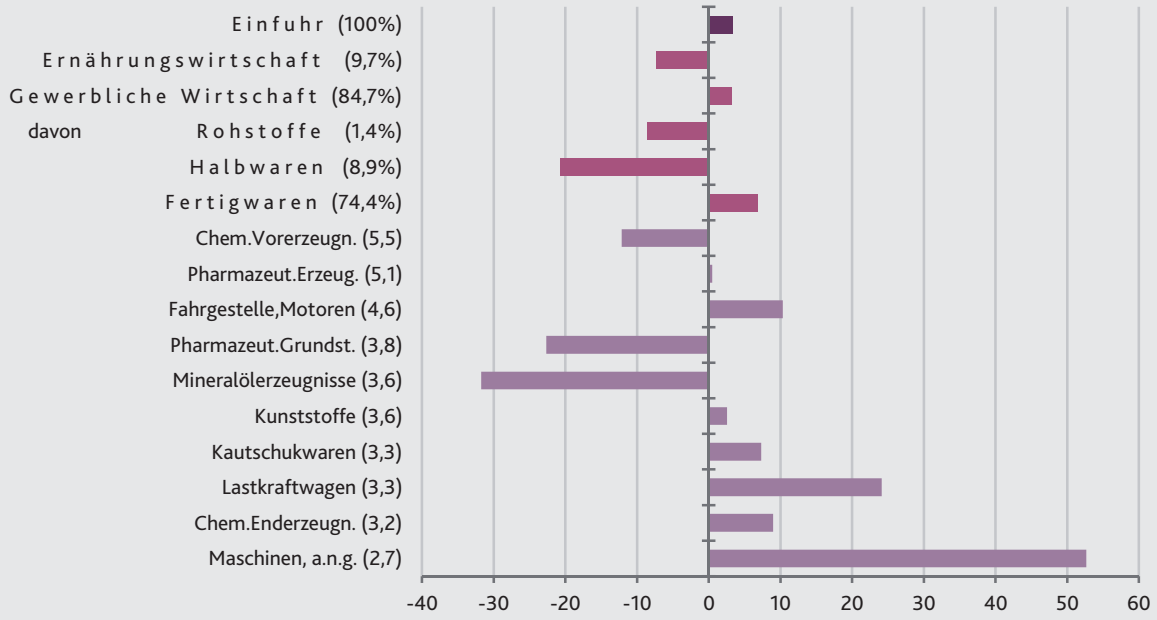
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz August 2015 - Juli 2016 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2015.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

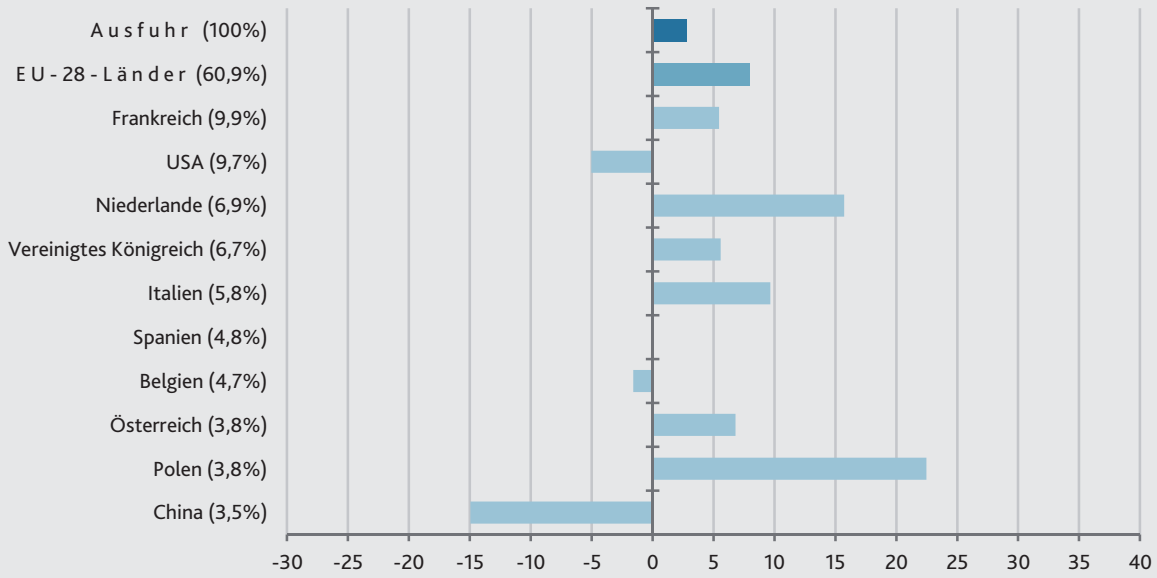
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz August 2015 - Juli 2016 nach Warengruppen[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2015.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

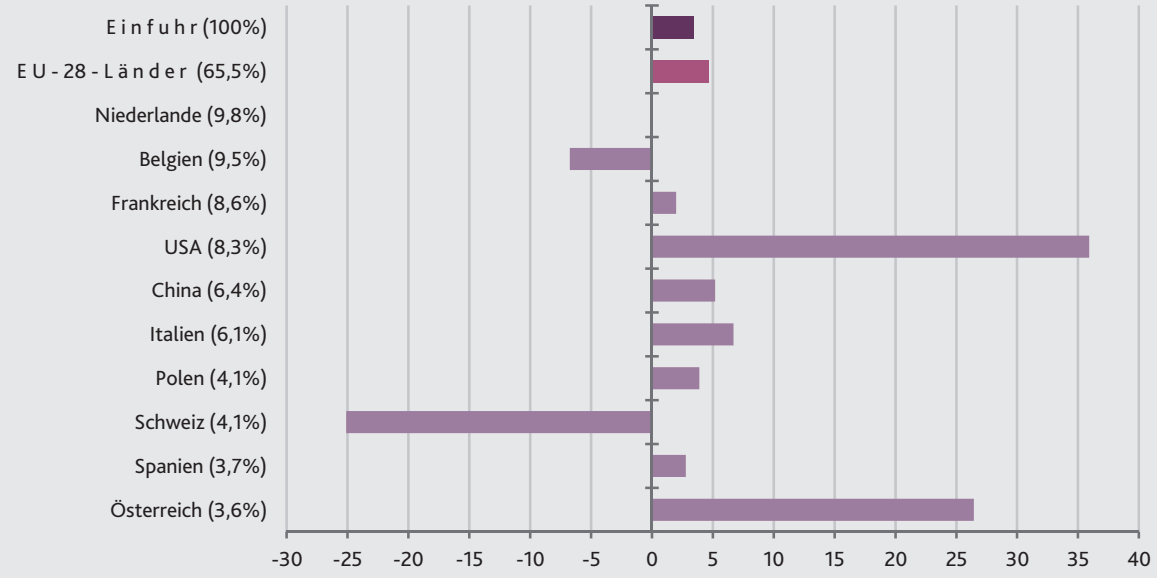
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz August 2015 - Juli 2016 nach Bestimmungsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2015.

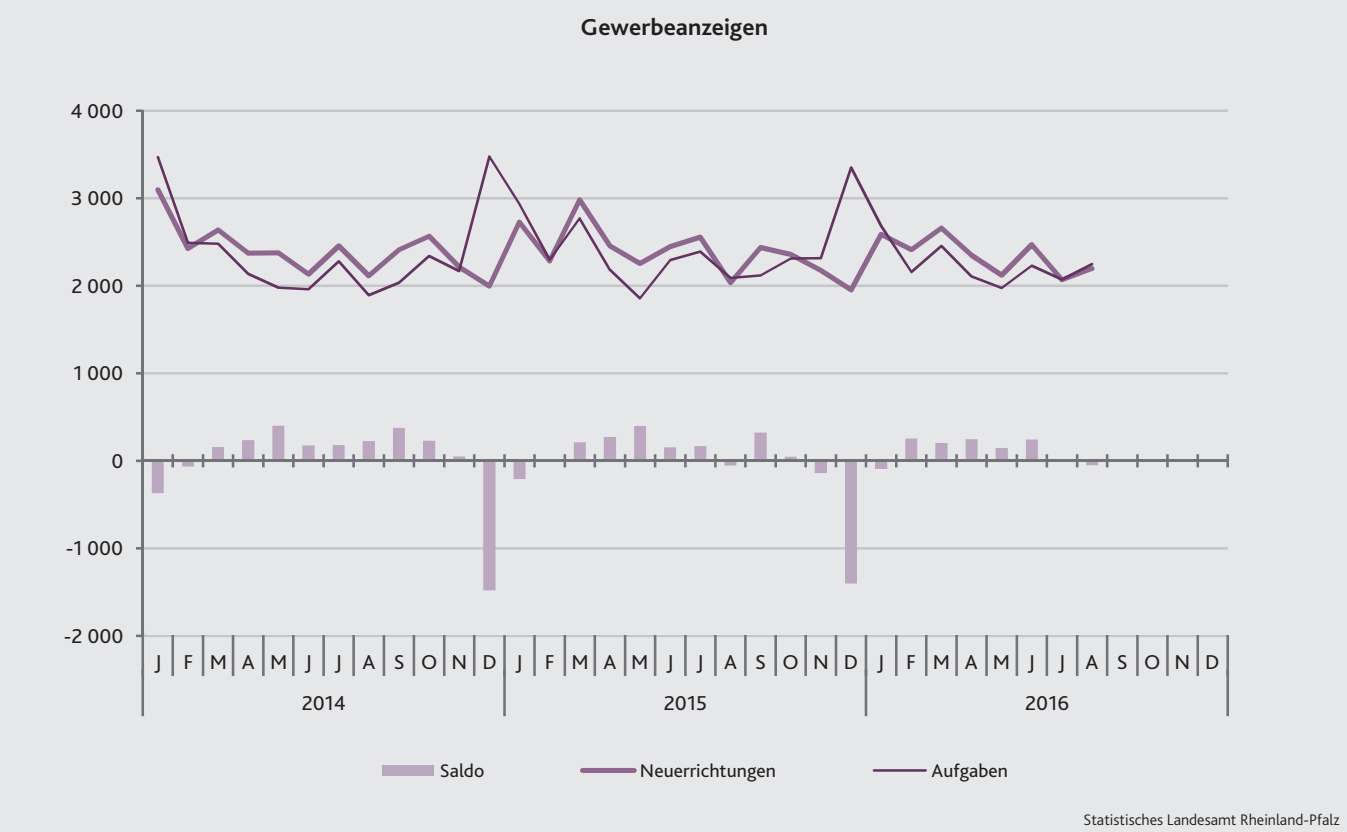
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

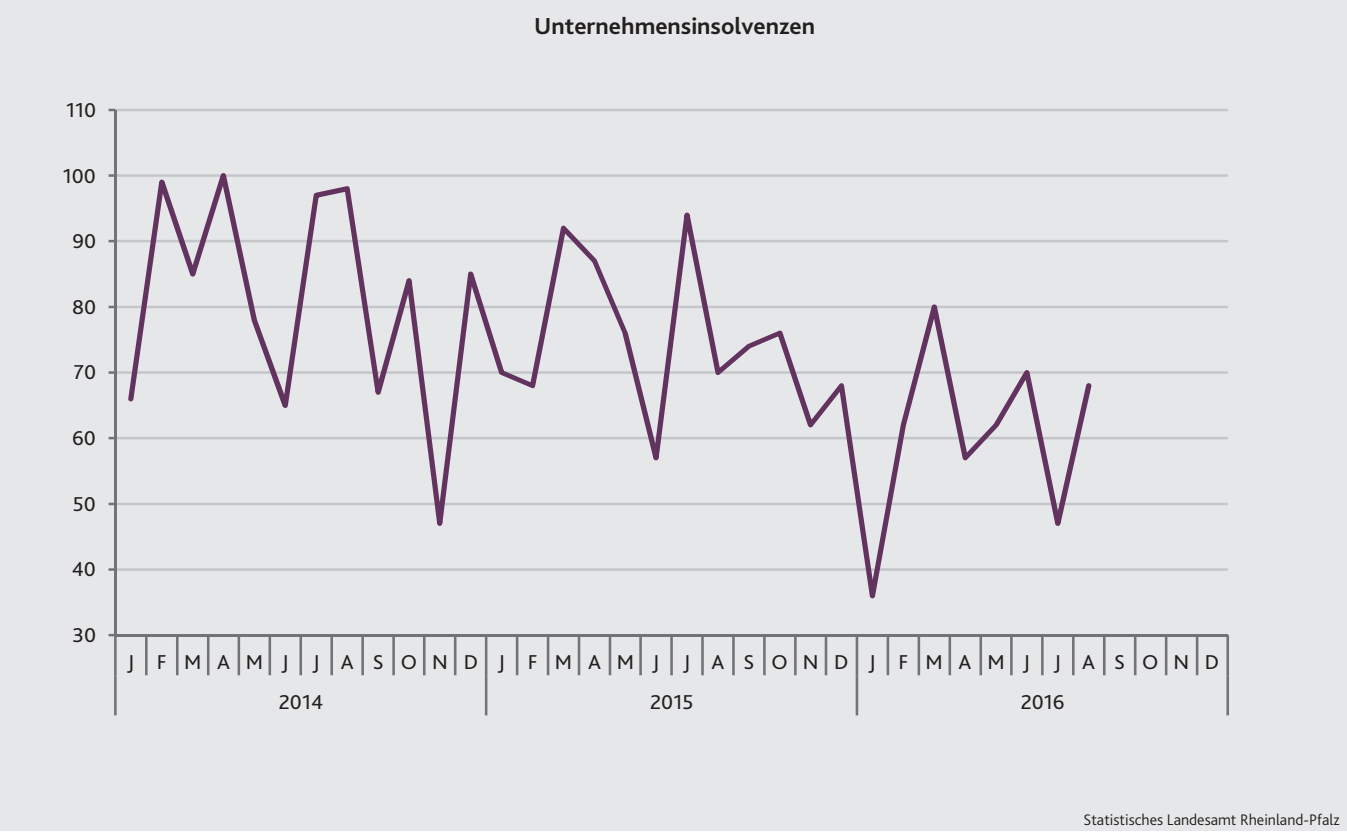
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz August 2015 - Juli 2016 nach Herkunftsländern[1]
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



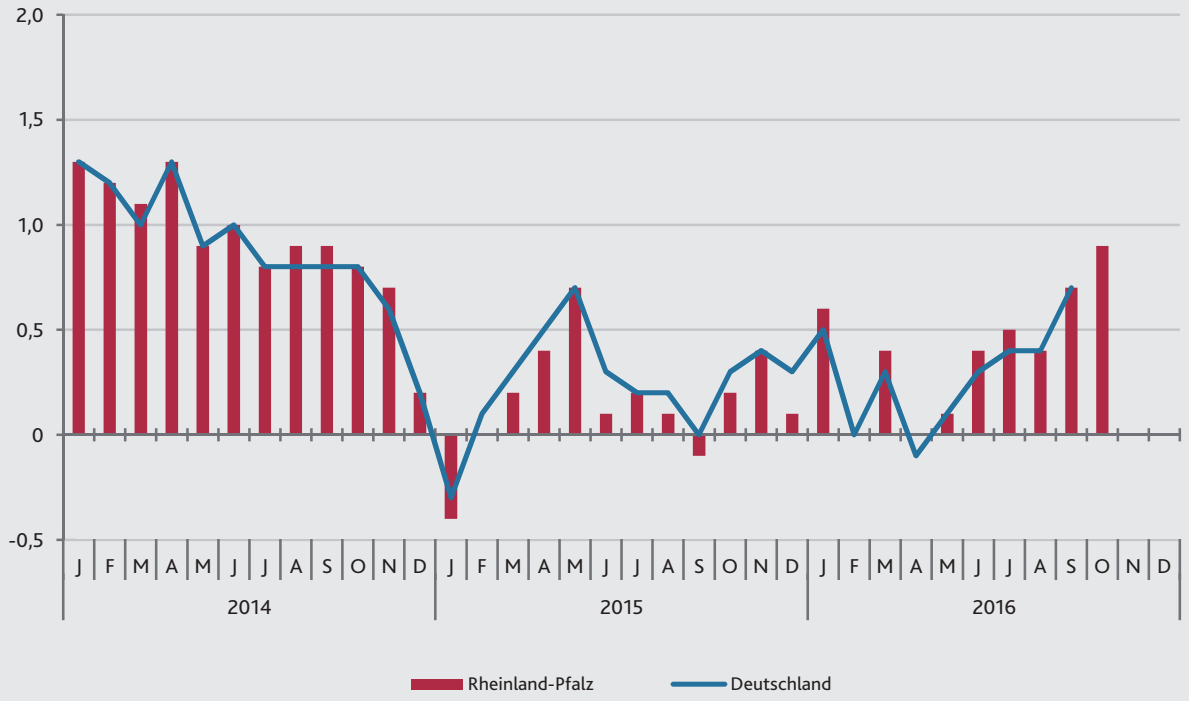
1 Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2015.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz


Gewerbeanzeigen
4 000
3 000
2 000
1 000
0
-1 000
-2 000
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2014
2015
2016
Saldo
Neuerrichtungen
Aufgaben
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

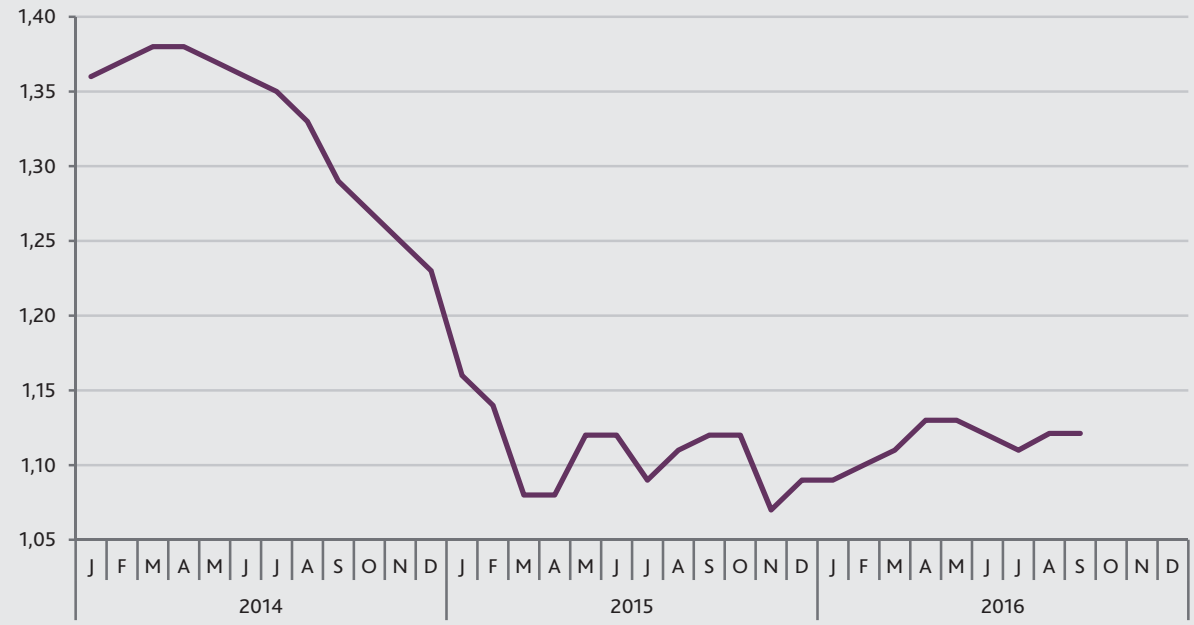

Unternehmensinsolvenzen
110
100
90
80
70
60
50
40
30
J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D J F M A M J J A S O N D
2014
2015
2016
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

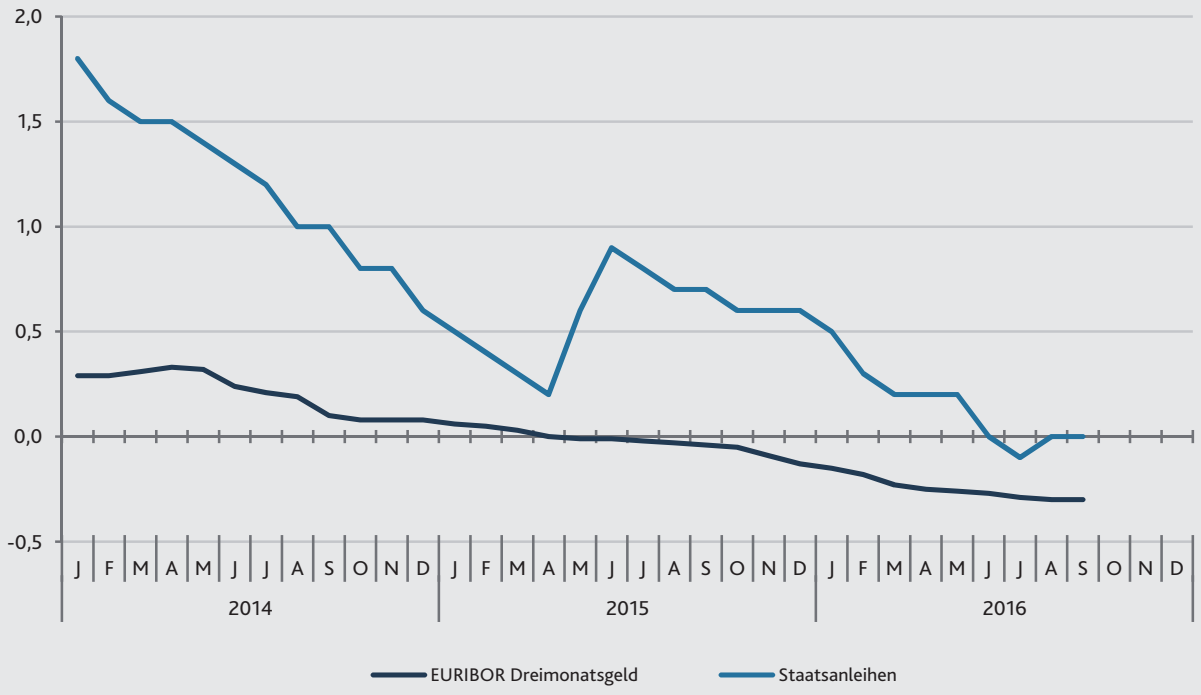
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

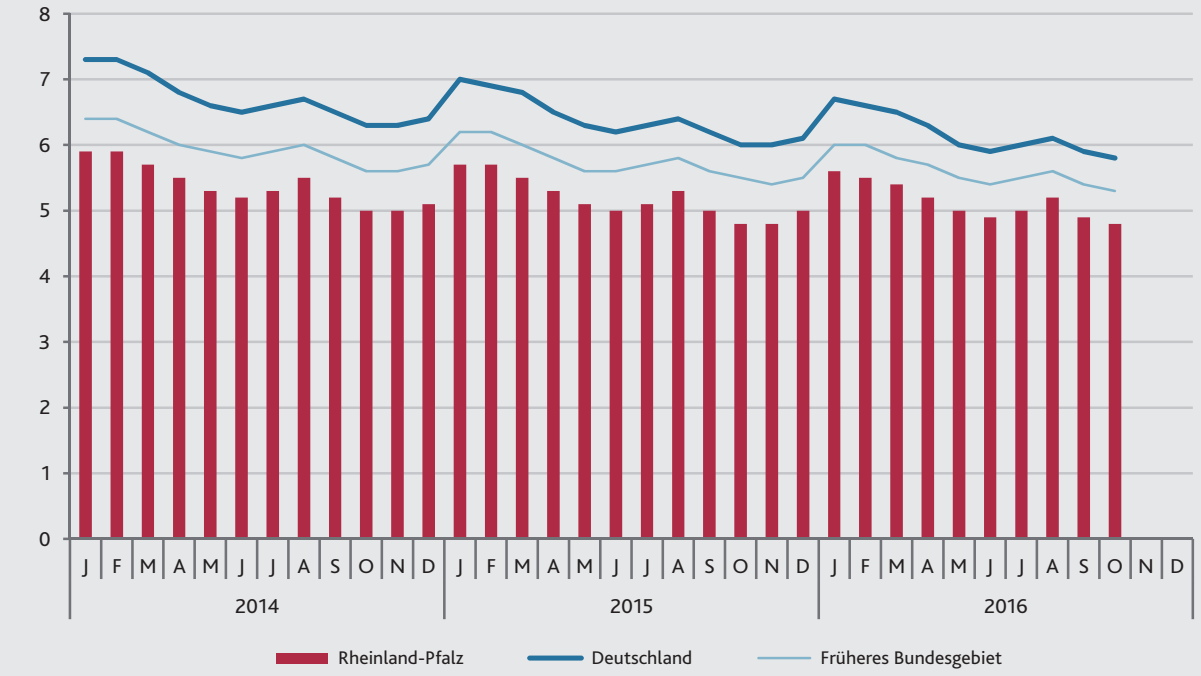
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

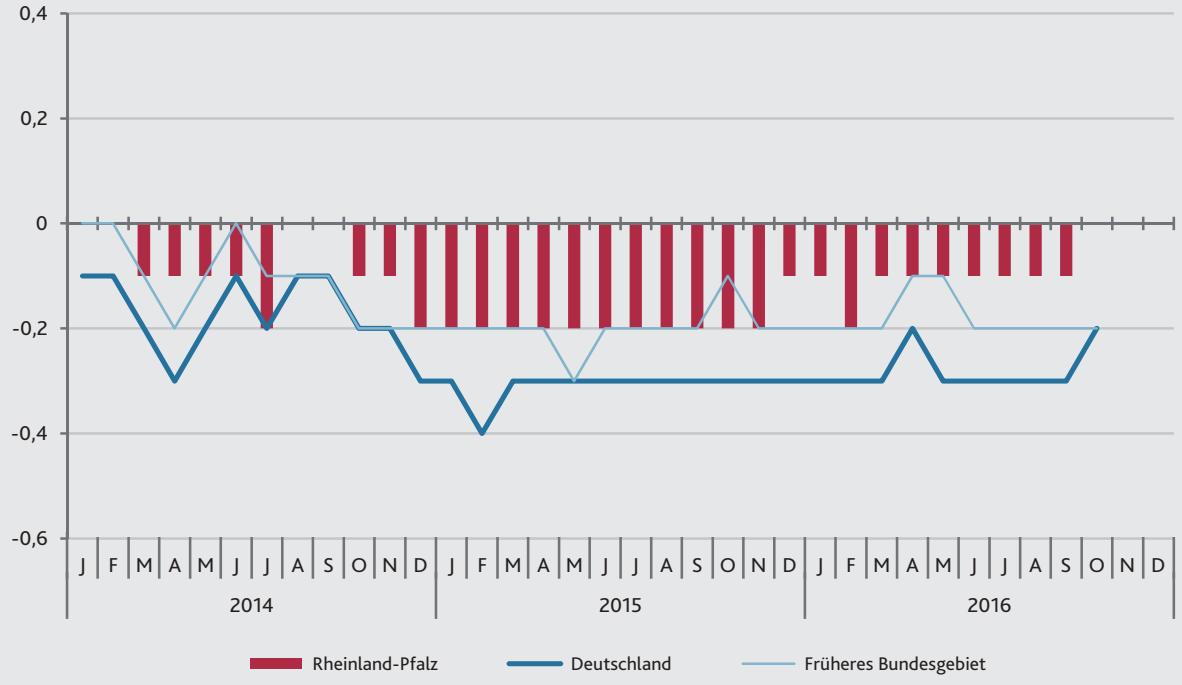
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

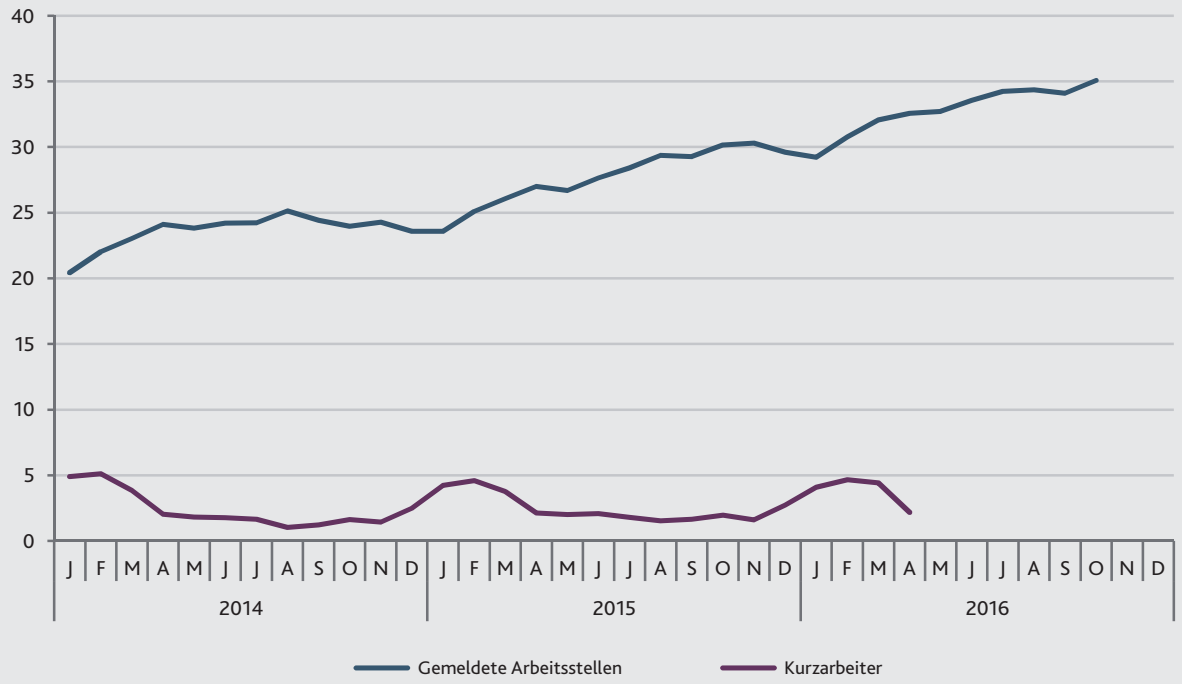
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

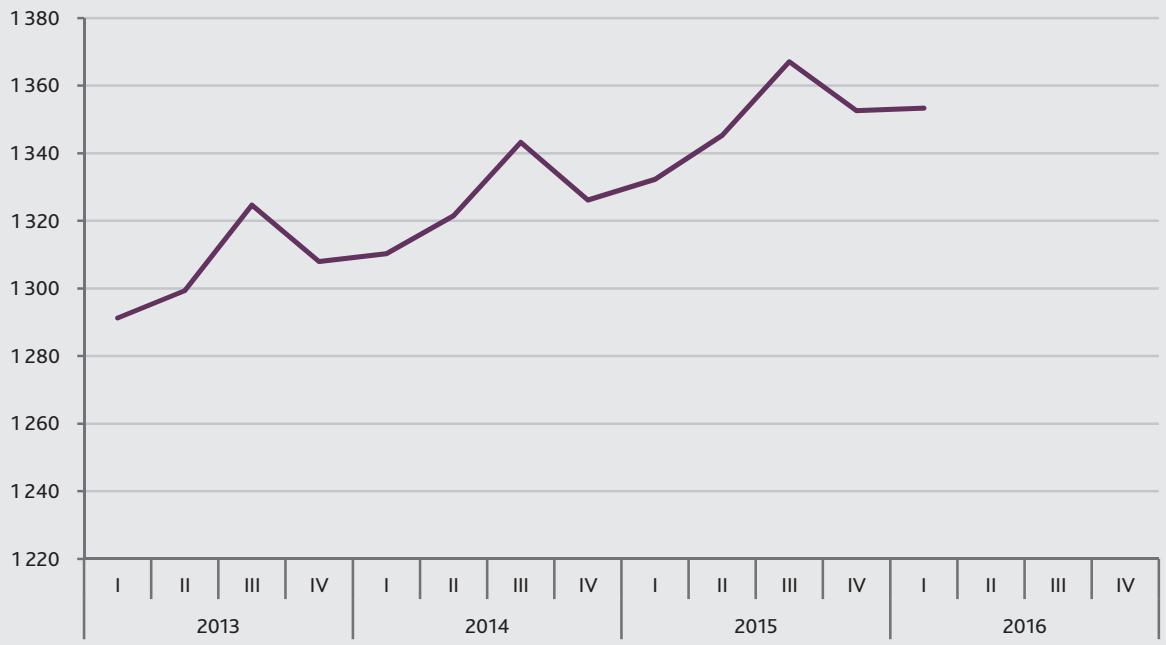
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

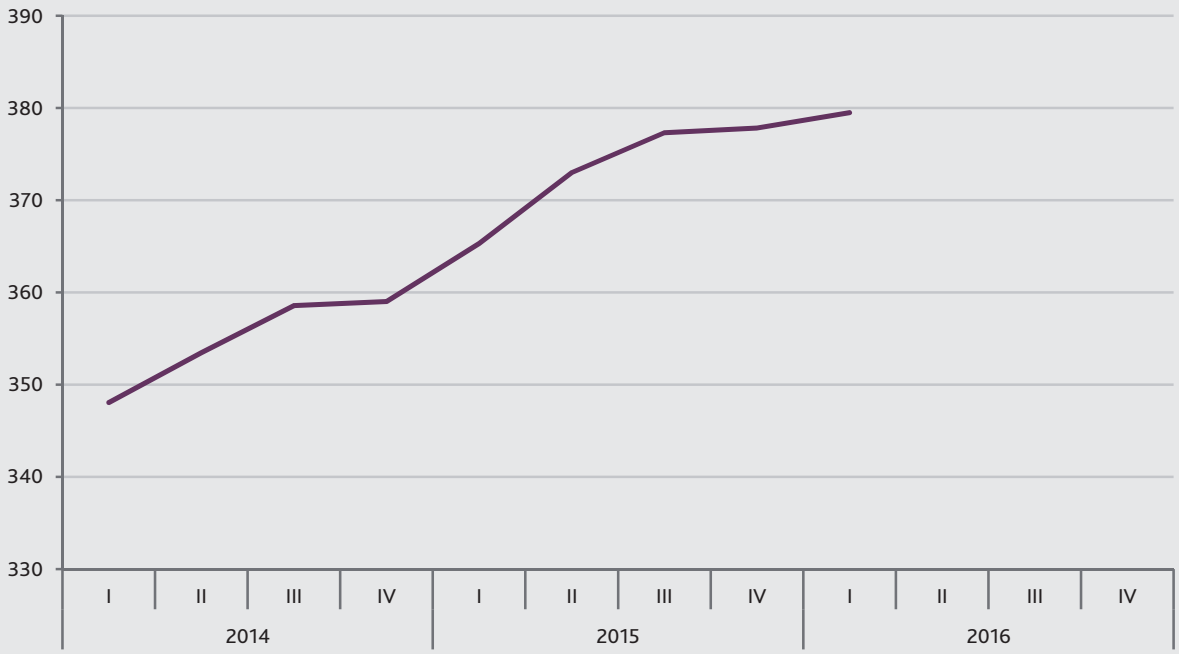
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

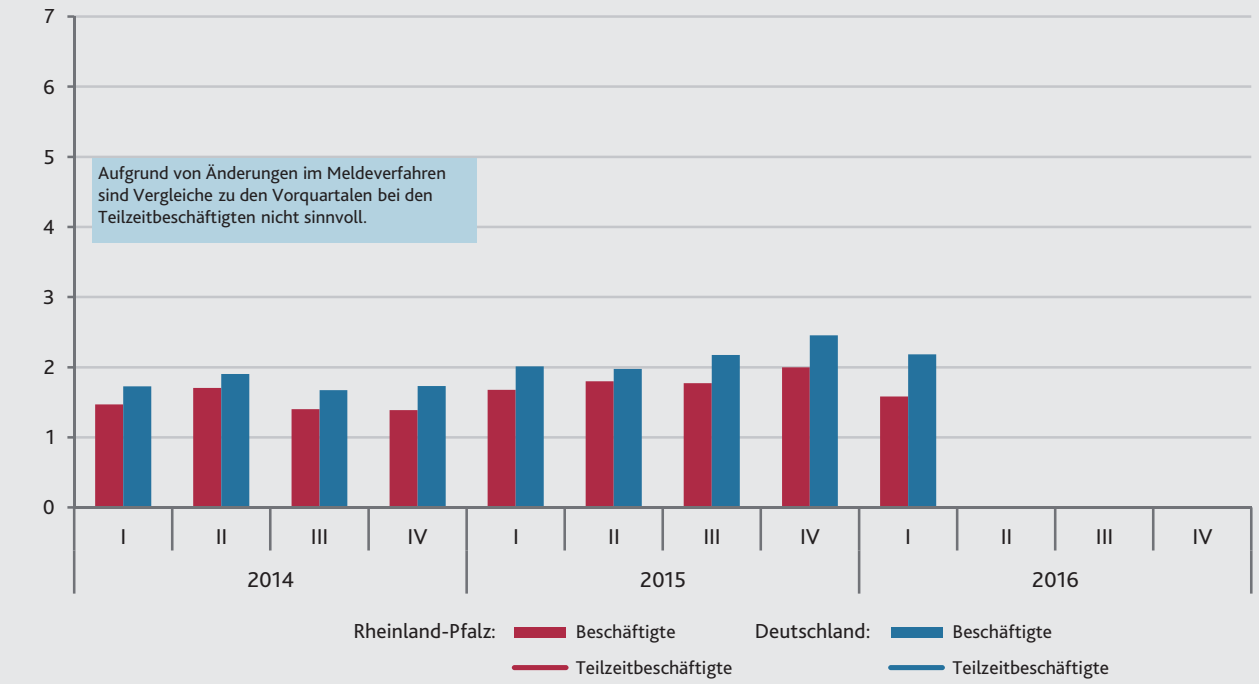
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

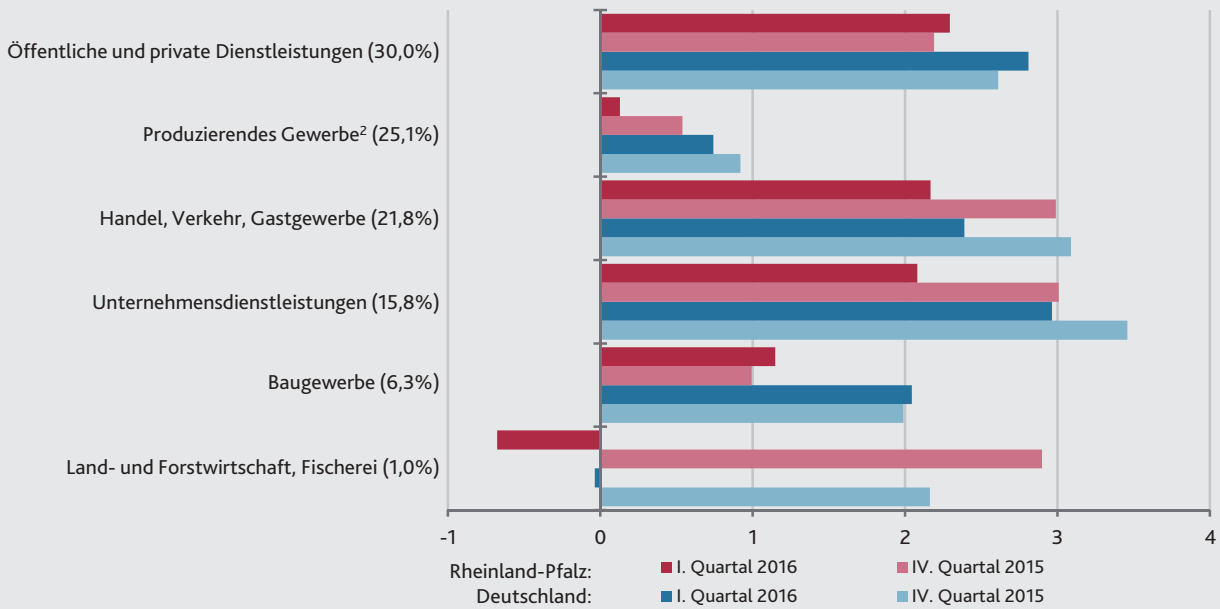
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

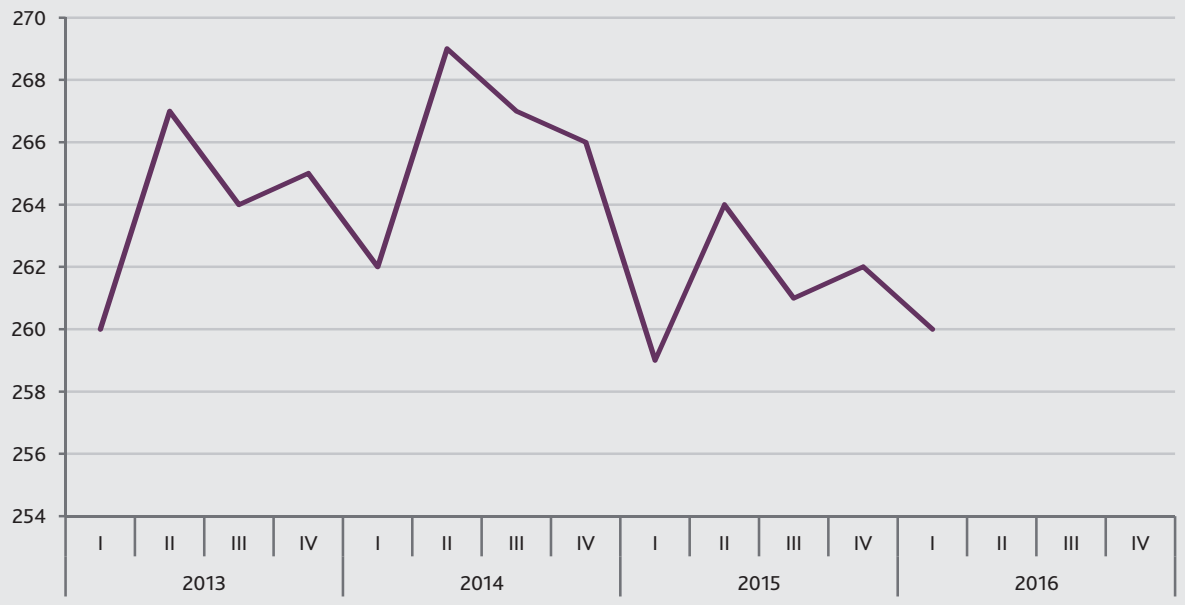
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2015. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

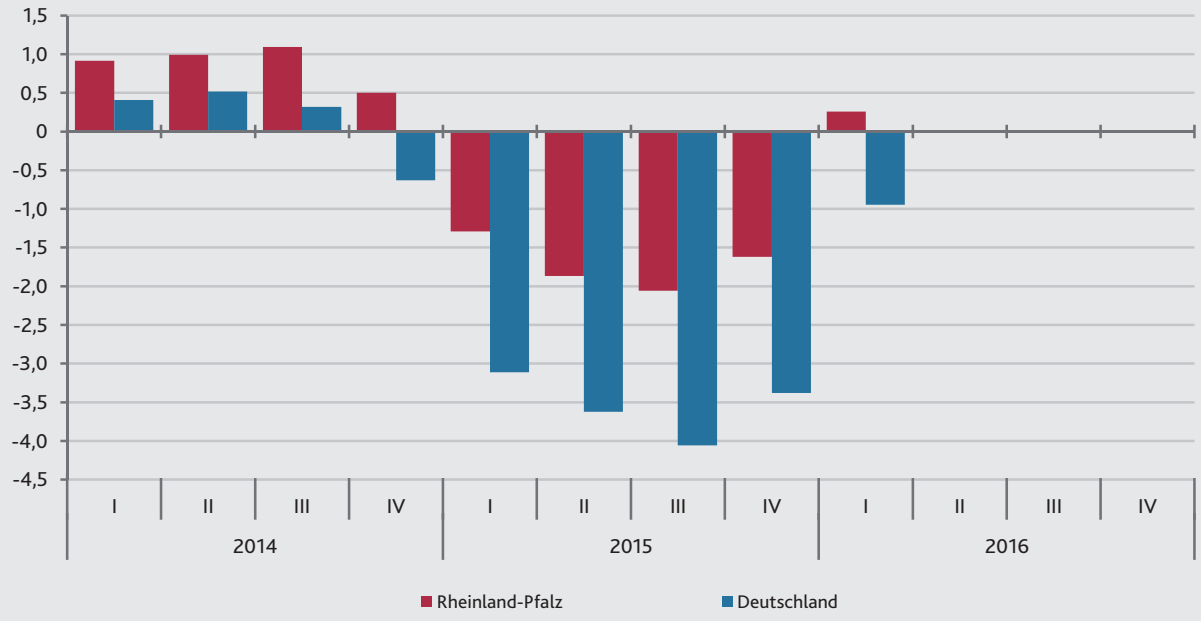
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte[1] am Arbeitsort
in 1 000



1 Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro (ab 2013 450 Euro) nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

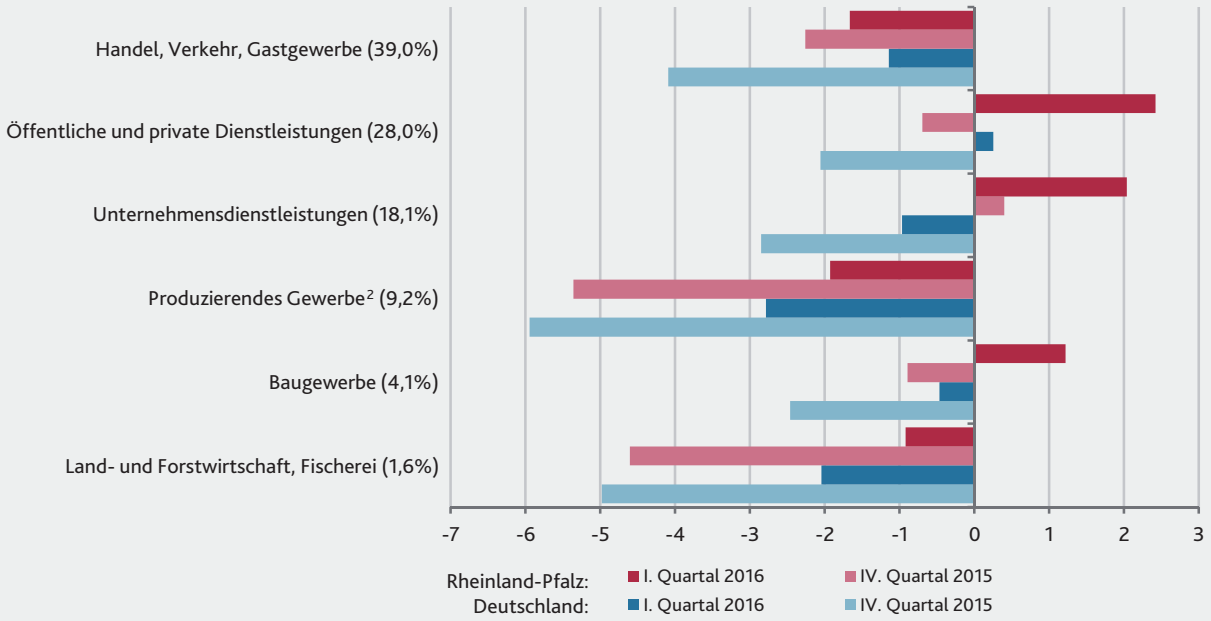
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen[1] in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2015. – 2 Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Ergebnisse der Revision 2014 der Beschäftigungsstatistik.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 31. Oktober 2016.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler/-innen, Studenten/-innen oder Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2010 (d h. 2010=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 450 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer/-innen, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgeber/-innen Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeförderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter/-innen

Kurzarbeiter/-innen sind Arbeitnehmer/-innen, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2010 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum Produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das Produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer/-innen zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten

mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 450 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger/-innen durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerin bzw. des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das Verarbeitende Gewerbe ist Teil des Produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 012 [1,2]	4 053 [1,2]	4 017	4 018	4 021	...	...	...	...
darunter Ausländer[3]	1 000	331 [1,2]	383 [1,2]	343	345	348	...	...	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]										
* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 636	1 695	1 291	2 543	2 211	...	...	...	...
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	2 786	2 912	2 762	2 543	3 086	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,4	8,7	8,4	7,5	9,3	...	...	...	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	3 693	3 898	3 971	3 264	3 664	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	11,6	12,0	9,6	11,1	...	...	...	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	8	10	12	8	7	...	...	...	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,0	3,5	4,3	3,1	2,3	...	...	...	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 907	- 986	-1 209	- 721	- 578	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,7	- 2,9	- 3,7	- 2,1	- 1,7	...	...	...	...
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 303	14 039	12 000	9 230	12 473	...	...	...	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 428	8 106	6 112	5 313	7 269	...	...	...	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 026	9 695	9 003	7 346	8 708	...	...	...	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 141	3 637	3 031	2 988	3 428	...	...	...	...
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	2 277	4 344	2 997	1 884	3 765	...	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	14 152	15 659	13 871	11 902	14 485	...	...	...	...

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]	Einheit	2012	2013	2014			2015			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 285	1 299	1 321	1 343	1 326	1 332	1 345	1 367	1 353
* Frauen	1 000	589	599	611	622	619	622	626	636	634

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2012	2013	2014			2015			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	90	96	106	110	104	110	117	122	117
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	...	341	353	359	359	365	373	377	378
* darunter Frauen	1 000	...	286	295	299	300	304	309	312	313
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	12	13	13	14	10	12	13	14	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	418	418	422	427	420	420	422	429	423
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	274	278	285	291	287	289	294	299	296
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	199	204	206	210	207	209	213	216	213
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	382	387	396	402	402	402	403	409	411

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2014	2015			2016			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Arbeitslose	Anzahl	115 741	112 882	114 510	109 037	105 525	110 152	112 935	107 614	105 522
* Frauen	Anzahl	53 744	52 144	54 528	51 413	49 701	50 350	52 469	49 365	48 133
Männer	Anzahl	61 998	60 737	59 982	57 624	55 824	59 802	60 466	58 248	57 389
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	44 689	41 783	42 821	39 065	37 423	41 384	43 496	39 692	38 391
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	71 053	71 098	71 689	69 972	68 102	68 768	69 439	67 922	67 131
* Arbeitslosenquote[8]	%	5,4	5,2	5,3	5,0	4,8	5,0	5,2	4,9	4,8
* Frauen	%	5,3	5,1	5,3	5,0	4,9	4,9	5,1	4,8	4,7
* Männer	%	5,4	5,3	5,2	5,0	4,8	5,2	5,2	5,0	5,0
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,9	4,6	5,6	4,7	4,0	5,3	5,8	5,0	4,6
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,1	3,2	4,3	3,5	2,8	3,9	4,6	4,0	3,4
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,6	5,3	5,1	5,0	5,0	4,9	4,9	4,8	4,7
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,2	5,8	5,6	5,5	5,5	5,4	5,4	5,3	5,2
* Ausländer/-innen	%	12,1	12,4	12,3	11,9	11,6	12,7	13,2	13,1	13,4
Deutsche	%	4,8	4,6	4,6	4,4	4,3	4,3	4,4	4,1	4,0
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 407	2 505	1 526	1 660	1 956	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[9]	Anzahl	23 602	27 760	29 353	29 258	30 164	34 245	34 362	34 092	35 068

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[10]	Einheit	2014	2015			2016			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	228 053	231 358	232 343	231 856	231 000	234 725	234 493	234 267	...
* darunter Frauen	Anzahl	116 813	117 667	118 240	118 122	117 751	117 619	117 316	117 163	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	155 157	157 260	158 533	158 126	156 880	159 637	159 415	159 415	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	59 027	60 383	60 341	60 356	60 318	61 042	61 102	61 033	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	56 583	58 286	58 321	58 342	58 296	58 994	59 025	58 956	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 10 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	519	547	614	665	626	630	636	629	565
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	473	493	545	600	563	557	556	554	509
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	4	1	2	6	1	5	7	4
Unternehmen	Anzahl	74	64	65	83	87	134	94	124	77
private Haushalte	Anzahl	442	479	548	580	533	495	536	498	484
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	934	1 025	1 162	1 081	1 307	1 486	1 254	1 282	1 170
* Umbauter Raum	1 000 m^3	594	652	751	732	769	860	790	796	730
* Wohnfläche	1 000 m^2	112	121	140	135	140	161	148	149	135
Wohnräume	Anzahl	4 424	4 881	5 584	5 571	5 603	6 098	6 032	5 837	5 225
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	172	195	220	219	231	271	240	247	228
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	123	125	120	158	148	112	171	162	148
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	11	10	7	12	10	8	12	16	9
Unternehmen	Anzahl	86	94	101	114	110	50	96	93	92
private Haushalte	Anzahl	26	21	12	32	28	49	58	53	47
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	15	10	18	6	11	5	25	12	85
* Umbauter Raum	1 000 m^3	797	941	861	1 072	1 058	411	1 433	667	693
* Nutzfläche	1 000 m^2	105	111	105	108	111	77	167	106	113
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	90	81	83	77	86	82	178	88	81
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 128	1 221	1 325	1 321	1 527	1 628	1 481	1 407	1 466
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 321	5 674	6 465	6 664	6 525	6 702	7 122	6 529	6 243

Landwirtschaft

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 228	11 523	11 278	10 860	10 576	11 294	10 883	10 252	11 047
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 944	1 983	1 769	1 584	1 729	1 761	1 755	1 492	1 610
darunter										
* Kälber	t	7	7	5	3	4	4	5	4	4
* Jungrinder	t	7	10	9	3	7	5	4	2	3
* Schweine	t	9 234	9 491	9 472	9 235	8 807	9 482	9 088	8 721	9 402
* Eiererzeugung[2]	1 000	15 097	15 747	15 648	14 635	13 560	16 103	16 309	17 691	17 297

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	982	1 009	1 003	1 003	1 006	1 006	1 003	1 000	1 002
* Beschäftigte[4]	Anzahl	251 312	255 724	252 730	253 249	255 095	252 175	252 711	252 648	253 965
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 012	32 274	32 756	33 919	29 567	30 561	33 936	31 340	31 463
* Entgelte	Mill. EUR	1 029	1 065	1 084	1 002	975	1 256	1 113	987	992
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 107	7 221	7 740	7 654	6 611	7 175	7 900	7 107	6 823
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mill. EUR	4 006	3 900	4 128	4 093	3 567	3 759	4 004	3 740	3 664
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 846	2 028	2 197	2 142	1 789	2 076	2 468	2 068	1 864
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	83	87	81	78	79	97	109	92	99
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 172	1 206	1 335	1 342	1 177	1 244	1 320	1 206	1 195
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 386	2 269	2 409	2 348	2 032	2 141	2 202	2 109	2 015
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	931	1 037	1 074	1 079	904	1 048	1 245	1 053	920
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 918	4 047	4 374	4 296	3 643	4 032	4 395	3 874	3 672
Exportquote[6]	%	55,1	56,0	56,5	56,1	55,1	56,2	55,6	54,5	53,8
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	101,6	107,8	110,8	108,1	91,0	107,8	113,4	101,5	99,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	98,2	96,9	101,2	100,1	83,3	98,9	102,9	95,0	91,1
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	111,9	119,6	124,0	118,5	98,7	113,2	124,0	111,8	103,0

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	58,6	56,2	63,4	44,1	50,0	49,2	74,5	62,0	75,5
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	85,3	126,4	116,2	119,3	107,2	142,1	133,5	101,5	133,9
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	98,2	96,1	101,7	100,6	81,5	98,4	100,8	95,9	90,7
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	114,0	121,6	133,6	115,9	94,9	115,8	128,1	109,1	94,2
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	174	180	180	179	179	180	179	180	178
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	9 764	9 509	9 478	9 385	9 477	9 353	9 312	9 308	9 409
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 190	1 166	1 186	1 234	1 026	1 065	1 225	1 111	1 101
* Entgelte[3]	Mill. EUR	42	42	41	42	39	38	42	39	44
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	321	271	205	257	159	303	227	274	310
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	307	257	192	244	147	291	216	261	296
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	18 875	18 579	18 506	18 411	18 631	18 853	19 002	19 152	19 376
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 969	1 906	2 109	2 237	1 897	1 926	2 286	2 102	2 118
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	319	310	335	343	289	323	359	347	313
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	642	649	724	721	689	631	743	634	637
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 008	974	1 049	1 173	918	973	1 184	1 121	1 167
darunter Straßenbau	1 000 h	544	500	584	632	485	530	645	608	665
* Entgelte	Mill. EUR	58	59	62	61	59	61	64	62	64

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe[1]

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	254	247	254	273	271	238	279	274	281
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	40	39	41	40	43	42	47	45	43
* gewerblicher Bau[2]	Mill. EUR	87	88	88	94	92	84	98	92	93
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	127	119	125	139	136	112	134	137	145
darunter Straßenbau	Mill. EUR	66	60	65	72	68	58	70	74	73

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]

	Einheit	2014	2015	2014	2015				2016	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Betriebe[4]	Anzahl	412	425	411	423	426	425	424	423	423
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4]	Anzahl	15 644	16 006	15 748	15 908	15 920	16 182	16 013	15 902	15 920
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 937	5 020	4 979	4 887	4 905	5 136	5 152	4 854	5 036
* Entgelte	Mill. EUR	120	126	128	118	125	126	134	120	127
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	425	440	548	351	425	431	553	357	428

Handel[5]

Großhandel[p, 6]

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Beschäftigte	2010=100	106,6	108,7	108,8	108,7	109,6	108,6	109,1	109,1	109,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	118,4	122,2	123,6	123,7	123,5	120,6	121,0	121,2	120,8
* Umsatz nominal[7]	2010=100	93,2	93,8	98,4	102,2	88,8	88,6	93,4	86,8	89,3
* Umsatz real[7]	2010=100	87,0	87,9	91,6	94,9	82,7	82,3	86,6	80,3	83,1

Einzelhandel[p, 8]

* Beschäftigte	2010=100	104,7	106,4	106,4	106,4	107,0	107,6	107,8	107,0	107,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	105,7	108,0	108,4	109,0	108,2	109,4	109,9	109,6	109,2
* Umsatz nominal[7]	2010=100	102,3	104,3	104,3	108,7	99,4	106,5	107,1	107,7	105,1
* Umsatz real[7]	2010=100	97,3	99,1	98,6	103,6	94,8	100,3	101,4	102,2	100,0

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Beschäftigte	2010=100	104,3	105,5	104,5	104,4	106,3	107,3	107,0	106,8	108,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	118,2	121,1	121,5	122,0	121,8	125,2	126,2	126,3	124,7
* Umsatz nominal[3]	2010=100	98,1	106,0	110,0	111,2	92,4	109,1	121,1	107,6	104,0
* Umsatz real[3]	2010=100	95,4	102,3	106,2	107,3	89,2	104,5	115,7	102,6	99,4

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2010=100	102,0	103,3	108,2	108,3	108,8	105,3	107,0	108,5	107,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,7	106,3	113,5	111,8	111,9	109,7	113,4	115,0	110,1
* Umsatz nominal[3]	2010=100	80,7	80,9	90,5	96,0	93,9	92,5	89,2	96,3	98,5
* Umsatz real[3]	2010=100	74,5	73,0	81,5	86,9	85,0	81,8	78,8	85,2	87,1

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	684	708	901	959	979	945	839	985	1 008
* darunter von Auslandsgästen	1 000	154	157	207	291	272	194	186	287	282
* Gästeübernachtungen	1 000	1 762	1 813	2 214	2 584	2 764	2 389	2 010	2 584	2 854
* darunter von Auslandsgästen	1 000	439	447	554	931	913	533	495	875	989

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 770	1 772	1 770	1 964	2 087	1 716	1 926	2 022	2 009
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 232	1 135	1 274	1 473	1 542	1 227	1 404	1 413	1 508
* Getötete Personen	Anzahl	15	16	17	27	16	9	14	9	16
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	8	8	16	8	4	6	4	4
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	4	5	6	6	2	2	4	10
Radfahrer	Anzahl	4	3	2	2	1	1	3	-	1
Fußgänger	Anzahl	2	1	-	2	-	1	3	-	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 593	1 460	1 627	1 837	1 983	1 591	1 826	1 841	1 920

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwer- wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
schwer verletzte Personen	Anzahl	305	274	339	350	410	289	354	310	403
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	134	126	131	122	174	123	132	119	142
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	77	70	118	120	122	85	121	92	139
Radfahrer	Anzahl	48	41	54	72	80	38	65	68	80
Fußgänger	Anzahl	29	25	26	21	18	32	20	20	32

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 953	12 896	15 555	14 258	12 373	13 577	16 360	12 703	12 298
darunter										
Krafträder	Anzahl	613	680	988	990	743	1 015	986	765	791
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	10 050	10 853	12 970	11 843	10 574	11 187	13 525	10 489	9 923
* Lastkraftwagen	Anzahl	878	924	1 048	944	724	941	1 300	993	1 161
Zugmaschinen	Anzahl	328	345	400	401	253	349	415	351	322

Personenbeförderung

	Einheit	2014	2015	2014	2015				2016	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	54 611	53 397	55 977	56 253	56 127	45 499	55 378	61 451	61 803
Personenkilometer[3]	Mill.	510	494	523	512	528	427	509	630	649

Binnenschifffahrt

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Güterempfang	1 000 t	1 065	1 007	1 008	1 051	1 072	1 200	1 101	1 073	1 139
* Güterversand	1 000 t	813	777	742	825	944	842	841	902	904

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 010	4 280	4 163	4 529	4 397	4 657	4 402	4 690	4 283
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	291	311	341	330	339	346	324	328	320
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 677	3 902	3 749	4 122	3 988	4 210	3 966	4 218	3 833

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwa-gen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Rohstoffe	Mill. EUR	24	22	21	24	22	25	21	21	19
* Halbwaren	Mill. EUR	159	151	138	179	167	146	165	143	141
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 494	3 730	3 590	3 919	3 799	4 039	3 781	4 054	3 674
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	931	947	931	1 008	994	999	970	1 005	925
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 563	2 783	2 659	2 911	2 805	3 039	2 811	3 048	2 749
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 731	2 930	2 893	3 159	2 942	3 331	3 179	3 385	3 042
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 399	2 607	2 569	2 822	2 579	2 972	2 854	3 027	2 750
Belgien	Mill. EUR	198	199	205	214	185	216	202	214	183
Luxemburg	Mill. EUR	54	54	52	66	59	59	55	52	56
Dänemark	Mill. EUR	37	39	38	41	31	46	41	44	36
Finnland	Mill. EUR	30	33	25	31	33	32	36	32	27
Frankreich	Mill. EUR	422	424	407	456	373	486	427	476	434
Griechenland	Mill. EUR	33	27	33	29	21	33	33	34	23
Großbritannien	Mill. EUR	279	287	274	269	282	307	326	340	313
Irland	Mill. EUR	14	20	23	15	22	19	16	20	14
Italien	Mill. EUR	224	247	257	331	258	277	278	312	322
Niederlande	Mill. EUR	222	300	268	354	340	325	327	396	309
Österreich	Mill. EUR	155	163	153	178	181	174	162	175	175
Schweden	Mill. EUR	70	73	75	76	64	96	86	85	69
Spanien	Mill. EUR	194	205	194	197	214	235	210	224	216
Portugal	Mill. EUR	32	31	33	38	36	41	48	42	43
* Afrika	Mill. EUR	105	128	119	138	156	108	118	138	101
* Amerika	Mill. EUR	553	586	532	609	611	542	475	530	505
darunter nach USA	Mill. EUR	386	416	369	419	419	385	324	333	338
* Asien	Mill. EUR	591	604	589	593	650	643	588	591	574
darunter nach China	Mill. EUR	162	149	170	132	140	159	140	149	131
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	31	28	28	37	32	42	45	61

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	2 666	2 843	2 704	2 940	2 969	2 881	2 758	2 950	2 735
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	270	277	244	289	277	232	233	231	219
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 281	2 416	2 316	2 525	2 557	2 457	2 329	2 463	2 278
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	41	39	36	41	46	35	35	32	33
* Halbwaren	Mill. EUR	293	253	260	267	270	218	210	212	201
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 947	2 124	2 019	2 217	2 241	2 204	2 084	2 219	2 044

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2014	2015			2016			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	550	555	500	569	586	546	474	503	517
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 397	1 568	1 520	1 648	1 655	1 658	1 610	1 717	1 527
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 983	2 083	2 011	2 223	2 224	2 179	2 118	2 208	2 064
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 726	1 864	1 803	1 981	2 010	1 995	1 958	2 023	1 894
Belgien	Mill. EUR	290	270	233	285	292	273	241	251	248
Luxemburg	Mill. EUR	45	47	60	52	49	59	49	50	53
Dänemark	Mill. EUR	19	22	22	22	22	23	21	22	19
Finnland	Mill. EUR	8	12	9	12	13	11	11	11	12
Frankreich	Mill. EUR	244	244	221	250	252	259	228	266	232
Griechenland	Mill. EUR	8	7	7	7	8	8	7	7	7
Großbritannien	Mill. EUR	111	104	100	102	103	109	102	114	96
Irland	Mill. EUR	25	101	102	57	146	81	159	155	65
Italien	Mill. EUR	163	175	164	317	195	182	171	180	197
Niederlande	Mill. EUR	260	283	289	290	283	328	341	274	318
Österreich	Mill. EUR	86	103	90	96	110	121	112	126	119
Schweden	Mill. EUR	43	47	46	50	52	54	55	61	54
Spanien	Mill. EUR	105	105	106	102	107	105	100	104	120
Portugal	Mill. EUR	15	16	17	16	19	18	17	22	19
* Afrika	Mill. EUR	51	41	60	34	39	55	45	56	50
* Amerika	Mill. EUR	243	310	239	274	279	244	217	251	219
darunter aus USA	Mill. EUR	173	235	189	222	219	193	172	196	165
* Asien	Mill. EUR	385	404	389	401	422	397	372	430	396
darunter aus China	Mill. EUR	164	181	159	180	186	160	163	179	173
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	6	8	5	7	6	5	5

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2014	2015			2016			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 929	2 915	2 870	3 152	2 505	2 555	2 968	2 548	2 676
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	466	475	466	520	383	389	510	406	467
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 920	1 900	1 969	2 022	1 632	1 728	1 953	1 656	1 718
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 879	2 881	2 713	2 898	2 485	2 407	2 689	2 583	2 688
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	414	421	429	454	341	343	443	362	359
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 961	1 973	1 850	1 919	1 731	1 607	1 771	1 701	1 874

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Insgesamt	Anzahl	524	477	457	539	416	490	549	422	453
davon										
* Unternehmen	Anzahl	81	75	57	94	70	62	70	47	68
* Verbraucher	Anzahl	320	282	283	294	248	317	322	266	261
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	105	103	97	133	88	97	124	103	104
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	19	17	20	18	10	14	33	6	20
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	96	88	147	101	102	64	69	33	66

Handwerk[2]

	Einheit	2014	2015	2014	2015				2016	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Beschäftigte[3]	2009=100[4]	98,6	98,6	98,3	97,8	98,2	100,1	98,5	98,0	98,1
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2009=100[6]	101,4	103,8	114,0	85,5	103,1	107,5	118,9	89,4	109,7

Preise

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	106,8	107,0	107,3	107,1	107,1	107,8	107,7	107,8	108,1
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	104,8	106,3	106,5	106,6	106,6	107,6	107,8	107,9	108,2

Verdienste[7]

	Einheit	2014	2015	2014	2015				2016	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 798	3 907	3 524	3 496	3 576	3 576	3 612	3 604	3 640
* Frauen	EUR	3 266	3 372	3 062	3 082	3 122	3 131	3 154	3 190	3 198
* Männer	EUR	4 009	4 121	3 707	3 660	3 756	3 755	3 796	3 768	3 816
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	7 205	7 434	6 456	6 427	6 531	6 566	6 636	6 511	6 572
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 405	4 506	4 126	4 086	4 156	4 181	4 209	4 169	4 199
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 235	3 319	3 013	2 989	3 062	3 058	3 088	3 080	3 115
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 641	2 756	2 514	2 464	2 572	2 574	2 586	2 571	2 609
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 030	2 111	1 957	1 910	2 021	2 024	2 031	2 092	2 146

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2014	2015	2014	2015				2016	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 175	4 282	3 767	3 680	3 816	3 806	3 863	3 763	3 820
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	4 001	3 877	3 643	3 390	3 460	3 519	3 527	(3 635)	(3 590)
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 353	4 472	3 887	3 836	3 948	3 919	3 984	3 902	3 958
* Energieversorgung	EUR	(5 040)	5 168	4 487	4 408	4 456	4 528	4 552	4 448	4 492
* Wasserversorgung[2]	EUR	3 473	3 372	3 260	3 139	3 145	3 130	3 204	3 200	3 223
* Baugewerbe	EUR	3 257	3 351	3 128	2 923	3 187	3 241	3 226	3 008	3 079
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 551	3 671	3 366	3 380	3 423	3 431	3 456	3 500	3 523
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 275	3 496	3 078	3 186	3 219	3 241	3 265	3 242	3 287
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 748	2 905	2 614	2 683	2 726	2 731	2 743	2 802	2 826
* Gastgewerbe	EUR	(2078)	2 219	1 979	2 057	2 085	2 104	2 161	2 158	2 155
* Information und Kommunikation	EUR	5 049	5 209	4 672	4 683	4 752	4 722	4 759	4 810	4 852
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 902	5 184	4 231	4 314	4 321	4 346	4 391	4 372	4 353
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 947	/	(3 857)	(3 419)	(3 409)	(3 470)	(3 605)	/	/
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	4 823	5 031	4 216	4 314	4 401	4 366	4 422	4 536	4 574
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	(2 160)	2 274	2 118	2 129	2 183	2 200	2 228	2 334	2 367
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 536	3 642	3 504	3 492	3 531	3 561	3 542	3 563	3 591
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 132	4 249	4 050	4 110	4 136	4 202	4 163	4 160	4 209
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 693	3 783	3 514	3 514	3 555	3 567	3 588	3 540	3 560
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 734	(3 587)	(3 645)	(3 354)	(3 330)	3 257	(3 392)	3 531	3 543
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 272	3 295	3 126	3 056	3 082	3 088	3 138	3 143	3 147

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2013	2014		2015				2016	
		Durchschnitt		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	121 674	124 868	124 973	121 419	120 613	122 178	124 927	124 910	125 677
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 174	12 066	11 692	10 833	10 437	9 901	10 314	10 446	10 770

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2013	2014		2015				2016	
		Durchschnitt		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	14 002	13 109	12 432	11 579	11 170	11 134	11 942	12 152	12 104
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	95 498	99 693	100 849	99 007	99 006	101 143	102 671	102 312	102 803
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	113 342	117 843	118 519	114 975	114 545	116 013	119 231	119 329	119 966
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	102 470	106 825	107 683	103 978	103 815	105 394	108 340	108 491	109 077
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 872	11 018	10 836	10 997	10 730	10 619	10 891	10 838	10 889
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	8 332	7 025	6 454	6 444	6 068	6 165	5 696	5 581	5 711
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	113 014	114 331	116 885	113 702	114 532	117 274	117 893	116 446	117 935
Sichteinlagen	Mill. EUR	51 536	55 411	58 309	56 724	58 709	62 506	63 055	62 391	64 562
Termineinlagen	Mill. EUR	26 577	25 128	24 903	24 002	23 215	22 608	22 434	22 804	22 413
Sparbriefe	Mill. EUR	6 639	5 817	5 637	5 335	5 147	4 995	4 833	3 892	3 737
Spareinlagen	Mill. EUR	28 262	27 976	28 036	27 641	27 461	27 165	27 571	27 359	27 223
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	110 380	111 895	114 475	111 316	112 080	115 084	115 837	114 262	115 636
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	107 492	108 955	111 133	108 838	109 442	112 439	112 962	111 883	113 059
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 888	2 940	3 342	2 478	2 638	2 645	2 875	2 379	2 577
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 634	2 436	2 410	2 386	2 452	2 190	2 056	2 184	2 299

Steuern

	Einheit	2014	2015			2016			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Aufkommen nach Steuerarten									
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 652	3 941	3 811	4 143	4 135	4 804	3 328	3 237	4 537
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 158	1 167	986	1 212	1 353	1 961	881	781	1 553
Lohnsteuer	Mill. EUR	795	835	689	1 148	593	745	706	1 180	624
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	156	165	-	519	-	-	-	551	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	166	164	- 43	- 61	545	498	4	- 486	545
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	102	90	329	68	27	433	187	50	38

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	29	28	12	65	7	3	6	33	5
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	17	4	56	1	-	-	26	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	66	48	- 1	- 7	181	283	- 21	4	341
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	6	- 12	-	- 3	-	-	-	21	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 494	2 774	2 825	2 931	2 783	2 843	2 447	2 455	2 985
Umsatzsteuer	Mill. EUR	499	536	518	570	540	556	101	196	558
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 995	2 238	2 308	2 361	2 242	2 287	2 346	2 259	2 426
Zölle	Mill. EUR	203	225	240	256	253	208	220	224	246
Bundessteuern	Mill. EUR	87	77	70	55	97	111	67	62	112
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	28	34	26	24	26	29	31	28
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	49	49	36	29	74	85	38	31	84
Landessteuern	Mill. EUR	75	77	79	71	82	91	70	75	75
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	26	24	21	16	21	33	19	15	17
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	32	36	42	40	41	38	37	44	37
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	13	13	12	11	15	16	10	12	17
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	2	2	1	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	3	2	3	3	3	3	3	3	3

	Einheit	2014	2015	2014	2015				2016	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	597	648	611	571	688	660	672	637	737
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	4	5	6	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	130	135	121	123	139	154	124	131	140
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	445	488	469	427	523	479	523	481	567
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	18	20	17	17	21	21	21	21	26

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2014	2015	2014	2015				2016	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	925	1 022	1 172	672	1 072	1 008	1 336	659	1 114
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	369	400	325	412	446	385	358	466	481
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	363	414	632	110	416	394	736	33	415
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	41	48	74	5	45	48	94	4	48

	Einheit	2014	2015				2016			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	880	914	880	936	822	1 304	613	560	1 065
Landessteuern	Mill. EUR	75	77	79	71	82	91	70	75	75
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	442	442	384	462	530	825	325	275	629
Lohnsteuer	Mill. EUR	277	293	235	429	197	257	240	442	208
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	71	70	- 18	- 26	231	212	2	- 206	231
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	48	43	162	33	8	214	91	23	17
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	13	5	29	3	1	3	14	2
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	33	24	- 1	- 4	91	141	- 11	2	170
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	342	372	350	396	209	388	145	203	361
Umsatzsteuer	Mill. EUR	252	271	259	285	101	295	53	103	259
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	90	101	91	111	108	93	92	100	102
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	5	6	18	2	-	0	20	2	0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	6	1	-	0	7	1	0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	11	12	36	4	-	0	39	4	0
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	3	7	1	-	0	8	1	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 881	2 010	1 981	2 078	2 112	2 400	1 721	1 642	2 274
Bundessteuern	Mill. EUR	87	77	70	55	97	111	67	62	112
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	505	506	443	520	590	886	386	336	688
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 285	1 421	1 450	1 501	1 425	1 403	1 248	1 242	1 475
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	5	6	18	2	-	0	20	2	0

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Oktober 2016

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Atypische Beschäftigung – Ergebnisse des Mikrozensus 2015
Kennziffer: A6033 201500

Strukturdaten zur Bevölkerung in den Planungsregionen – Ergebnisse des Mikrozensus 2012–2015
Kennziffer: A1143 201500

Bevölkerungsvorgänge 2015
Kennziffer: A1023 201500

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Berufsbildung 2015
Kennziffer: B2053 201500

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernteberichterstattung über Obst im August 2016
Kennziffer: C2033 201603

Wachstumstand der Reben im August 2016
Kennziffer: C2063 201602

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland im August 2016
Kennziffer: C2013 201604

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland 2016 – Getreide- und Winterrapsernte (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: C2023 201600

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im August 2016
Kennziffer: D1023 201608

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Bauhauptgewerbe im Juli 2016 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201607

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im August 2016 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201608

Stromeinspeisung in das Netz der allgemeinen Versorgung 2015
Kennziffer: E4093 201500

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im August 2016
Kennziffer: E1033 201608

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Juli 2016
Kennziffer: E4023 201607

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im August 2016
Kennziffer: E1113 201608

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im August 2016
Kennziffer: F2033 201608

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Juli 2016
Kennziffer: G1023 201607

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im August 2016
Kennziffer: G4023 201608

Aus- und Einfuhr 2015
Kennziffer: G3013 201500

Aus- und Einfuhr im August 2016
Kennziffer: G3023 201608

Verkehr

Binnenschifffahrt im Juni 2016
Kennziffer: H2023 201606

Straßenverkehrsunfälle 2015
H1013 201500

Straßen des überörtlichen Verkehrs am 1. Januar 2016
H1113 201600

Sozialleistungen

Sozialhilfe 2015 – Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII
Kennziffer: K1033 201500

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 2. Vierteljahr 2016 – Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 201642

Gemeindefinanzen 2014 – Jahresrechnungsergebnisse
Kennziffer: L2013 201400

Jahresabschlüsse öffentlich bestimmter Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 2014
Kennziffer: L5013 201400

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im September 2016
Kennziffer: M1013 201609

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im August 2016
Kennziffer: M1043 201643

Verdienste, Arbeitskosten und –zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im 2. Vierteljahr 2016
Kennziffer: N1013 201642

Finanzen und Vermögen privater Haushalte

Strukturdaten zu Privathaushalten in den Planungsregionen – Ergebnisse des Mikrozensus 2012–2015
Kennziffer: O2043 201500

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Juli 2016
Kennziffer: Z1013 201607

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe Oktober 2016
Kennziffer: Z2201 201610

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2015 – Reihe 1, Band 1 (Berechnungsstand: August 2016)
Kennziffer: A6215 201500

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 2. Vierteljahr 2016 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3 (Berechnungsstand: August 2016)
Kennziffer: A6235 201602

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich – Ausgabe 2016
Kennziffer: B1015 201600

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2014 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1 (Berechnungsstand: August 2015)
Kennziffer: P1315 201600

Arbeitnehmerentgelt in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2014 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2 (Berechnungsstand: August 2015)
Kennziffer: P1325 201600

Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1995 bis 2014 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 3 (Berechnungsstand: August 2015)
Kennziffer: P1335 201600

Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder – Band 1 – Indikatoren und Kennzahlen – Tabellen (Ausgabe 2016)
Kennziffer: P5135 201600

Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder – Band 2 – Grafiken (Ausgabe 2016)
Kennziffer: P5145 201600

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Simone Emmerichs

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2016

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.